D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 25
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

19. Juni 1981
Preis 1 DM

Fürchtet Euch Der Atomtod bedroht uns alle

Historische Wende in Frankreich

Von Bernhard Peters

Der erste Wahlgang der Parlamentswahlen brachte eine Mehrheit von fast 56% für die beiden Linksparteien PS und KPF, ein starkes Übergewicht der Sozialistischen Partei und beste Aussichten für die Sozialisten, aufgrund des Mehrheitswahlrechts im zweiten Wahlgang allein die absolute Mehrheit im Parlament zu erobern. Die politische Kräfteverschiebung, die sich in diesem Ergebnis ausdrückt, hat sich seit einigen Jahren, durch Sprünge und Rückschläge hindurch, vorbereitet. Eine wesentliche Bedingung war die Annäherung von KPF und Sozialistischer Partei, trotz der Rückschläge, die es auch hier gab. Daß heute vor allem die Sozialistische Partei von dieser Entwicklung profitiert, ist kein Wunder, wenn die KPF die russische Invasion in Afghanistan rechtfertigt und eine russische Bedrohung der Unabhängigkeit Polens leugnet. Die Initiative zur Zusammenarbeit ging ursprünglich von der KPF aus, aber heute gilt die PS als Verfechterin der Einheit, während sich die KPF in den Geruch der Spaltung und des Parteienegoismus gebracht hat. Die Perspektive eines Wegs zum Sozialismus, der von der Sowjetunion und ihrem Vorbild unabhängig ist und an die von der Arbeiterbewegung erkämpften oder verteidigten, fortschrittlichen Züge der westlichen Demokratien anknüpft, kann von der Sozialistischen Partei unbelasteter vertreten werden. Demgegenüber zählt die Verschwommenheit ihrer Programma-

doch von Spanien bis Norwegen auf heftige Gegenreaktionen. In Nordeuropa wie in den Beneluxstaaten sind weder die geschwächten sozialdemokratischen Parteien, noch liberale oder konservative bürgerliche Parteien in der Lage, dauerhafte Regierungskoalitionen zustandezubringen. Die Politik der Thatcher-Regierung, der Wirtschaftskrise freien Lauf zu lassen, ihre Folgen sogar noch zu verstärken, um die Bedingungen für einen kapitalistischen Neuaufschwung zu schaffen, führt zu wachsendem politischen Widerstand und einer Spaltung der Kapitalistenklasse. Wenn keine grundlegende Änderung eintritt, wird die Labour-Party die nächsten Wahlen gewinnen. In ihren Reihen gibt es heftige Auseinandersetzungen um eine Alternative zur bisherigen sozialdemokratischen Politik. In Italien blockieren die Christdemokraten, deren Herrschaft das Land zugrunde richtet und auch eine Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen verhindert, immer noch die Bildung einer neuen Regierung unter maßgeblicher Beteiligung der KPI, obwohl sie den Auftrag zur Regierungsbildung schon einem Vertreter der winzigen Republikanischen Partei überlassen mußten. In Spanien führt der „Bunker", der Rest der alten Oligarchie mit seinen Vettern in Militär- und Staatsapparat, einen verzweifelten Überlebenskampf. Denn darum handelt es sich, bei aller Bedrohlichkeit der Lage. Die vorsichtige Taktik der Linken mag eine Rechtfertigung finden, nicht nur im Bestreben, ein Zusammenrücken weiterer Teile der



Die Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen haben in der Bewegung für Wahlboykott den bisher breitesten Zusammenschluß der Opposition gebracht. Diktator Marcos mußte, um den Schein zu wahren, sich selbst einen „Gegenkandidaten" suchen. Sein Wahlsieg, der schon feststeht, dürfte zum Pyrrhus-Sieg werden.

„Die Bewegung wird weitergehen"

SPD-Parteitage, Bahr u.a. zum Nachrüstungsbeschluß

gkr. Oskar Lafontaine, Vorsitzender der saarländischen SPD und Oberbürgermeister von Saarbrücken, erklärte kürzlich in einem Interview des „Vorwärts" auf die Frage, ob die Bewegung

sitzenden der Deutschen Jungdemokraten Werner Lutz sowie eine Reihe von Friedensforschern. Seit Beginn der 80er Jahre sei, nicht zuletzt durch Afghanistan, die Kriegsgefahr gewach-

Wohin geht der Iran?

Von Gerd Koenen

Der iranische Staatspräsident Bani Sadr hat aus seinem Versteck in Teheran das Volk zum Widerstand gegen die im Namen des Islam geübte Diktatur aufgerufen. Die Aufrufe zum Generalstreik der ihn unterstützenden Organisationen – von der „Nationalen Front" über die Volks-Mudjahedeen bis zur marxistisch-leninistischen „Partei der Werktätigen" – sind in der gegebenen Situation großteils nicht befolgt worden. Zu stark ist der ideologische Druck, der durch die Parteinahme Khomeinys gegen den Staatspräsidenten zunächst wirkt; und alle Demonstrationen und Streiks sind von den Machthabern der „Partei Gottes" mit dem sog. Revolutionstribunal bedroht, mit Gefängnis, Folter und Tod.

Nach der „weißen Revolution" des Schah nun eine „schwarze Revolution", die am Ende womöglich *noch weniger* diesen Namen verdienen wird. Ihre Fußtruppen sind die „mostazafin", die Barfüßigen, die in die Städte geschwemmten, enteigneten und ruinierten Bauern, die als atomisierte Masse in keiner Produktionsweise wurzeln, kein positives gesellschaftliches Ziel vertreten können, und so dem islamischen Staatsdespotismus als Grundlage dienen.

Freilich, und das war das Werk des verhaßten „weißen Revolutionärs", die gesellschaftliche Grundlage des Iran ist schon ganz und gar verwandelt, unwiderruflich, und so ist binnen ein, zwei Jahren die Kutte des Islam schon zu kurz geworden, um die aufbrechenden Klassenwidersprüche im Innern zu bedecken. Bani Sadr hat das Wort der „zweiten Revolution" offen ausgesprochen. Das wäre die erste

und KPF, ein starkes Übergewicht der Sozialistischen Partei und beste Aussichten für die Sozialisten, aufgrund des Mehrheitswahlrechts im zweiten Wahlgang allein die absolute Mehrheit im Parlament zu erobern. Die politische Kräfteverschiebung, die sich in diesem Ergebnis ausdrückt, hat sich seit einigen Jahren, durch Sprünge und Rückschläge hindurch, vorbereitet. Eine wesentliche Bedingung war die Annäherung von KPF und Sozialistischer Partei, trotz der Rückschläge, die es auch hier gab. Daß heute vor allem die Sozialistische Partei von dieser Entwicklung profitiert, ist kein Wunder, wenn die KPF die russische Invasion in Afghanistan rechtfertigt und eine russische Bedrohung der Unabhängigkeit Polens leugnet. Die Initiative zur Zusammenarbeit ging ursprünglich von der KPF aus, aber heute gilt die PS als Verfechterin der Einheit, während sich die KPF in den Geruch der Spaltung und des Parteienegoismus gebracht hat. Die Perspektive eines Wegs zum Sozialismus, der von der Sowjetunion und ihrem Vorbild unabhängig ist und an die von der Arbeiterbewegung erkämpften oder verteidigten, fortschrittlichen Züge der westlichen Demokratien anknüpft, kann von der Sozialistischen Partei unbelasteter vertreten werden. Demgegenüber zählt die Verschwommenheit ihrer Programma-tik, daß sich ihre Politik entpuppt als ein neuer, aber auch verspäteter (und wahrscheinlich vergeblicher) Versuch für eine sozialdemokratische Reform des Kapitalismus *gegenwärtig* noch wenig.

Ob es gelingt, über eine sozialdemokratische Politik hinauszugehen, hängt auch von der internationalen Umwelt ab. Vor fünf Jahren provozierte Helmut Schmidt einen internationalen Skandal, als er gegenüber der Presse erklärte, daß sich beim Weltwirtschaftsgipfel in Puerto Rico die Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich, den USA und Westdeutschland einig geworden seien, bei einer kommunistischen Regierungsbildung in Rom den Italienern keinen Währungsbeistand mehr zu leisten. Bei dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Ottawa werden die Pressionen sicher diskreter ausgeübt werden. Die Möglichkeit solcher Pressionen ist zweifellos gegeben. Sie liegt in der großen Verflochtenheit Frankreichs mit dem europäischen Währungssystem, im Einfluß des ausländischen Kapitals und der multinationalen Konzerne. Aber Frankreich ist wirtschaftlich stärker als Italien. Ein ähnliches Mittel wie die „Achse Bonn-Paris", mit der Druck ausgübt wurde vor allem auf Italien, Spanien und Portugal, fehlt heute gegenüber Frankreich.

Überall in Europa zeigen sich politische Krisenerscheinungen; in fast allen Ländern ist eine Neugruppierung der politischen Kräfte im Gang, deren Richtung noch nicht eindeutig ist. Die USA versuchen, ihre Hegemonie über Europa neu zu befestigen, stoßen je-

der Lage, dauerhafte Regierungskoalitionen zustandezubringen. Die Politik der Thatcher-Regierung, der Wirtschaftskrise freien Lauf zu lassen, ihre Folgen sogar noch zu verstärken, um die Bedingungen für einen kapitalistischen Neuaufschwung zu schaffen, führt zu wachsendem politischen Widerstand und einer Spaltung der Kapitalistenklasse. Wenn keine grundlegende Änderung eintritt, wird die Labour-Party die nächsten Wahlen gewinnen. In ihren Reihen gibt es heftige Auseinandersetzungen um eine Alternative zur bisherigen sozialdemokratischen Politik. In Italien blockieren die Christdemokraten, deren Herrschaft das Land zugrunde richtet und auch eine Modernisierung unter kapitalistischen Vorzeichen verhindert, immer noch die Bildung einer neuen Regierung unter maßgeblicher Beteiligung der KPI, obwohl sie den Auftrag zur Regierungsbildung schon einem Vertreter der winzigen Republikanischen Partei überlassen mußten. In Spanien führt der „Bunker", der Rest der alten Oligarchie mit seinen Vettern in Militär- und Staatsapparat, einen verzweifelten Überlebenskampf. Denn darum handelt es sich, bei aller Bedrohlichkeit der Lage. Die vorsichtige Taktik der Linken mag eine Rechtfertigung finden, nicht nur im Bestreben, ein Zusammenrücken weiterer Teile der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums mit diesen Kräften um jeden Preis zu verhindern, sondern auch in der Erwartung, daß die politische Tendenz des übrigen Europa gegen die Reaktion arbeitet und schon allein der frische Wind des kapitalistischen Weltmarkts diesen Gespenstern aus der Franco-Zeit die Knochen klappern lassen muß.

In allen westeuropäischen Ländern steht die Gewerkschaftsbewegung vor ähnlichen Problemen: Eine traditionelle, an den Problemen von Lohn und Arbeitsbedingungen orientierte Politik stößt an Grenzen; unter den verschiedensten Aspekten stellt sich den Gewerkschaftern die Aufgabe, nach Wegen zur Überwindung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu suchen. Eine gemeinsame Diskussion kommt, wenn auch mühsam, in Gang. In dieser Lage eröffnet der Wahlsieg der Linken in Frankreich neue Entwicklungsmöglichkeiten für Europa, in Richtung Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. In dieser Lage ist es aber auch von größter Bedeutung, wie die gegenwärtige politische Krise in der BRD gelöst wird. Gelingt es der CDU/CSU, mit der FDP eine Regierung zu bilden und der BRD die Rolle der Ordnungsmacht und einer festen Stütze der US-Hegemonie in Europa zu erhalten – oder gelingt es, ausgehend von den wachsenden Differenzen innerhalb der SPD, dem sich vergrößernden Gegensatz zwischen Gewerkschaften und „sozialliberaler" Regierungspolitik, der Sammlung einer Linken (in den verschiedensten Formen) neben der SPD, eine politische Alternative durchzusetzen?



Die Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen haben in der Bewegung für Wahlboykott den bisher breitesten Zusammenschluß der Opposition gebracht. Diktator Marcos mußte, um den Schein zu wahren, sich selbst einen „Gegenkandidaten" suchen. Sein Wahlsieg, der schon feststeht, dürfte zum Pyrrhus-Sieg werden.

„Die Bewegung wird weitergehen"

SPD-Parteitage, Bahr u.a. zum Nachrüstungsbeschluß

gkr. Oskar Lafontaine, Vorsitzender der saarländischen SPD und Oberbürgermeister von Saarbrücken, erklärte kürzlich in einem Interview des „Vorwärts" auf die Frage, ob die Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung durch die Kanzlerdrohung mit Rücktritt gestoppt würde: „Die Bewegung wird weitergehen. Es gibt immer mehr Menschen, die den Argumenten der Militärs und auch der Politiker nicht mehr folgen." Allerdings gibt es keinen Parteitag der SPD, auf welcher Ebene immer, auf dem nicht um die Linie zur Erhaltung des Friedens gerungen wird.

Gleichzeitig mit der südhessischen SPD fand der Bezirksparteitag von Ostwestfalen statt, 2 Wochen vor dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Köln. Nur knapp niedergestimmt wurde mit 108 zu 118 Stimmen in dieser Parteigliederung, die bislang eher Stütze der Kanzler-Position war, die Aufnahme eines Passus in die Erklärung zur Friedenspolitik, „die beabsichtigte Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik nicht zuzulassen". Aber auch in der angenommenen Resolution wurde noch die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der USA kritisiert. Vielleicht wird Schmidt mit diesem Beschluß an einer weiteren Niederlage in einem Landesverband nach Baden-Württemberg gerade noch herumkommen.

Die „Gustav-Heinemann-Initiative", die Namensgebung soll an die Ablehnung der Wiederaufrüstung in der BRD Mitte der 50er Jahre durch Gustav Heinemann erinnern, forderte am vergangenen Wochenende die Bundesregierung auf, auf die Aufhebung des Nachrüstungsbeschlusses hinzuwirken. Die Initiative wird u.a. getragen durch die SPD-Präsidiumsmitglieder Eppler und Lafontaine, durch den Juso-Bundesvorsitzenden Willi Piecyk, den Vor-sitzenden der Deutschen Jungdemokraten Werner Lutz sowie eine Reihe von Friedensforschern. Seit Beginn der 80er Jahre sei, nicht zuletzt durch Afghanistan, die Kriegsgefahr gewach-sen. Das Wettrüsten erhöhe die Labilität des Abschreckungssystems und steigere die Vernichtungsgefahr für die Bundesrepublik. „Deshalb ist eine grundsätzliche Neuorientierung der Sicherheitspolitik geboten", so in der Erklärung. Lafontaine bezeichnete dabei den NATO-Doppelbeschluß als „einen der größten Fehler der deutschen Außenpolitik der letzten Jahre": weil er das „Risiko der Begrenzung des Atomkrieges auf Europa" erhöhe.

Ähnlich die eher unerwartete Äußerung des im allgemeinen dem „Moskauflügel" der SPD zugerechneten Egon Bahr in einem Fernsehinterview: Es bestehe die Gefahr, daß Europa im Machtkampf zwischen den beiden Supermächten zerrieben werde. Damit hat er sicher recht. Die notwendige Schlußfolgerung aber müßte für eine Verteidigung auch sein: nicht mit oder in enger Anlehnung an eine der beiden Supermächte ist sie möglich. Bahr weiter zum Grund für die Moratoriumsvorschläge der Sowjetunion: für sie würde durch die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa eine neue Situation entstehen: Die Sowjetunion würde unter ganz extrem kurze Vorwarnzeiten kommen und dadurch „fühlte sie sich genauso bedroht, verteidigungsunfähig in der Reaktion, wie wir es heute schon tun". Mag sein, daß aus diesem Grund die UdSSR stärker an Verhandlungen interessiert ist als die USA. Sie hat schließlich schon einen Vorteil errungen. Mit geringerer Aggressivität, wie es nach wie vor auch Teile der SPD unterstellen, hat es wenig zu tun.

„Partei der Werktätigen" – sind in der gegebenen Situation großteils nicht befolgt worden. Zu stark ist der ideologische Druck, der durch die Parteinahme Khomeinys gegen den Staatspräsidenten zunächst wirkt; und alle Demonstrationen und Streiks sind von den Machthabern der „Partei Gottes" mit dem sog. Revolutionstribunal bedroht, mit Gefängnis, Folter und Tod.

Nach der „weißen Revolution" des Schah nun eine „schwarze Revolution", die am Ende womöglich *noch weniger* diesen Namen verdienen wird. Ihre Fußtruppen sind die „mostazafin", die Barfüßigen, die in die Städte geschwemmten, enteigneten und ruinierten Bauern, die als atomisierte Masse in keiner Produktionsweise wurzeln, kein positives gesellschaftliches Ziel vertreten können, und so dem islamischen Staatsdespotismus als Grundlage dienen.

Freilich, und das war das Werk des verhaßten „weißen Revolutionärs", die gesellschaftliche Grundlage des Iran ist schon ganz und gar verwandelt, unwiderruflich, und so ist binnen ein, zwei Jahren die Kutte des Islam schon zu kurz geworden, um die aufbrechenden Klassenwidersprüche im Innern zu bedecken. Bani Sadr hat das Wort der „zweiten Revolution" offen ausgesprochen. Das wäre die erste wirkliche Revolution, eine nationaldemokratische Revolution der modernen Klassen der Gesellschaft, der Arbeiter, Intellektuellen, Nationalbourgeois und der zum Privateigentum strebenden Bauern. Ob dafür die Zeit schon reif ist, wird sich zeigen.

Die Ereignisse im Iran bedeuten eine dramatische Verschärfung der Lage im Nahen Osten, mehr als im Moment sichtbar ist. Ein Hauptpunkt des Angriffs Bani Sadrs gegen die islamischen Machthaber war, daß diese nicht bereit waren, die Friedensvorschläge der Blockfreien im Krieg mit dem Irak zu prüfen. Die islamische Konferenz in Bagdad hat ohne den Iran stattgefunden. Bani Sadr hatte gefordert, der Iran müsse selbst die Initiative für eine gesamtislamische Konferenz gegen die zionistischen Aggressoren und den US-Hegemonismus im Nahen Osten ergreifen. Dies wäre gerade die Bedingung dafür, daß nicht eine wachsende Zahl arabischer Staaten auf die Sowjetunion als „natürlichen Verbündeten" setzt, der in Afghanistan schon in den Stiefeln steht. Die Herrscher des Sowjetimperiums sind jetzt schon die großen, stillen Nutznießer der zebrochenen gesamtislamischen Front gegen Zionismus und US-Hegemonie. Weil Bani Sadr das wußte und oft sagte, deshalb tritt im Iran auch die prosowjetische Tudeh-Partei als die 150%ige „Partei Gottes" auf und fordert den Tod des Ketzers. Viel hängt jetzt vom Schicksal dieser schmächtigen, vielleicht gar nicht bedeutenden Person im Versteck in Teheran ab.

„Wer Pershing sagt, muß auch SS 20 sagen“

von Peter Dobberkau

Ende Mai fand in Washington der 25. Weltkongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes IMB statt. Eugen Loderer, wiedergewählter Präsident des IMB, berichtete darüber in der IG Metall-Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter“: „Beide Großmächte wurden an ihre Verantwortung erinnert und aufgefordert, die Welt nicht in Interessen- und Sicherheitssphären aufzuteilen, die Völker dieser Welt nicht zu Marionetten des Ost-West-Konfliktes zu degradieren. Dabei vermied der Kongreß jene moderne Einäugigkeit, die die Kritik einseitig auf die USA konzentriert, während wir die machtpolitische Anmaßung und Unterdrückung freiheitlicher Regungen in der Hemisphäre der Sowjetunion nur vorsichtig berühren nach dem Motto ‚Sammetpfötchen‘, damit Moskau nicht die Freude an der Entspannung verliert“. Und aus seiner Rede: „Die Beendigung der Intervention in Afghanistan wäre ein hervorragendes sowjetisches Zeichen der Vertrauensbildung. Ebenso fordern wir von Moskau die uneingeschränkte Respektierung der nationalen Souveränität Polens und aller Staaten. Ich scheue mich nicht, hier in Washington gegenüber den USA Gleiches anzumahnen. Ich denke vornehmlich an Nicaragua und El Salvador. Beide Großmächte müssen lernen, daß Nicaragua und Polen mehr sind als Interessen- und Sicherheitszonen. Beides sind Völker, die ihren Weg gehen wollen.“

So sehr man diese Äußerungen begrüßen kann, so sehr werden sie doch (noch) eingeschränkt durch die Überschrift, unter die die IG Metall sie stellt: „Die Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen“. Eben jene Regierungen, die Tag um Tag beweisen, wie ernst es ihnen mit ihrer Verantwortung in der Unterjochung weiterer Völker ist, seien dies nun die an Brutalität kaum zu überbietenden Drohungen der KPdSU gegenüber Polen, die Verbrechen des US-Kettenhundes Begin gegen die arabischen Völker, oder die forcierte Aufrüstung beider Supermächte auf europäischem Territorium. Die Regierungen nicht aus ihrer Verantwortungen entlassen, stellt sich als genauso nutzlos heraus, wie sie zu gleichgewichtiger Abrüstung aufzufordern. Es kratzt die beiden Supermächte nicht die Bohne, und die westdeutsche Regierung ist völlig unfähig, aus der Reihe der imperialistischen Allianz zu tanzen. Die Gewerkschaften werden nicht herumkommen, eine eigene politische „Machtposition“ in Gestalt einer eigenen Massenbewegung aufzubauen.

Anfang Mai verhandelte der DGB-Bundesvorstand einerseits den Krefelder Appell, andererseits die Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses zum Antikriegstag. Gegenüber dem Krefelder Appell hieß es: „Wer Pershing sagt, muß auch SS 20 sagen.“

Es ist ein Segen, daß die Debatte in den Gewerkschaften damit wegkommt von dem aufgezwungenen engen Blickwinkel Pershing oder nicht, wo ja jeder Recht hat, wenn er auf die SS 20 verweist, so daß durch die Nichtstationierung der US-Raketen der Frieden nicht sicherer würde, sondern die SU einen militärischen Vorteil behielte, weil die NATO über keine entsprechende „abgestufte“ Waffe verfügt, sondern demgegenüber nur noch über strategische Waffen. Weshalb sich auch die Kräfte, die für den Kampf gegen den Weltkrieg gewonnen werden können, sich sowohl unter den Gegnern als auch Befürwortern der US-Raketen befinden. Nur über eine Politik, die sich gegen „Pershing wie SS 20“, die sich gegen beide Supermächte richtet, ist ein Zusammenschluß aller Kräfte gegen den Krieg möglich und ergibt sich die einzige Perspektive, diesen Weltkrieg tatsächlich zu verhindern. Eine „von den beiden Supermächten unabhängige Politik“, wie es in der Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses heißt, eine Politik der Blockfreiheit, die eine militärische Verteidigung dieses blockfreien Europas gegenüber den Supermächten beinhaltet. Wenn unter dieser Perspektive, als Schritt zu einem blockfreien Europa in Westdeutschland, die Stationierung der US-Raketen verhindert wird, dann wird das auch keine Stärkung der anderen, sowjetischen Supermacht sein.

Südhessische SPD: Signale zur Überwindung der Krise?

Beschlüsse gegen Startbahn West und US-Mittelstreckenraketen

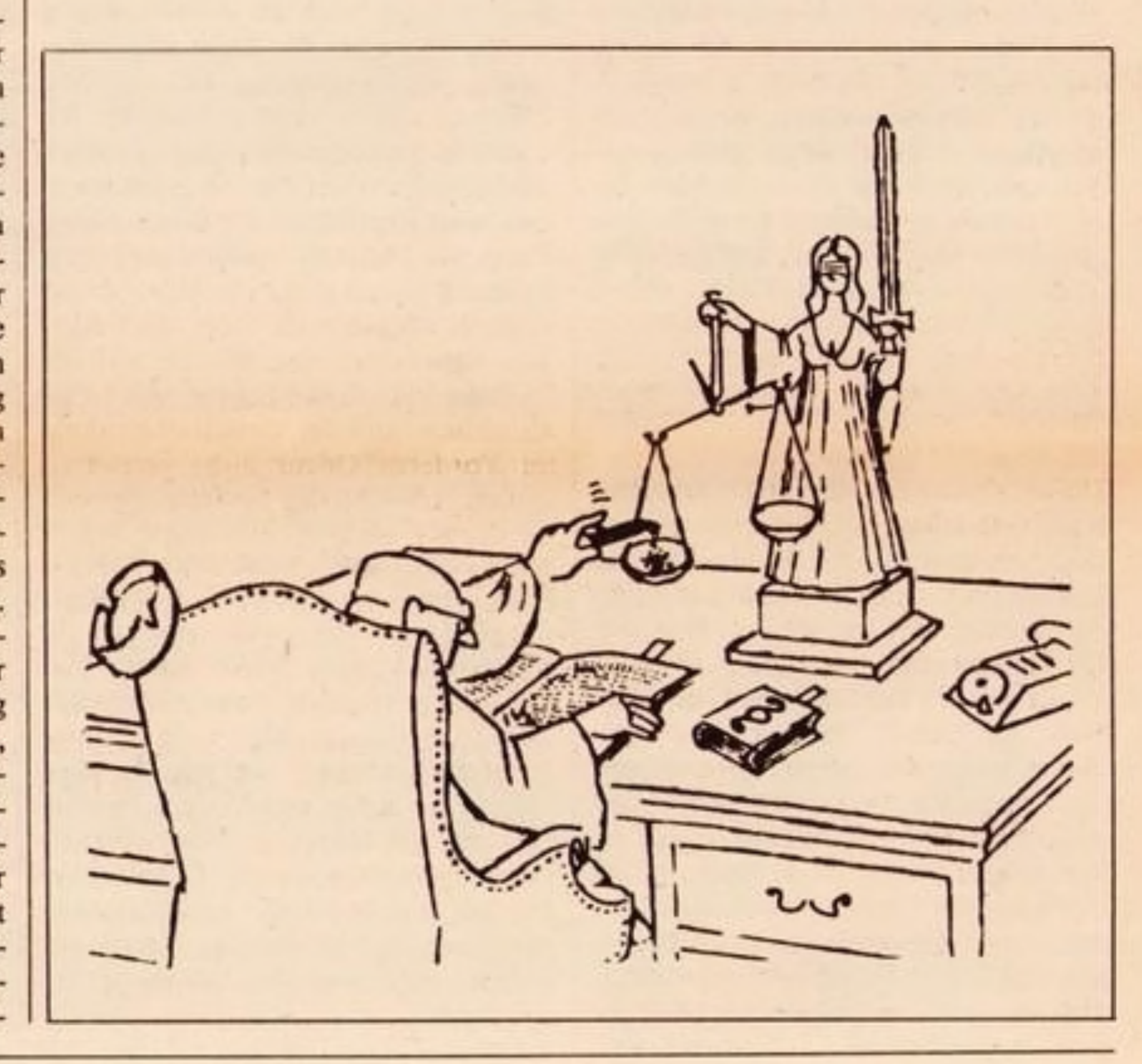
löh.Frankfurt. „Wie auch immer Anträge und Beschlüsse hier lauten werden, rückt die Landesregierung keinen Millimeter von ihrem rechtsstaatlichen Kurs ab.“ – „Können wir eine ganze Menge Gedanken Erhard Epplers verwerten, aber auch die Erfahrung, den Realitätssinn und die Entscheidungskraft Helmut Schmidts nutzen.“ Zwei Sätze, gefallen auf dem Bezirksparteitag der SPD Südhessen am vergangenen Wochenende, die in ihrer Kürze charakterisieren, wie führende SPD-Politiker gedenken, die Krise der SPD zu überwinden. Holger Börner, Ministerpräsident und SPD-Vorsitzender in Hessen, will keinen Millimeter von seiner, im wahrsten Sinne des Wortes, rechtsstaatlichen Politik abrücken, konkret bezogen auf den beschlossenen Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens, heftig umstrittener Auseinandersetzungspunkt innerhalb der SPD. Börner verbindet die Durchsetzung dieser Politik der Landesregierung direkt mit seiner Existenz als Ministerpräsident. Hans-Jochen Vogel, zumindest für Außenstehende überraschender einstündiger Gastredner, verdeutlichte mit seiner Beziehung auf Eppler und Schmidt den Versuch, innerhalb der SPD eine Einheit von Gegensätzen herzustellen, mit deutlicher Schlagseite für die Praxis Schmidts.

Der Parteitag der südhessischen Sozialdemokraten war nur Vorläufer für den Sonderparteitag der hessischen SPD, der an diesem Wochenende stattfinden wird. Dieser wurde auf direkte Veranlassung Börners einberufen, vordergründig, um die Vertrauensfrage zu stellen, letztlich, um die Handlungsfähigkeit der Landesregierung wieder voll herzustellen und die SPD für die 1982 stattfindenden Landtagswahlen in Marsch zu setzen. Notwendig scheint dies Börner, weil sich in den letzten Monaten zunehmend die Widersprüche zwischen der SPD/FDP-Landesregierung und den unteren Parteiebenen der SPD verschärft haben als Reaktion auf verschiedene Kämpfe. Konzentrationspunkte dieser Auseinandersetzung in und außerhalb der SPD sind: Startbahn West, Errichtung des Block C des Kernkraftwerks Biblis, Wiederaufarbeitungsanlage in Nordhessen, aber auch die Schul- und Haushaltspolitik. Einige Unterbezirksparteitage, z.B. Offenbach, hatten Börner aufgefordert, dem Willen der Mehrheit der Parteimitglieder zu folgen, und angekündigt, falls er dies nicht tun werde, sich nach einem anderen Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen umzusehen.

Zurück zum Parteitag der südhessischen SPD. Im Mittelpunkt standen drei Beschlüsse. Der Bau der Startbahn West wurde abgelehnt. Allerdings mit einer wesentlich schwächeren Mehrheit (166 gegen 146 Stimmen) als noch vor 7 Monaten, wo rund 80% der Delegierten gegen den Bau votierten. Gleichzeitig wurde die Landesregierung aufgefordert, nicht mit dem Baubeginn vor Abschluß des Volksbegehrens zu beginnen (siehe letzte Ausgabe). Die Veränderung des Abstimmungsergebnisses bringt weniger Veränderung von inhaltlichen Positionen zum Ausdruck, als vielmehr die Wirkung der Reden Vogels und Börners, trotz allen Streites parlamentarische Positionen nicht zu gefährden. Das sogenannte bedingte Ja (insofern bedingt, daß vorher die Entsorgung in Gorleben sichergestellt sein soll) der Delegierten zur Errichtung des Blocks C in Biblis bedeutet keine Veränderung der bisherigen Position und stimmt wesentlich mit der Politik der Landesregierung überein.

Schließlich hat der Parteitag den Beschluß gefaßt, gerichtet an den SPD-Bundesparteitag im Frühjahr 1982, die Zustimmung zum Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zu revidieren. Begründet wird dies damit, daß der zweite Teil des Beschlusses, der Verhandlungsteil, nicht umgesetzt sei und die US-Regierung auch kein Interesse an solchen Verhandlungen mit der UdSSR zeige. So richtig und wichtig die Ablehnung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen ist, so bewegt sich die Begründung wie die ganze Stoßrichtung nach wie vor auf der Linie, alles von Verhandlungen der Supermächte abhängig zu machen und keine eigenständigen Perspektiven einer unabhängigen Politik gegen die beiden Supermächte zu entwickeln. Es ist nur eine quantitative Umkehrung der Schmidtschen Politik: Der Glaube, ohne Mittelstreckenraketen käme es zu Verhandlungen mit greifbaren Ergebnissen.

Eine Gesamtbewertung der Ergebnisse des Bezirksparteitages ist erst möglich nach Abschluß des Sonderparteitages der hessischen SPD. Soweit man dies jetzt beurteilen kann, wird die einzig spannende Frage dort sein, ob mit der Unterstützung der Person Börners gleichzeitig dessen Politik zugestimmt wird. Man kann kaum daran zweifeln, daß Börner sein Vertrauen kriegt, und es steht auch zu befürchten, daß dies mit einer Zustimmung zur Politik der Landesregierung verbunden sein wird.



Ebenso fordern wir von Moskau die uneingeschränkte Respektierung der nationalen Souveränität Polens und aller Staaten. Ich scheue mich nicht, hier in Washington gegenüber den USA Gleiches anzumahnen. Ich denke vornehmlich an Nicaragua und El Salvador. Beide Großmächte müssen lernen, daß Nicaragua und Polen mehr sind als Interessen- und Sicherheitszonen. Beides sind Völker, die ihren Weg gehen wollen.“

So sehr man diese Äußerungen begrüßen kann, so sehr werden sie doch (noch) eingeschränkt durch die Überschrift, unter die die IG Metall sie stellt: „Die Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen“. Eben jene Regierungen, die Tag um Tag beweisen, wie ernst es ihnen mit ihrer Verantwortung in der Unterjochung weiterer Völker ist, seien dies nun die an Brutalität kaum zu überbietenden Drohungen der KPdSU gegenüber Polen, die Verbrechen des US-Kettenhundes Begin gegen die arabischen Völker, oder die forcierte Aufrüstung beider Supermächte auf europäischem Territorium. Die Regierungen nicht aus

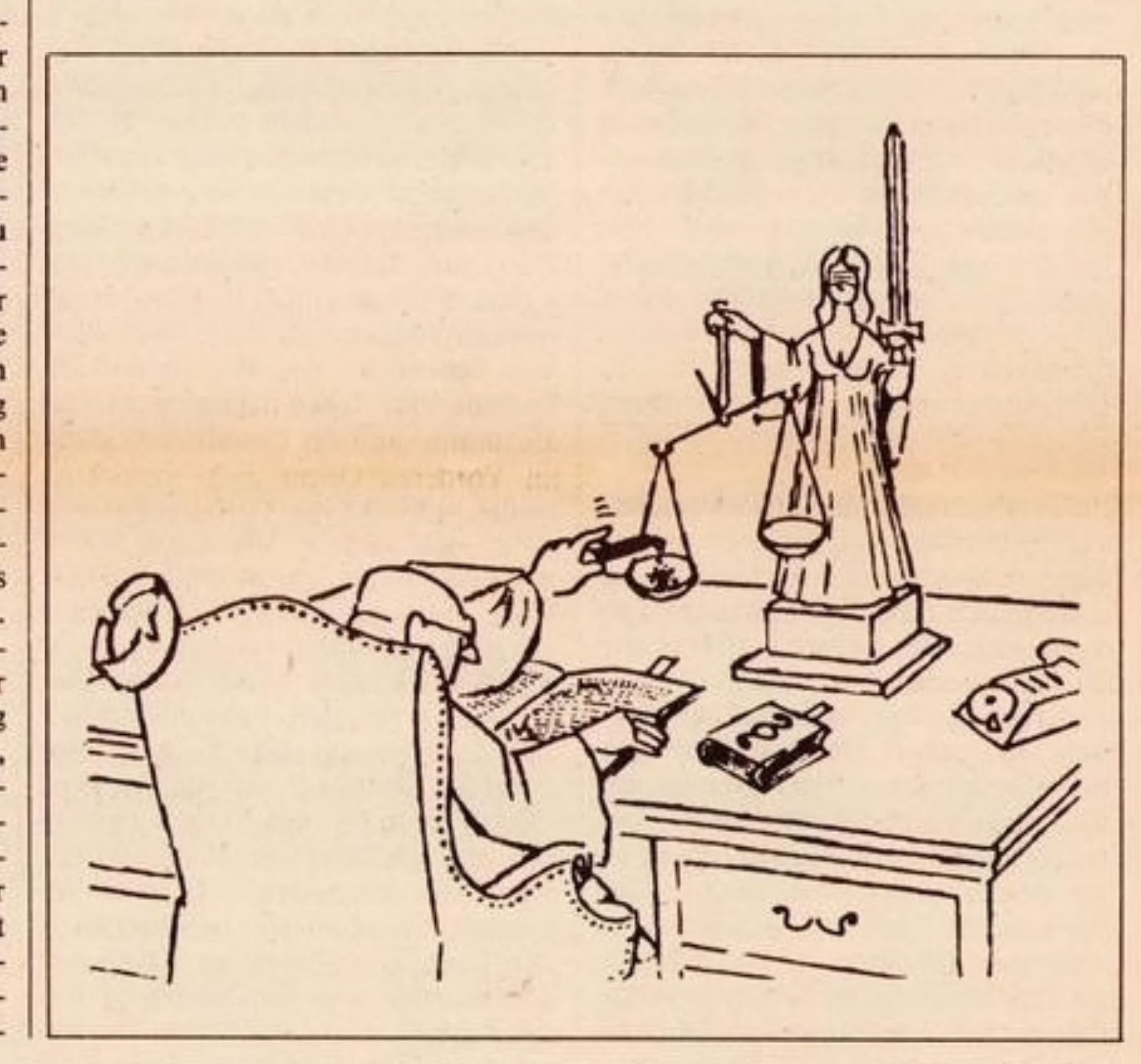
weil die NATO über keine entsprechende „abgestufte“ Waffe verfügt, sondern demgegenüber nur noch über strategische Waffen. Weshalb sich auch die Kräfte, die für den Kampf gegen den Weltkrieg gewonnen werden können, sich sowohl unter den Gegnern als auch Befürwortern der US-Raketen befinden. Nur über eine Politik, die sich gegen „Pershing wie SS 20“, die sich gegen beide Supermächte richtet, ist ein Zusammenschluß aller Kräfte gegen den Krieg möglich und ergibt sich die einzige Perspektive, diesen Weltkrieg tatsächlich zu verhindern. Eine „von den beiden Supermächten unabhängige Politik“, wie es in der Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses heißt, eine Politik der Blockfreiheit, die eine militärische Verteidigung dieses blockfreien Europas gegenüber den Supermächten beinhaltet. Wenn unter dieser Perspektive, als Schritt zu einem blockfreien Europa in Westdeutschland, die Stationierung der US-Raketen verhindert wird, dann wird das auch keine Stärkung der anderen, sowjetischen Supermacht sein.

Versuch, innerhalb der SPD eine Einheit von Gegensätzen herzustellen, mit deutlicher Schlagseite für die Praxis Schmidts.

Der Parteitag der südhessischen Sozialdemokraten war nur Vorläufer für den Sonderparteitag der hessischen SPD, der an diesem Wochenende stattfinden wird. Dieser wurde auf direkte Veranlassung Börners einberufen, vordergründig, um die Vertrauensfrage zu stellen, letztlich, um die Handlungsfähigkeit der Landesregierung wieder voll herzustellen und die SPD für die 1982 stattfindenden Landtagswahlen in Marsch zu setzen. Notwendig scheint dies Börner, weil sich in den letzten Monaten zunehmend die Widersprüche zwischen der SPD/FDP-Landesregierung und den unteren Parteiebenen der SPD verschärft haben als Reaktion auf verschiedene Kämpfe. Konzentrationspunkte dieser Auseinandersetzung in und außerhalb der SPD sind: Startbahn West, Errichtung des Block C des Kernkraftwerks Biblis, Wiederaufarbeitungsanlage in Nordhessen, aber auch die Schul- und Haushaltspolitik. Einige Unterbezirksparteitage, z.B. Offenbach, hatten Börner aufgefordert, dem Willen der Mehrheit der Parteimitglieder zu folgen, und angekündigt, falls er dies nicht tun werde, sich nach einem anderen Spitzen-

Bundesparteitag im Frühjahr 1982, die Zustimmung zum Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 zu revidie-

ten, daß dies mit einer Zustimmung zur Politik der Landesregierung verbunden sein wird.



Nürnberger Amtsrichter hat erneut zugeschlagen

gek. Der Nürnberger Amtsrichter Dorner hat einem Strafgefangenen den Bezug der Münchener Stadtzeitung „Blatt“ verweigert, weil diese ein Interview mit Bundesverfassungsrichter Hirsch im Nachdruck enthielt, das der am 18. Mai in der „Tageszeitung“ gegeben hatte. Richter Dorner stellte fest, dies Interview sei „offensichtlich gefälscht, da ein amtierender Richter sich in keinem Fall öffentlich derart abwegig und unsinnig äußern würde“. Bundesrichter Hirsch hat daraufhin in einem offenen Brief an seine „Sehr geehrte Herren Kollegen“ erklärt, seine „schon mehrfach kundgetane Sorge wegen der Handhabung unseres Rechts durch Nürnberger Ermittlungsrichter“ habe sich jedenfalls durch diesen Gerichtsbeschluß „noch erheblich verstärkt“. – Hirsch hatte in der taz in dem „offensichtlich gefälschten Interview“ die Anklagen gegen 30 Festgenommene wegen §129a (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) aufgrund der Unterstützung der Hungerstreikziele der RAF-Gefangenen mit den Kommunistenprozessen der 50er Jahre verglichen.

Bundesregierung legt Gesetz zur Wehrsolderhöhung vor

gkr. Über 3 Jahre nach der letzten Erhöhung des Wehrsolds zum 1. Januar 1978 und nachdem sie es schon im Wahlkampf lange versprochen hatte, legt nun die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über die Anderung des Wehrsoldgesetzes vor. Während des Wahlkampfes war noch die Rede von Erhöhung zum 1. Januar 1981, laut Gesetzentwurf soll sie nun bis zum 1. Juli in Kraft treten. Ob das Gesetz aber noch davor verabschiedet wird, erscheint mehr als unwahrscheinlich. Die beiden unteren Wehrsoldgruppen, Grenadier und Gefreiter, sollen 1 DM pro Tag mehr bekommen, für einen Gefreiten wird dies 270 DM im Monat bedeuten. Der Obergefreite soll 1,40 DM pro Tag mehr bekommen, ein Hauptgefreiter 1,50 DM mehr. „Die stärkere Anhebung des Wehrsoldes in den Wehrsoldgruppen 3 und 4 soll der Bedeutung und Wertigkeit der Funktionen der Ober- und Hauptgefreiten Rechnung tragen und einer Nivellierung des Wehrsoldes entgegenwirken.“ So heißt es dazu in der Begründung. 12,5% (von 8 auf 9 DM pro Tag) beträgt die Erhöhung für einen Gefreiten. Von „Anpassung ... an die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse“ kann keine Rede sein.

Cap Anamur soll Rettungsaktionen einstellen

gkr. Nach dem Willen der Ministerpräsidenten der Länder soll das Rettungsschiff Cap Anamur seine Suchfahrten in den Gewässern vor Vietnam einstellen. Nachdem am 2. Juni das Auswärtige Amt noch einmal gegenüber der philippinischen Regierung eine Garantie abgegeben hatte, weitere 476 Flüchtlinge in der BRD aufzunehmen, so daß diese von Bord des Schiffes gehen durften, erklärte als erste die bayerische Staatsregierung, sie nehme keine weiteren Flüchtlinge mehr auf. Rau, Ministerpräsident von NRW, argwöhnte, die Suchfahrten des Schiffes würden zur Flucht „ermuntern“. (Eine reichlich seltsame Vorstellung, sich sozusagen ohne große Not auf ein zig Quadratkilometergroßes Meer in kleinen Booten zu begeben, in der Hoffnung, denn mehr ist es nicht, von dem Suchschiff gefunden zu werden.) Besser wäre eine direkte finanzielle Zahlung an das vietnamesische Regime. Neudeck, Vorsitzender des Ärztekomitees, das die Aktionen der „Cap Anamur“ finanziert und fördert, wies auf die Unhaltbarkeit des Arguments von der Sogwirkung durch das Rettungsschiff hin: Allein im vergangenen Mai seien 14000 Flüchtlinge aus Vietnam in den umliegenden Staaten angekommen.

Arbeitsamt nicht zweite Ausländerbehörde

gkr. Obwohl akuter Mangel bei Elektroingenieuren herrscht, wollte das Arbeitsamt einem seit 1972 in Hessen lebenden Jordanier keine Arbeitserlaubnis erteilen. Dabei hatte die Ausländerbehörde keine Einwände gegen eine Arbeit geltend gemacht. Das Arbeitsamt hatte die Arbeitserlaubnis mit der Begründung abgelehnt, Gesichtspunkte der Einwanderungspolitik und der Entwicklungshilfepolitik würden einer Arbeitsgenehmigung im Wege stehen. Das hessische Landesarbeitsgericht hatte nun entschieden, daß derartige Überlegungen nur von der Ausländerbehörde anzustellen sind, nicht vom Arbeitsamt. Dieses habe alleine nach dem Arbeitsmarkt zu urteilen.

BBU-Vorstand für Aktivitäten gegen NATO-Nachrüstung

gek. Der Vorstand der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat beschlossen, zukünftig den Kampf gegen die NATO-Rüstungspläne zu einem Schwerpunkt seiner Tätigkeit zu machen. Er unterstützt sowohl den Krefelder Appell wie den Aufruf der Russel-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa. Neben den Umweltgefahren bedeute die Aufrüstung die größte Bedrohung für die Allgemeinheit.

Bremer Krankenhaus gibt Daten Verletzter an die Polizei

gkr. Anwälte stellten in Bremen Strafanzeige gegen das Rot-Kreuz-Krankenhaus wegen Weitergabe von Daten ambulant versorgter Personen an die Polizei. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Rekrutenvereidigung am 6. Mai vorigen Jahres waren Demonstranten ambulant behandelt worden. Im September forderte die Polizei Angaben über die Behandelten, um anschließend Strafanzeige zu stellen, und erhielt sie prompt von der Krankenhausleitung. Die Strafanzeige der Anwälte, die sich auf das Datenschutzgesetz sowie auf die Schweigepflicht der Ärzte bezieht, wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst rasch niedergeschlagen und liegt nun bei der Generalstaatsanwaltschaft. Der Bremer Datenschutzbeauftragte stellte eigene Ermittlungen an und bestätigte im wesentlichen die Vorwürfe der Rechtsanwälte. Die schutzwürdigen Belange der Patienten seien in keiner Weise berücksichtigt worden, stellte er fest. Das deutsche Strafgesetzverfahrensrecht bürde dem Arzt keinerlei Denunziationspflicht auf, „die Bestimmungen verleihen dem Arzt das Recht zum Schweigen, aber nicht das Recht zum Reden“.

Aktionseinheit gegen NPD-Kongreß

wef.Heppenheim. Gegen einen von der NPD angekündigten „1. Hessischen Kongreß gegen Überfremdung“, der der Stimmungsmache und Hetze gegen die ausländischen Kollegen in der BRD dienen sollte, protestierten am Samstag, 13.6., rund 250 Menschen vor dem Tagungsort in Heppenheim. Eine breite Aktionseinheit hatte hierzu aufgerufen. Durch deren Tätigkeit auch wurde die Sache erst an die Öffentlichkeit gebracht, die NPD wollte ihren Kongreß ganz unauffällig durchziehen. Im Laufe des Vormittags wurden etwa 300 Unterschriften gegen das Stattfinden dieser Veranstaltung gesammelt und ein SPD-Stadtrat sieht sich zu einem Antrag gezwungen, der ein generelles Verbot solcher faschistischer Veranstaltungen in öffentlichen Räumen der Stadt Heppenheim vorsieht.

„Wir lehnen den Zionismus als Ideologie und als Staatstruktur ab"

Daß die Regierung Begin mit der Zerstörung des irakischen Atomreaktors die Mehrheit der israelischen Bevölkerung um sich scharen kann, läßt die Frage nach den Kräften akut werden, die sich nicht in diese „Einheit in der Aggression" einreihen. Dan Diner, jüdisch-israelischer Revolutionär, ist Mitglied der Matzpen, der Sozialistischen Organisation in Israel. Er arbeitet zugleich im Redaktionskollektiv der Zeitung „links" des Sozialistischen Büros. In einem Gespräch, das wir dieser Tage mit ihm führen konnten, legt er seine Auffassungen dar.

Die Zerstörung des irakischen Reaktors – Ausdruck der Gewaltherrschaft des Zionismus

Die Form des israelischen Überfalls und die Zerstörung des irakischen Atomreaktors Tamuz läßt sich dahingehend erklären, daß einmal der Widerspruch zwischen dem Staat Israel als zionistischem Staat und den arabischen Völkern, vor allem dem palästinensischen Volk, sich nur in Gewaltform auszudrücken vermag.

Das bedeutet, daß alle Versuche, zwischen Israel und den arabischen Staaten zu Regelungen zu kommen, die im allgemeinen bürgerlichen Staatenverkehr im internationalen Kontext gang und gäbe sind, daß diese Form der Kontakte gescheitert ist. Vor allem aufgrund israelischer Initiative. Das hat nicht nur zur Zeit der Regierung Begin diesen offensichtlichen Charakter angenommen. Das war auch sofort nach der Gründung des Staates Israel, dadurch, daß der zionistische Staat von den arabischen Staaten eine Anerkennung als *jüdischen* Staat verlangte und auch durchzusetzen bereit war. (Durch den israelischen Aggressionskrieg von 1948 – chm.) Nur durch Gewalt wäre seine Anerkennung als *israelischer* Staat, nicht als Staat seiner Bürger, das hieße der dort lebenden Juden und der dort lebenden Araber, durchsetzbar. Jede andere Anerkennung hätte die Aufhebung der zionistischen Struktur eines Staates bedeutet, der wie der ehemalige Staatspräsident Chaim Weizmann gesagt hat, so jüdisch werden sollte wie England englisch. Solange der Anspruch der Aufrechterhaltung eines exklusiven jüdischen Staates, also eines zionistischen Staates, das Prinzip und die Grundlage Israels ist, solange wird das Verhältnis zwischen Israel und dem palästinensischen Volk, aber auch den anderen arabischen Völkern, das der Gewalt sein ...

Die israelische Bevölkerung unterstützt weitgehend diese Politik

Die israelische Bevölkerung unterstützt weitgehend diese Politik der Regierung Begin. Die israelische Bevölkerung ist in dem Sinne an dem Konflikt bewußtseinsmäßig nicht interessiert. D.h. die beiden Parteienblöcke, von der Herut-Partei geführt der Likud und der Maarach, mit der Arbeiterpartei an der Spitze, ringen untereinander mit einem rein ökonomischen Programm. Die Arbeiterpartei vermeidet es sogar, in irgendeiner Weise ihre territorialen Optionen in ihrem Wahlprogramm niederzulegen. Wovon die Rede ist, ist nur Inflation und Arbeitslosigkeit, aber es werden auf keinen Fall außenpolitische oder sogenannte außenpolitische Kriterien in das Wahlprogramm einbezogen. Im übrigen sehr ähnlich wie auch das Wahlprogramm der Likud im Jahre '77. Alle sogenannten außenpolitischen oder auf die Palästinafrage bezogenen Aussagen wurden vermieden. Es wurde nur Korruption, Vetternwirtschaft, Inflation angegriffen. D.h. daß man in Israel durchaus davon ausgehen kann, daß im öffentlichen Bewußtsein und im real konkreten Leben des Alltags eine völlige, eine absolute Verdrängung der existentiellen Frage des Palästinakonflikts besteht, eine Verdrängung, die mit der realen Verdrängung der Palästinenser aus der Gesellschaft einhergeht, und daß jegliche Form von Unzufriedenheit, ich spreche nicht von Opposition oder gar von Widerstand, innerhalb der jüdisch-israelischen Bevölkerung sich in der Form der Auswanderung realisiert, was ein Hinweis auf den Einwanderercharakter, auf den Siedlungscharakter dieser Gesellschaft auch gibt. Daß das Bewußtsein von Opposition sich nicht am Ort selbst entwickelt, von Unzufriedenheit zu Opposition bis zum Widerstand, sondern bereits im Bereich der Unzufriedenheit mit einer Auswanderung, mit einem Verlassen des Landes reagiert wird, läßt Israel als so etwas wie einen ideologischen Durchlauferhitzer wirken, so daß immer wieder der ideologische Anspruch des Zionismus auf Palästina und die damit einhergehende Vertreibung, Unterdrückung und Verdrängung der Palästinenser immer wieder Vollstrecker findet.

> Zu empfehlen: Fischer Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert. III. Weltprobleme zwischen den Machtblöcken, Frankfurt 1981. In dem Abschnitt „Israel: Nationalstaatsproblem und Nahostkonflikt" entwickelt Genosse Diner zum Schluß die Perspektive des binationalen Staates der jüdisch-israelischen und der arabisch-palästinensischen Nationalität, S. 201–207.

Es gibt Bruchstellen ...

Dennoch gibt es trotz dieser weitgehenden Übereinstimmung Bruchstellen in der Gesellschaft. Diese Bruchstellen sind ökonomischer Natur. Diese ökonomischen Bruchstellen werden jedoch dahingehend überlagert, daß Israel bislang immer noch vom US-Imperialismus subventioniert wird mit ungefähr 3 Mrd. $ im Jahr. Es gibt einen strukturellen Widerspruch. Es ist die Frage, in welcher Richtung er sich auflöst: Daß die Vereinigten Staaten auf Israel als ultima ratio der Gewaltanwendung im Vorderen Orient nicht verzichten wollen, obwohl die Gewalt, die vom Zionismus ausgeht, die nicht immer identisch ist mit der Gewalt, die der Imperialismus immer in der Region angewandt hat – die Gewalt, die vom Zionismus ausgeht letzthin auch imperialistische Interessen berührt. Sonst wäre auch der sukzessive Rückzug oder die Kritik an Israel vor allem seitens der europäischen Länder nicht zu erklären. Auch nicht die Ambivalenz der USA, die viel lieber Israel in ein Bündnis mit Ägypten und Saudi-Arabien stellen würde. Aber dieses amerikanische Projekt wird immer wieder in Frage gestellt.

Wenn man also die beiden Interessenslagen nebeneinander oder übereinander legt, wäre es denkbar, daß aufgrund der Gewalt, die von Israel ausgeht und die die imperialistischen Interessen des Westens bedrohen könnte, so etwas wie eine Schwächung Israels ausgehen könnte seitens des Westens in Form einer verstärkten Einschränkung der Kapitalschenkungen. Das würde Israel überhaupt erst zu einer Gesellschaft machen, in der soziale Konflikte austragbar sind. Solange Israel subventioniert wird, sind soziale Konflikte nicht austragbar. In dem Sinne ist Israel so etwas wie ein Treibhaus, in dem eine klassenkämpferische Perspektive auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital immer wieder durch die Subventionierung sowohl der Kapitalisten als auch der Arbeiter im Unterschied zu der arabisch-palästinensischen Bevölkerung vereitelt wird, indem dieser Widerspruch immer wieder durch die Subventionierung geglättet wird. Es ist also ein tendenzieller Widerspruch, es ist aber kein Widerspruch, auf dem heute politisch gearbeitet oder von dem aus politisch gehandelt werden kann.

Die Opposition muß antizionistisch sein ...

Als Opposition in Israel können selbstverständlich nur die Gruppen, Organisationen oder Parteien gelten, die den zionistischen Charakter des Staates Israel primär kritisieren und bekämpfen. Es können also nur Organisationen, Gruppen oder Parteien sein, die in sich selbst, in ihrer Struktur, sich als jüdisch *und* arabisch zugleich definieren. Zu denen gehört die Rakah, die israelische kommunistische Partei, die aber vor allem und zuallererst die Interessen der SU im internationalen Kontext vertritt, aber dazu auch die demokratischen Rechte der arabisch-palästinensischen Bevölkerung wahrnimmt. Dazu gehört Matzpen, die Sozialistische Organisation in Israel, die unter diesem Namen bekannt ist. Sie ist im Jahre 1962 entstanden, ist demnach ein Vorläufer all jener Organisationen der neueren Linken gewesen, die ja alle erst Mitte der sechziger Jahre entstanden sind.

Diese Organisation entwickelte sich entlang von drei bis vier wichtigen Ereignissen. Einmal an der Kritik an der Integration der Rakah im Gewerkschaftsverband der Histadruth, die eine zionistische Gewerkschaft ist und bis zum Jahre 1966 statutenmäßig die arabische Bevölkerung ausgeschlossen hatte. An diesem zionistischen, segregistischen Gewerkschaftsverband nahm die KP teil. Das ist eine wesentliche Kritik.

Ein weiterer Punkt war die Kritik an der Bündnispolitik der kommunistischen Parteien in den arabischen Staaten. Das war nach der Verfolgung und der Vernichtung der KP des Irak durch die Regierung Kassem (ab 1958).

Drittens ging es um die Kritik der Länder des realen Sozialismus. Die Nähe zu den Ländern des realen Sozialismus war durch jüdisch-israelische Genossen gegeben, die sich schon damals als Studenten dort befanden. Der offene Brief von Kuron und Modzelewski an die Führung der polnischen Arbeiterpartei wurde später in der Zeitung Matzpen veröffentlicht. Er bildete sozusagen die Grundlage für diese Kritik an den Ländern des realen Sozialismus.

Zuletzt war es auch der Sieg der kubanischen Revolution, die völlig im Widerspruch, man könnte sogar sagen im Gegensatz, zur Politik der kommunistischen Parteien in Mittel- und Zentralamerika verlief.

Das waren vier Elemente, die zur Gründung der sozialistischen Organisation Matzpen geführt haben – lokale und internationale Fragen der Arbeiterbewegung.

Matzpen ist bis heute notwendigerweise eine kleine Organisation geblieben aufgrund des Konflikts. Sie ist aber die einzige arabisch-jüdische Organisation in Israel, die eine Perspektive anbietet, die sich von der Erhaltung eines israelischen Staates ablöst. Die Rakah steht zur Souveränität Israels und ignoriert damit auch den zionistischen Charakter, obwohl sie den konkreten Zionismus in seiner Praxis bekämpft. Matzpen steht für eine sozialistische Revolution im gesamten arabischen Osten, versteht sich damit als Teil der revolutionären Bewegung im gesamten arabischen Osten. Matzpen fordert aber gleichzeitig eine Anerkennung der kollektiven Rechte der jüdischen Israelis, die sich nicht in Form eines Nationalstaates niederschlagen darf. Denn die einzige Form eines Nationalstaates unter diesen Bedingungen wäre ein israelisch-zionistischer Staat. Matzpen unterstützt auch die mittelfristigen Forderungen des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in jedem Teil Palästinas. Aber Matzpen glaubt nicht, daß durch einen Palästinenserstaat in der Westbank und Gazastreifen das Problem der Unterdrückung der Palästinenser einerseits und der Gefährdung der israelischen Juden durch den Konflikt andererseits gelöst werden kann. In dem Sinne ist die Unterstützung des Etappenzieles der PLO eine Form der Solidarität, aber nicht eine Form des Programms.

Die programmatische Perspektive kann sich nicht nur auf Palästina beziehen

Die programmatische Perspektive ist eine revolutionäre Perspektive, die sich nicht nur auf Palästina allein bezieht, weil nach der Auffassung von Matzpen eine lokale Lösung der Palästinafrage nicht denkbar ist. Wenn man dieses Prinzip auffüllt inhaltlich, dann bedeutet es, daß Matzpen den Zionismus nicht nur als Ideologie, sondern als eine materielle Struktur, eine Staatsstruktur ablehnt, als eine Struktur, die notwendigerweise Juden und Araber voneinander trennt, die jüdische Bevölkerung privilegiert, gesetzlich, durch Sozialmaßnahmen, durch ökonomische Schritte und damit die arabisch-palästinensische Bevölkerung diskriminiert. Jeglicher Widerstand gegen diese Diskriminierung stößt auf weitere Unterdrückung seitens des israelischen Staates, diese Form der Unterdrückung führt bis hin zur Vertreibung und Vernichtung der Palästinenser, wie historisch auch nachvollziehbar.

Aber Matzpen spricht eben von einer *zionistischen Struktur* und unterscheidet davon das inzwischen in Israel entstandene *Kollektiv*, das Formen nationaler Identität und nationalen Selbstverständnisses entwickelt hat bei der jüdischen Bevölkerung. D.h. eine eigene Sprache, eine eigene Kultur, die dahingehend entzionisiert werden müssen, indem die jüdisch-israelische Nationalität nicht mehr wie im Fall des Zionismus – und das macht den Sinn des Zionismus aus – die Herrschaft und damit das Staatsvolk in Palästina darstellt und die Palästinenser eben nur Bürger zweiter Klasse wie in Israel, unterdrückt und besetzt wie in der Westbank oder der Vernichtung preisgegeben wie im Libanon sind. Jüdisch-israelische Nationalität bedeutet, durch praktische Politik einen Prozeß in Palästina einzuleiten, der die Auflösung des Zionismus bedingt. D.h. alle Gesetze abschaffen, die die arabische Bevölkerung diskriminieren und die jüdische privilegieren, Israel zu einem exklusiven jüdischen Einwanderungsland machen, den Boden der arabischen Bevölkerung konfiszieren, um nur jüdische Siedler darauf anzusiedeln – das alles macht den Zionismus aus.

Wenn dies alles nicht mehr besteht, bleibt ja etwas, und es bleiben die Menschen. Und diese Menschen bleiben nicht als eine Elite, sondern diese Menschen haben Gemeinsamkeiten, allein schon die Sprache, die sie als Kollektiv auszeichnet. Aber dieses Kollektiv ist nicht mit Souveränität, Staatlichkeit und damit territorialer Herrschaft in Verbindung zu setzen. Denn sonst wäre es eine Nation. Dies ist im Falle Palästinas nicht denkbar, weil es wiederum die Unterdrückung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung bedeuten würde; es ist eine Nationalität, eine Bevölkerung, die ein Recht hat, ihre Sprache, ihre Kultur selbst zu organisieren im Rahmen eines Staates, gemeinsam mit der arabisch-palästinensischen Bevölkerung, für die eben dieselben Bedingungen, dieselben Rechte Geltung haben wie für die jüdisch-israelische. Das bedeutet jüdisch-israelische Nationalität im Unterschied zum Zionismus. Selbstverständlich stand der Zionismus Pate an der Wiege der jüdisch-israelischen Nationalität. Bis heute hat sich die jüdisch-israelische Nationalität noch nicht vom Zionismus gelöst. Aber die Perspektive eines gemeinsamen Zusammenlebens zwischen jüdisch-israelischer und arabisch-palästinensischer Bevölkerung in einem einheitlichen Gesamtpalästina muß dieses Prinzip der Anerkennung der kollektiven Rechte, der Gemeinschaftsrechte einer jüdisch-israelischen Nationalität garantieren, auch zu einem Zeitpunkt, in dem sich die jüdisch-israelische Nationalität noch nicht vom Zionismus abgelöst hat. Denn eine solche Anerkennung der jüdisch-israelischen Nationalität würde ein Tor aufreißen zu einer Perspektive, ein Tor zu einer Zeit, in der die antizionistische Opposition in Israel völlig isoliert, zu einer Zeit, in der die zionistischen Parteien, und das zeigt auch der Überfall und die Vernichtung des irakischen Atomkraftwerks, immer wieder die Solidarität der dort lebenden Juden mit dem System wiederherzustellen vermögen.

Eine Anerkennung der jüdisch-israelischen Nationalität seitens der Palästinenser wäre eine Perspektive, die folgendes impliziert:

Die Palästinenser weisen den israelischen Juden einen gemeinsamen Ausweg. Dies ist ein Unterschied zum demokratischen, säkularen Staat, weil dieser von Religionsgemeinschaften ausgeht und damit das Problem der Nationalität, d. h. der Sprache, der Kultur umgeht. Letzthin impliziert er eine arabische Staatlichkeit, die wiederum für die jüdischen Israelis auch ohne Zionismus keine Perspektive anbieten würde.

Zweitens bedeutet diese Anerkennung seitens der arabischen Palästinenser eine praktische Kritik am Nationalismus, auch am eigenen Nationalismus, zu leisten, indem eine andere Nationalität mit einer gemeinsamen Perspektive anerkannt wird.

Es würde drittens auch Friktionen innerhalb der arabisch-palästinensischen Bevölkerung, auch innerhalb der Organisationen des palästinensischen Widerstands, aufheben, die das Problem eines Palästinastaates oder des Zieles ganz Palästina als Gegensatz betrachten. Dieser Gegensatz in der Frage des politischen Zieles wäre damit aufgehoben.



Palästinensische Schulkinder im Südlibanon – fast täglich der Vernichtung durch den zionistischen Staat ausgesetzt

Eine Anerkennung der jüdisch-israelischen Nationalität seitens der palästinensischen Araber wäre eine die Logik des Konflikts sprengende Dringlichkeit, die die Eigenständigkeit einer jüdisch-israelischen Identität von der bestehenden Loyalität zum Zionismus befreien helfen würde, den Bruch mit dem Zionismus, wie er sich vor allem in einer manifesten Ablehnung der zionistischen Staatsstruktur äußern müßte, beschleunigen.

(Das Gespräch führte Chérifa el-Masri)

disch werden sollte wie England englisch. Solange der Anspruch der Aufrechterhaltung eines exklusiven jüdischen Staates, also eines zionistischen Staates, das Prinzip und die Grundlage Israels ist, solange wird das Verhältnis zwischen Israel und dem palästinensischen Volk, aber auch den anderen arabischen Völkern, das der Gewalt sein ...

Die israelische Bevölkerung unterstützt weitgehend diese Politik

Die israelische Bevölkerung unterstützt weitgehend diese Politik der Regierung Begin. Die israelische Bevölkerung ist in dem Sinne an dem Konflikt bewußtseinsmäßig nicht interessiert. D.h. die beiden Parteienblöcke, von der Herut-Partei geführt der Likud und der Maarach, mit der Arbeiterpartei an der Spitze, ringen untereinander mit einem rein ökonomischen Programm. Die Arbeiterpartei vermeidet es sogar, in irgendeiner Weise ihre territorialen Optionen in ihrem Wahlprogramm niederzulegen. Wovon die Rede ist, ist nur Inflation und Arbeitslosigkeit, aber es werden auf keinen Fall außenpolitische oder sogenannte außenpoli-

Revolutionär, ist Mitglied der Matzpen, der Sozialistischen Organisation in Israel. Er arbeitet zugleich im Redaktionskollektiv der Zeitung „links" des Sozialistischen Büros. In einem Gespräch, das wir dieser Tage mit ihm führen konnten, legt er seine Auffassungen dar.

nomischen Bruchstellen werden jedoch dahingehend überlagert, daß Israel bislang immer noch vom US-Imperialismus subventioniert wird mit ungefähr 3 Mrd. $ im Jahr. Es gibt einen strukturellen Widerspruch. Es ist die Frage, in welcher Richtung er sich auflöst: Daß die Vereinigten Staaten auf Israel als ultima ratio der Gewaltanwendung im Vorderen Orient nicht verzichten wollen, obwohl die Gewalt, die vom Zionismus ausgeht, die nicht immer identisch ist mit der Gewalt, die der Imperialismus immer in der Region angewandt hat – die Gewalt, die vom Zionismus ausgeht letzthin auch imperialistische Interessen berührt. Sonst wäre auch der sukzessive Rückzug oder die Kritik an Israel vor allem seitens der europäischen Länder nicht zu erklären. Auch nicht die Ambivalenz der USA, die viel lieber Israel in ein Bündnis mit Ägypten und Saudi-Arabien stellen würde. Aber dieses amerikanische Projekt wird immer wieder in Frage gestellt.

bis zum Jahre 1966 statutenmäßig die arabische Bevölkerung ausgeschlossen hatte. An diesem zionistischen, segregistischen Gewerkschaftsverband nahm die KP teil. Das ist eine wesentliche Kritik.

Ein weiterer Punkt war die Kritik an der Bündnispolitik der kommunistischen Parteien in den arabischen Staaten. Das war nach der Verfolgung und der Vernichtung der KP des Irak durch die Regierung Kassem (ab 1958).

Drittens ging es um die Kritik der Länder des realen Sozialismus. Die Nähe zu den Ländern des realen Sozialismus war durch jüdisch-israelische Genossen gegeben, die sich schon damals als Studenten dort befanden. Der offene Brief von Kuron und Modzelewski an die Führung der polnischen Arbeiterpartei wurde später in der Zeitung Matzpen veröffentlicht. Er bildete sozusagen die Grundlage für diese Kritik an den Ländern des realen Sozialismus.

Zuletzt war es auch der Sieg der kubanischen Revolution, die völlig im

entstandene Kollektiv, das Formen nationaler Identität und nationalen Selbstverständnisses entwickelt hat bei der jüdischen Bevölkerung. D.h. eine eigene Sprache, eine eigene Kultur, die dahingehend entzionisiert werden müssen, indem die jüdisch-israelische Nationalität nicht mehr wie im Fall des Zionismus – und das macht den Sinn des Zionismus aus – die Herrschaft und damit das Staatsvolk in Palästina darstellt und die Palästinenser eben nur Bürger zweiter Klasse wie in Israel, unterdrückt und besetzt wie in der Westbank oder der Vernichtung preisgegeben wie im Libanon sind. Jüdisch-israelische Nationalität bedeutet, durch praktische Politik einen Prozeß in Palästina einzuleiten, der die Auflösung des Zionismus bedingt. D.h. alle Gesetze abschaffen, die die arabische Bevölkerung diskriminieren und die jüdische privilegieren, Israel zu einem exklusiven jüdischen Einwanderungsland machen, den Boden der arabischen Bevölkerung konfiszieren, um nur jüdische Siedler darauf anzusiedeln – das alles macht den Zionismus aus.

Wenn dies alles nicht mehr besteht, bleibt ja etwas, und es bleiben die Menschen. Und diese Menschen blei-

gendes impliziert:

Die Palästinenser weisen den israelischen Juden einen gemeinsamen Ausweg. Dies ist ein Unterschied zum demokratischen, säkularen Staat, weil dieser von Religionsgemeinschaften ausgeht und damit das Problem der Nationalität, d. h. der Sprache, der Kultur umgeht. Letzthin impliziert er eine arabische Staatlichkeit, die wiederum für die jüdischen Israelis auch ohne Zionismus keine Perspektive anbieten würde.

Zweitens bedeutet diese Anerkennung seitens der arabischen Palästinenser eine praktische Kritik am Nationalismus, auch am eigenen Nationalismus, zu leisten, indem eine andere Nationalität mit einer gemeinsamen Perspektive anerkannt wird.

Es würde drittens auch Friktionen innerhalb der arabisch-palästinensischen Bevölkerung, auch innerhalb der Organisationen des palästinensischen Widerstands, aufheben, die das Problem eines Palästinastaates oder des Zieles ganz Palästina als Gegensatz betrachten. Dieser Gegensatz in der Frage des politischen Zieles wäre damit aufgehoben.

„Die Linke und die nationale Frage"

– Besprechung eines Buches zur deutschen Einheit –

kea. Das Buch „Die Linke und die nationale Frage" ist im Januar 1981 als rororo-Taschenbuch erschienen. Den umfangreichsten Teil des Buches macht eine Sammlung von Dokumenten, Reden, Aufrufen, Zeitungsartikeln und wissenschaftlichen Aufsätzen, aber auch Gedichten, Essays und Briefen aus, die einen gewissen Überblick über die Positionen der wichtigsten politischen Parteien, Politiker, Gewerkschaften, Schriftsteller etc. zur deutschen Frage zwischen 1945 und heute ermöglichen. In der Einleitung und in zwei politischen Aufsätzen, die dem Dokumententeil vorangestellt sind, erläutern die Herausgeber ihren Standpunkt zur Frage der deutschen Nation und wieso ihrer Meinung nach die „deutsche Frage" heute erneut auf der Tagesordnung steht. Herausgeber sind Peter Brandt und Herbert Ammon. Peter Brandt, der als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin tätig ist, arbeitet als Mitglied des Sozialistischen Büro (SB) in der Berlin-AG der Alternativen Liste in Westberlin mit, Herbert Ammon ist tätig als Studienrat am Studienkolleg für ausländische Studierende der FU Berlin und arbeitet als SPD-Mitglied ebenfalls in der Berlin-AG der Alternativen Liste mit. Das Buch selber hat das Anliegen, die Aktualität der deutschen Frage als nationaler Frage zu begründen, und zwar „als ein Thema der Linken" in bewußter Bestreitung der Behauptung, daß die nationale Frage ein rechtes Thema sei:

„Der Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit gegenüber der Linken gehört seit jeher zur Liturgie konservativer bzw. reaktionärer Selbstdarstellung. Die Parolen klingen gleich von den „Reichsfeinden" und den „vaterlandslosen Gesellen" des Kaiserreichs über die „November-Verbrecher" und die „Erfüllungspolitiker" bis hin zu Adenauers Prophezeiungen des drohenden „Untergangs Deutschlands" bei einem Wahlsieg der SPD. Die innenpolitische Funktion derartiger Kraftakte ist offenkundig, ebenso ihre verheerenden Folgen für das Schicksal der deutschen Nation im 20. Jahrhundert. Gleichwohl hat sich die deutsche Rechte bis heute geweigert, die historische Bilanz aufzumachen und einzugestehen, daß ihre nationalen Phrasen zweimal imperialistische Expansionskriege vorbereitet und begleitet haben, die das deutsche Volk in die Katastrophe geführt haben.

Weit entfernt, die historische Verantwortung dafür anzuerkennen, negiert die bürgerliche Rechte heute ihre Rolle in der Nachkriegszeit, als Wiedervereinigungsversprechen und das Schlagwort von der Politik der Stärke den realen Charakter ihrer Politik verdeckten: Westintegration und Remilitarisierung vertieften die Spaltung, statt – wie behauptet – die Voraussetzungen für ihre Überwindung zu schaffen. Eine Besinnung auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit fand selbst dann nicht statt, als die Spaltung 1961 durch die Berliner Mauer zementiert wurde.

So unterliegt es keinem Zweifel, daß die bürgerliche Rechte schon immer die nationalen Interessen mit den eigenen Besitz- und Machtinteressen identifizierte und die letzteren im Zweifelsfall voranstellte. Angesichts des drohenden Zusammenbruchs der kapitalistischen Ordnung zögerte die „nationale Rechte" am Ende der Weimarer Republik nicht, sich mit den Nazis zu liieren und damit die Existenz des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt das primäre Interesse der bürgerlichen Rechten wiederum der Erhaltung und Konsolidierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Folgerichtig hat sie das selbstgesteckte Ziel – den oft genug beschworenen Verfassungsauftrag, die deutsche Einheit wiederherzustellen –, hintangestellt.

Die vorliegende Dokumentation dient nun nicht etwa umgekehrt dem Nachweis der „nationalen Zuverlässigkeit" der Linken. Es geht vielmehr darum zu zeigen, wie sehr die deutsche Spaltung – also die Lebensfrage der Nation in der Nachkriegszeit – das Denken und die politische Praxis der deutschen Linken in Ost und West bis heute beherrscht hat. Denn entgegen einer – heute auch in linken und liberalen Kreisen – verbreiteten Ansicht hat sich das politische Engagement der Linken immer wieder an der nationalen Frage entzündet." (zit. n. Brandt/Ammon, Die Linke und die nationale Frage, rororo 4740, S. 9/10)

Brandt und Ammon bestreiten auch, daß der deutsche Nationalismus historisch nur in reaktionärer Weise gewirkt habe und verweisen auf „die freiheitlichen Traditionen der antinapoleonischen Kriege 1813/15, des Vormärz und der Revolution 1848/49 sowie des patriotischen Internationalismus der frühen Arbeiterbewegung." (a.a.O. S. 24/25). Die entscheidende Argumentatation ist aber, daß gerade heute, bei der wachsenden Kriegsgefahr auf europäischem Boden, das Ziel der nationalen Einheit Deutschlands einen neuen unmittelbar aktuellen fortschrittlichen Inhalt bekommen kann:

„Viele setzen die Erhaltung des Status quo mit der Erhaltung des Weltfriedens gleich. Die Teilung Deutschlands wird einmal unter dem Aspekt des Ost-West-Gegensatzes, zum anderen unter dem Aspekt der europäischen Friedensordnung als unabdingbare Voraussetzung betrachtet. Es handelt sich hier um zwei getrennte Argumentationsstränge, die von ihren Verfechtern jedoch oft unzulässig vermengt werden.

Wir lehnen den ersten Teil der These, die auf einem mechanistischen Gleichgewichtsdenken beruht, ab. Zwar konkretisiert sich in der deutschen Teilung die Verantwortung für den Krieg Hitlers; sie resultiert aus dem Ost-West-Gegensatz, dem Zusammenstoß der Interessen der beiden großen Siegermächte in dem durch die Zerschlagung Hitler-Deutschlands hinterlassenen Machtvakuum. Aber die Teilung Deutschlands ist heute sowenig wie in der Ära des Kalten Krieges die Garantie des Friendens. Sie erhöht im Gegenteil die Kriegsgefahr: zum einen stärken die beiden deutschen Teilstaaten das Kräftepotential der beiden Supermächte in ihrem globalen Konflikt, zum anderen stoßen diese auf deutschem Boden mit ihren gigantischen Kriegsmaschinerien aufeinander, die im Zeitalter der elektronischen Kriegsführung bei ständig reduzierten Vorwarnzeiten kaum noch zu beherrschen sind.

Der andere Aspekt der Friedensthese ignoriert das politische und ökonomische Interesse aller europäischen Völker und Staaten an der Überwindung des Status quo zugunsten eines umfassenden europäischen Einigungsprozesses. Dieses gemeinsame Interesse liefert eine zusätzliche moralische Legitimation für den Wunsch der Deutschen, im Zentrum des Kontinents in enger Verbundenheit zusammen zu leben, das heißt, die ‚deutsche Frage' bei der Diskussion der europäischen Zukunft nicht auszuklammern." (a. a. O., S. 27/28)

Der Kern der These von Brandt und Ammon, die sie insbesondere auf Veranstaltungen und Diskussionen in Westberlin präzisiert haben, lautet, daß die Spaltung der deutschen Nation nach dem 2. Weltkrieg durch die Siegermächte dazu gedient hat, zu verhindern, daß das deutsche Volk die *soziale* Frage durch Abschaffung des Kapitalismus lösen konnte und eine demokratische sozialistische und friedliche Gesellschaftsordnung errichten konnte. Auf den gegenwärtigen Zustand übertragen lautet die These dann, daß ohne Lösung der nationalen Frage auch die soziale Frage nicht gelöst werden kann. Brandt und Ammon vertreten diese These in der Form, daß die Lösung der nationalen Frage zumindest die Lösung der sozialen Frage erleichtert, also bessere Bedingungen schafft. Die Vorstellung, wie dabei eine Lösung der nationalen Frage aussehen könnte, wird entwickelt in erklärter Kritik der Bahrschen Entspannungskonzeption, die eine Annäherung der beiden deutschen Staaten durch eine „Interessenallianz der Supermächte" anstrebt und die auch nach Auffassung der Autoren gescheitert ist:

„Wir lehnen es ab, das Bild einer europäischen Friedensordnung zu akzeptieren, in dem die deutsche Teilung gleichsam als Dachträger des west-östlichen Gleichgewichts fungiert. Die Überwindung der kontinentalen Spaltung – somit des Status quo – gehört zu den offen ausgesprochenen Zielen aller politisch Denkenden in Ost- und Westeuropa, sei es unter mehr supranationalen oder mehr föderativen Vorzeichen. Die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes in einer europäischen Friedensgemeinschaft setzt nicht zuletzt eine Lösung der deutschen Frage voraus. Unter der Prämisse eines geeinten Europa erscheint jedoch der Modus dieser Lösung, die staatsrechtliche Konstruktion, sekundär. Allein das Faktum der Veränderung des Status quo verleiht dem derartig anvisierten europäischen Einigungsprozeß eine neue Qualität: denn die Gefahr des Ungleichgewichts und die Dominanz des deutschen Wirtschaftspotentials ist abzusehen, gleichgültig ob dieses in Form eines Einheitsstaates oder in einer staatlichen Parallelkonstruktion organisiert ist. Die Frage der deutschen Einigung stellt sich somit unter gesamteuropäischen Vorzeichen für die europäischen Nachbarvölker ohnehin neu: Entweder sie befürworten einen derartigen Prozeß und setzen Vertrauen in den friedlichen Charakter des deutschen Zentrums in Europa, oder sie verzichten auf dieses Ziel zugunsten einer mechanistischen Sicherheitskonstruktion unter den Fittichen der Supermächte." (a.a.O. S. 56)

In der gegenwärtigen Situation eines drohenden Krieges der beiden Supermächte, die auf europäischem Boden die Enscheidungsschlacht um die Vorherrschaft in der Welt austragen wollen, halte ich das Buch durchaus für einen ernstzunehmenden und hauptsächlich positiven Beitrag für die Debatte, die sich darum drehen muß: wie können die europäischen Völker eine Politik entwickeln, die auf Verhinderung dieses Krieges zielt und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit gegenüber der Machtpolitik beider Supermächte erkämpfen. Denn Unabhängigkeit und nationale Souveränität brauchen die europäischen Völker, wenn sie die Herrscher im eigenen Land stürzen und eine wirkliche sozialistische Gesellschaft aufbauen wollen. Die weit fortgeschrittene Entwicklung der Produktivkräfte auf dem europäischen Kontinent macht sozialistische Produktionsverhältnisse mehr denn je möglich. Man muß sich darüber klar sein, daß ein Krieg der Supermächte auf europäischem Boden diese Entwicklungsbedingungen um Jahrzehnte zurückwerfen würde, von der Gefahr der Vernichtung Europas gar nicht zu sprechen.

Leserbriefe

(Zum Artikel „Dagegen kam Klose nicht an", KVZ 23/81, Seite 1)

Öffentliche Kontrolle der Energieversorgung

„Dagegen kam Klose nicht an – Kapitalinteressen gingen vor Parteimehrheiten" schreibt die KVZ. Dies mußte ja erst einmal

en, hat sich (noch) nicht gegen die Kapitalisten im HEW-Aufsichtsrat und einige SPD-Rechte durchsetzen können …

Insgesamt finde ich es gut, daß durch Kloses Rücktrittsbegründungen diese Frage der politischen Richtung der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm erneut aufgeworfen wurde. Der Rücktritt Kloses war m.E. einerseits Folge des selbständigen

Krach innerhalb der Hamburger SPD, weil viele Mitglieder eben mal wieder erleben müssen, wie Parteitagsbeschlüsse von den Oberen verstümmelt und verschleppt werden, bis sie „durch die normative Kraft des Faktischen" unwirksam gemacht worden sind. Sollen wir uns angesischts dieser Lage tatsächlich damit begnügen, festzustellen, daß auf einen Erfolg der SPD-Linken in

W. I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Inhalt:

I. Konzentration der Produktion und Monopole
II. Die Banken und ihre neue Rolle
III. Finanzkapital und Finanzoligarchie
IV. Der Kapitalexport
V. Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände

sigkeit gegenüber der Linken gehört seit jeher zur Liturgie konservativer bzw. reaktionärer Selbstdarstellung. Die Parolen klingen gleich von den „Reichsfeinden" und den „vaterlandslosen Gesellen" des Kaiserreichs über die „November-Verbrecher" und die „Erfüllungspolitiker" bis hin zu Adenauers Prophezeiungen des drohenden „Untergangs Deutschlands" bei einem Wahlsieg der SPD. Die innenpolitische Funktion derartiger Kraftakte ist offenkundig, ebenso ihre verheerenden Folgen für das Schicksal der deutschen Nation im 20. Jahrhundert. Gleichwohl hat sich die deutsche Rechte bis heute geweigert, die historische Bilanz aufzumachen und einzugestehen, daß ihre nationalen Phrasen zweimal imperialistische Expansionskriege vorbereitet und begleitet haben,

ordnung. Folgerichtig hat sie das selbstgesteckte Ziel – den oft genug beschworenen Verfassungsauftrag, die deutsche Einheit wiederherzustellen –, hintangestellt.

Die vorliegende Dokumentation dient nun nicht etwa umgekehrt dem Nachweis der „nationalen Zuverlässigkeit" der Linken. Es geht vielmehr darum zu zeigen, wie sehr die deutsche Spaltung – also die Lebensfrage der Nation in der Nachkriegszeit – das Denken und die politische Praxis der deutschen Linken in Ost und West bis heute beherrscht hat. Denn entgegen einer – heute auch in linken und liberalen Kreisen – verbreiteten Ansicht hat sich das politische Engagement der Linken immer wieder an der nationalen Frage entzündet." (zit. n. Brandt/Ammon, Die Linke und die

Ost-West-Gegensatz, dem Zusammenstoß der Interessen der beiden großen Siegermächte in dem durch die Zerschlagung Hitler-Deutschlands hinterlassenen Machtvakuum. Aber die Teilung Deutschlands ist heute sowenig wie in der Ära des Kalten Krieges die Garantie des Friendens. Sie erhöht im Gegenteil die Kriegsgefahr: zum einen stärken die beiden deutschen Teilstaaten das Kräftepotential der beiden Supermächte in ihrem globalen Konflikt, zum anderen stoßen diese auf deutschem Boden mit ihren gigantischen Kriegsmaschinerien aufeinander, die im Zeitalter der elektronischen Kriegsführung bei ständig reduzierten Vorwarnzeiten kaum noch zu beherrschen sind.

Der andere Aspekt der Friedensthese ignoriert das politische und ökonomi-

so bessere Bedingungen schafft. Die Vorstellung, wie dabei eine Lösung der nationalen Frage aussehen könnte, wird entwickelt in erklärter Kritik der Bahrschen Entspannungskonzeption, die eine Annäherung der beiden deutschen Staaten durch eine „Interessenallianz der Supermächte" anstrebt und die auch nach Auffassung der Autoren gescheitert ist:

„Wir lehnen es ab, das Bild einer europäischen Friedensordnung zu akzeptieren, in dem die deutsche Teilung gleichsam als Dachträger des west-östlichen Gleichgewichts fungiert. Die Überwindung der kontinentalen Spaltung – somit des Status quo – gehört zu den offen ausgesprochenen Zielen aller politisch Denkenden in Ost- und Westeuropa, sei es unter mehr supra-

tik entwickeln, die auf Verhinderung dieses Krieges zielt und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit gegenüber der Machtpolitik beider Supermächte erkämpfen. Denn Unabhängigkeit und nationale Souveränität brauchen die europäischen Völker, wenn sie die Herrscher im eigenen Land stürzen und eine wirkliche sozialistische Gesellschaft aufbauen wollen. Die weit fortgeschrittene Entwicklung der Produktivkräfte auf dem europäischen Kontinent macht sozialistische Produktionsverhältnisse mehr denn je möglich. Man muß sich darüber klar sein, daß ein Krieg der Supermächte auf europäischem Boden diese Entwicklungsbedingungen um Jahrzehnte zurückwerfen würde, von der Gefahr der Vernichtung Europas gar nicht zu sprechen.

Leserbriefe

(Zum Artikel „Dagegen kam Klose nicht an", KVZ 23/81, Seite 1)

Öffentliche Kontrolle der Energieversorgung

„Dagegen kam Klose nicht an – Kapitalinteressen gingen vor Parteimehrheiten" schreibt die KVZ. Dies mußte ja erst einmal so sein, da zwar die Stadt Hamburg über 72% der Aktien der HEW verfügt, aber im Aufsichtsrat die Bankenvertreter das Sagen haben …

Deswegen stellt Klose zu Recht die „Systemfrage", weil mit den gegenwärtigen gesetzlichen Mitteln offensichtlich nicht zugunsten der Forderung der Bewegung das KKW Brokdorf stillgelegt werden kann:

„Mir ging es darum, beispielhaft auch für andere Fragen klären zu lassen, wer in der Frage der Energieversorgung das Sagen hat."

Diese Frage ist offensichtlich weder beantwortet noch endgültig entschieden und man kann deshalb m.E. auch nicht bei der Feststellung stehenbleiben, daß Klose „dagegen nicht ankam", sondern muß die gestellte Frage konkret beantworten.

In Anbetracht der zahlreichen staatlichen Reglementierungen auf diesem Gebiet bietet es sich geradezu an, mit politischen Forderungen gegenüber dem Staat gegen das Kernenergieprogramm zu kämpfen:

1. Im Atomgesetz (AtG) von 1959 hat sich der Staat *grundsätzlich für die Nutzung* der Kernenergie ausgesprochen. Dieses AtG ist Grundlage aller Genehmigungen von KKWs. Ein Verbot der Nutzung der Kernenergie kann also ebenfalls nur auf Bundesebene durch Gesetz verfügt werden, was selbstverständlich die Beseitigung des Atomgesetzes beinhalten würde.

2. Zuständig für die Genehmigungen von KKWs ist die jeweilige Landesregierung unter Beteiligung der betroffenen Städte, Gemeinden. Die politischen Forderungen der Bewegung gegen Brokdorf, des SPD-Landesparteitages und (einst) der Mehrheit des Hamburger Senats, Brokdorf *nicht* zu bauen, hat sich (noch) nicht gegen die Kapitalisten im HEW-Aufsichtsrat und einige SPD-Rechte durchsetzen können …

Insgesamt finde ich es gut, daß durch Kloses Rücktrittsbegründungen diese Frage der politischen Richtung der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm erneut aufgeworfen wurde. Der Rücktritt Kloses war m.E. einerseits Folge des selbständigen Kampfes der Arbeiter- und demokratischen Bewegung gegen das Kernenergieprogramm wie er andererseits auch der Bewegung deutlich vor Augen geführt hat, daß die Demonstrationen von Zehntausenden gegen Brokdorf, Parteitagsbeschlüsse und Gewerkschaftsbeschlüsse *letztendlich in gesetzlichen Bestimmungen ihren Niederschlag finden müssen*. Gerade in Anbetracht der Vorschläge der Länderjustizminister zur Neuordnung der Genehmigungsverfahren, d.h. Einschränkung der Einspruchsrechte, ist es auf der Tagesordnung, die dem Stand der Bewegung entsprechenden gesetzlichen Forderungen positiv dagegen zu propagieren.

B.D., Boppard

Kloses Rücktritt nicht nur zur Kenntnis nehmen

Es ist die Frage, ob sich die revolutionäre und demokratische Bewegung in Hamburg und hier vor allem diejenigen, die den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf auf alle Fälle verhindern wollen, damit zufrieden geben können, den Rücktritt Kloses zur Kenntnis zu nehmen als etwas, wie man es eben spätestens seit Lenin von der „demokratischen Republik", in der die „Macht des Geldes" herrscht, „gewöhnt" ist …

Die Verschleppungstaktik des Landesvorstandes in Sachen Brokdorf, der eine Haltung für „Brokdorf" großer Teile der Vorstandmitglieder zugrunde liegt, ebenso wie im Vorstand der Bürgerschaftfraktion, aus dem mittlerweile 5 Mitglieder zurückgetreten sind, ist der Anlaß für den großen Krach innerhalb der Hambuger SPD, weil viele Mitglieder eben mal wieder erleben müssen, wie Parteitagsbeschlüsse von den Oberen verstümmelt und verschleppt werden, bis sie „durch die normative Kraft des Faktischen" unwirksam gemacht worden sind. Sollen wir uns angesischts dieser Lage tatsächlich damit begnügen, festzustellen, daß auf einen Erfolg der SPD-Linken in dieser Auseinandersetzung nicht zu „setzen" sei, wie es der Verfasser empfiehlt? Natürlich hat Klose seinen Rücktritt noch einigermaßen elegant für sich inszeniert, insofern er mit vielen seiner politischen Schritte in letzter Zeit unter Druck in der Hamburger Bevölkerung geraten ist. Aber … er war am Punkt Brokdorf in Gegensatz zum Hamburger Handels- und Bankkapital geraten, repräsentierte dabei einen gefährlich großen Teil der SPD-Mitgliedschaft und große Teile der Hamburger Bevölkerung. Und im Kampf gegen den Bau des AKW-Brokdorf wäre es schon gut gewesen, man hätte einen Bürgermeister, der das unterstützt …

Es war sicherlich ein Fehler der Bewegung gegen das Kernenergieprogramm, insbesondere der gegen das AKW-Brokdorf, nicht frühzeitig diese Auseinandersetzung bewußter bei ihrer Politik ins Kalkül gezogen zu haben und versucht zu haben, auf der Linie „HEW raus aus Brokdorf" Schritte zu entfalten, die die Aktionseinheit hätten erweitern können und so konkrete Fortschritte gegen den Bau dieses AKW hätten erziehlen können.

Die Auseinandersetzung ist nicht zu Ende. Direkt nach Kloses Rücktritt mußte der SPD-Landesvorstand erneut bekräftigen, daß die Politik unverändert fortgesetzt wird. D.h. „raus aus Brokdorf" bleibt. Mittlerweile greift Schmidt bereits direkt ein, um den neuen Bürgermeisterkandidaten aus dem Zugzwang gegenüber diesem Parteitagsbeschluß zu entbinden. Es dürfte nicht gut sein für den Kampf gegen das AKW-Brokdorf, wenn dies relativ rasch sang- und klanglos gelingt.

Zelle Referendare Hamburg



Die Fachhochschule des Heeres veranstaltete am 16. Juni ein Militärspektakel für Darmstädter Schüler. Mit 31 Bussen der Bundeswehr wurden ganze Schulklassen vorwiegend aus Haupt- und Realschulen für die Waffenschau abgeholt, für die es schulfrei gab. GEW, DGB, Stadtschülerrat, Stadtjugendring und über 40 weitere Organisationen riefen zum Boykott dieser Veranstaltung auf. Am selben Tag beteiligten sich ca. 300 – 400 Schüler an einer eigene Schülerkonferenz gegen das Militärspektakel und nahmen fast 2000 Menschen an einer Demonstration am Nachmittag teil.

3000 gegen Wiederaufbereitungsanlage bei Diemelstadt

red.Korbach. Am 9. Juni hat die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitungsanlagen (DWK) gemeinsam mit der hessischen Landesregierung Wethen als Standort für eine erste Wiederaufbereitungsanlage in der BRD benannt. Der Standort liegt zwischen Diemelstadt und Volkmarsen in Nordhessen. Noch am gleichen Abend demonstrierten ca. 3000 Menschen in Diemelstadtrhoden zum vorgesehenen Bauplatz. Auf der Abschlußkundgebung faßte der Wethener Gemeindepfarrer und Sprecher der Bürgerinitiative die Meinung der Demonstranten zusammen, als er erklärte: ,,Wenn man sich bei der Frage nach dem Standort ... für Wethen entschieden hat, weil dort wenig Widerstand zu erwarten ist, dann müssen wir jetzt deutlich machen, daß man sich hier geirrt hat." (HNA vom 11.6.81) Weiter wurden Solidaritätserklärungen der Gorlebener Bürgerinitiative, des BBU und der Grünen vorgetragen. Der Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West in Frankfurt sicherte Unterstützung bei künftigen Schritten zu.

Die bürgerlichen Parteien verhalten sich vorsichtig und zurückhaltend. Man müsse die Sicherheit an die erste Stelle setzen und ansonsten abwarten, was das Genehmigungsverfahren bringt, ist der Tenor. Der DGB-Kreisverband hat sich inhaltlich noch nicht geäußert. Nur die SPD im Kreis hat sich gegen eine WAA ausgesprochen. Der DWK-Sprecher hat Wethen wegen seiner verkehrsmäßigen Anbindung (der Standort liegt 4 km südlich der Bundesautobahn Dortmund-Kassel) sowie wegen der Wasserversorgung durch die nahegelegenen Flüsse Diemel und Distel als nahezu ideal bezeichnet. Daß die DWK Volkmarsen nicht vorgeschlagen hat, wie zunächst vorgesehen, ist ein erster Erfolg der Bewegung. Der DWK-Pressesprecher erklärte, daß neben der in Wethen geplanten 350-Tonnen-Anlage pro Jahr in diesem Jahr noch ein Standort in Rheinland-Pfalz und mittelfristig noch ein weiterer in Bayern geplant werden soll. Dabei ist es für die DWK ,,kein Handikap", daß sich südlich von Wethen ein Standortübungsplatz der Bundeswehr und nordöstlich davon eine NATO-Basis für Flugabwehrraketen befindet.

Auf der nordhessischen Regionalkonferenz am 13.6. wurde von den Vertretern von über 100 hessischen Bürgerinitiativen beschlossen, die für den 27. Juni geplante bundesweite Großdemonstration auf Anfang Dezember zu verschieben. Sprecher der 300 ortsansässigen Bauern hatten eine nationale Demonstration begrüßt, jedoch um Aufschub bis nach der Ernte gebeten, um Ernteschäden zu vermeiden und selbst mit ihren Treckern teilnehmen zu können. Auf einer Veranstaltung in Diemelstadtrhoden (500 Teilnehmer) am 16. Juni wurde eine Resolution gegen die WAA verabschiedet, die durch eine Läuferstafette bis nach Wiesbaden zur Landesregierung gebracht werden soll.

,,Keine Nachrüstung – auch nicht im Zivildienst"

bem./mah.Hamburg. Unter diesem Motto stand der Aktionstag, der von der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden am 13.6. in mehreren Städten durchgeführt wurde. In Hamburg wurden zusammen mit anderen Gruppen von Kriegsdienstverweigerern (KDVer) Kundgebungen und Infostände durchgeführt sowie Sketche vorgetragen, mit denen die Kriegsvorbereitungen durch die NATO-,,Nachrüstung" und die rechtlose Lage der KDVer und ZDLer angegriffen wurden. In einem bundesweiten Flugblatt wurde die bedingungslose Abschaffung der Gewissensprüfung ohne Verlängerung und Militarisierung des Zivildienstes gefordert. Aber auch der jetzige Zivildienst wurde angegriffen und nicht wie früher von einigen als ,,Friedensdienst" gesehen: Verurteilt wurde die Einschränkung der demokratischen Rechte, der Einsatz als billige Arbeitskraft, ,,daß eine Art Grundausbildung ähnlich der Bundeswehr eingeführt wird auf Kosten einer fachlichen Einführung; ... daß immer mehr Dienstunterkünfte errichtet werden, wo wir größtenteils heimatfern und kaserniert wohnen sollen, ... daß Zivildienstleistende immer offener in direkt militärisch verwendbare Bereiche gesteckt werden, wie z.B. den Zivilschutz, ... daß dieser Zivildienst Schritt um Schritt in einen Kriegsdienst ohne Waffen umgestaltet werden soll".

In Hamburg wird für den Herbst eine öffentliche Verweigerungsaktion geplant, an der sich weitere Gruppen beteiligen sollen. In der GEW besteht eine Initiative, die wie die über 70 Lehrer am 22.5. in Bremen in einer Aktion jeglichen Dienst für den Krieg verweigern wollen. Reservisten der Bundeswehr, die sich in mindestens 16 Städten organisiert haben, haben ebenfalls am 12./13.6. einen Aktionstag gegen Kriegsdienst durchgeführt. Es bildet sich eine größer werdende Verweigerer-Bewegung heraus, die nicht nur aus ,,herkömmlichen" KDVern besteht, sondern auch aus ,,Totalverweigerern" (d.h. sie verweigern auch den Ersatzdienst als Kriegsdienst) und Schwesternhelferinnen und anderen Frauen, die sich gegen ihre Einbeziehung in Lazarett-Kriegsdienst wenden (,,Gesundheitssicherstellung").



Zivildienstleistende gegen Arbeitsdienst (in Hamburg)

Die Deutsch-Arabische Gesellschaft hat zusammen mit der Liga der Arabischen Staaten und verschiedenen arabischen Botschaften eine Ausstellung organisiert mit dem Thema ,,Die Arabische Welt". Gezeigt werden kunstgewerbliche und und handwerkliche Produkte, so z.B. Teppiche und Kelims aus Algerien und dem Irak, bestickte Nationaltrachten, Glaswaren und Schmuck aus Palästina, Lederwaren aus Saudi-Arabien. In Bildtafeln und mit Videofilmen informieren die arabischen Staaten über ihre industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Die Ausstellung in der Airport-Galerie des Frankfurter Flughafens und ist von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Sie geht bis zum 10. August. Das abgebildete Ausstellungsplakat ist der Nachdruck einer Graphik des syrischen Malers Burhan Karkutli: ,,Arabiens Sonne über Jerusalem".

DIE ARABISCHE WELT

Eine Ausstellung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft e.V.

Veranstaltungen

Öffentliche Schulungen

leistenden am 13.6. in mehreren Städten durchgeführt wurde. In Hamburg wurden zusammen mit anderen Gruppen von Kriegsdienstverweigerern (KDVer) Kundgebungen und Infostände durchgeführt sowie Sketche vorgetragen, mit denen die Kriegsvorbereitungen durch die NATO-,,Nachrüstung" und die rechtlose Lage der KDVer und ZDLer angegriffen wurden. In einem bundesweiten Flugblatt wurde die bedingungslose Abschaffung der Gewissensprüfung ohne Verlängerung und Militarisierung des Zivildienstes gefordert. Aber auch der jetzige Zivildienst wurde angegriffen und nicht wie früher von einigen als ,,Friedensdienst" gesehen: Verurteilt wurde die Einschränkung der demokratischen Rechte, der Einsatz als billige Arbeitskraft, ,,daß eine Art Grundausbildung ähnlich der Bundeswehr eingeführt wird auf Kosten einer fachlichen Einführung; ... daß immer mehr Dienstunterkünfte errichtet werden, wo wir größtenteils heimatfern und kaserniert wohnen sollen, ... daß Zivildienstleistende immer offener in direkt militärisch verwendbare Bereiche gesteckt werden, wie z.B. den Zivilschutz, ... daß dieser Zivildienst Schritt um Schritt in einen Kriegsdienst

ne öffentliche Verweigerungsaktion geplant, an der sich weitere Gruppen beteiligen sollen. In der GEW besteht eine Initiative, die wie die über 70 Lehrer am 22.5. in Bremen in einer Aktion jeglichen Dienst für den Krieg verweigern wollen. Reservisten der Bundeswehr, die sich in mindestens 16 Städten organisiert haben, haben ebenfalls am

Bewegung heraus, die nicht nur aus ,,herkömmlichen" KDVern besteht, sondern auch aus ,,Totalverweigerern" (d.h. sie verweigern auch den Ersatzdienst als Kriegsdienst) und Schwesternhelferinnen und anderen Frauen, die sich gegen ihre Einbeziehung in Lazarett-Kriegsdienst wenden (,,Gesundheitssicherstellung").



Zivildienstleistende gegen Arbeitsdienst (in Hamburg)

bringt, ist der Tenor. Der DGB-Kreisverband hat sich inhaltlich noch nicht geäußert. Nur die SPD im Kreis hat sich gegen eine WAA ausgesprochen. Der DWK-Sprecher hat Wethen wegen seiner verkehrsmäßigen Anbindung

staltung in Diemelstadtrhoden (500 Teilnehmer) am 16. Juni wurde eine Resolution gegen die WAA verabschiedet, die durch eine Läuferstafette bis nach Wiesbaden zur Landesregierung gebracht werden soll.

Die Deutsch-Arabische Gesellschaft hat zusammen mit der Liga der Arabischen Staaten und verschiedenen arabischen Botschaften eine Ausstellung organisiert mit dem Thema ,,Die Arabische Welt". Gezeigt werden kunstgewerbliche und und handwerkliche Produkte, so z.B. Teppiche und Kelims aus Algerien und dem Irak, bestickte Nationaltrachten, Glaswaren und Schmuck aus Palästina, Lederwaren aus Saudi-Arabien. In Bildtafeln und mit Videofilmen informieren die arabischen Staaten über ihre industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Die Ausstellung in der Airport-Galerie des Frankfurter Flughafens und ist von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Sie geht bis zum 10. August. Das abgebildete Ausstellungsplakat ist der Nachdruck einer Graphik des syrischen Malers Burhan Karkutli: ,,Arabiens Sonne über Jerusalem".



Veranstaltungen

Frankfurt

,,17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand oder Konterrevolution?" Diskussionsveranstaltung. Es spricht Heinz Brandt (1953 Sekretär der SED-Bezirksleitung in Ostberlin). Frankfurt, Haus der Jugend (Deutschherrenufer), **Montag, 22. Juni, 19.30 Uhr**

Diskussionsforum zu ,,Kommunismus und Klassenkampf": ,,Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen" mit dem Autor des Artikels, H.G. Schmierer
Frankfurt, Gildestuben, Bleichstraße, **Mittwoch, 24. Juni, 19.30 Uhr**

Heidelberg

,,Freiheit, Unabhängigkeit und Brot" Diskussionsveranstaltung mit Gerd Koenen. Heidelberg, Ziegler-Bräu, **Sonntag, 21. Juni, 20.00 Uhr**

Öffentliche Schulungen

Das Kapital, Band I: 1. August, 8.00 Uhr, bis 8. August, 20.00 Uhr

Das Kapital, Band II und III: 7. September, 8.00 Uhr, bis 18. September, 20.00 Uhr

Die Schulungen finden im Schulungszentrum des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, statt. Um möglichst frühzeitige Anmeldung wird gebeten. Für Unterkunft und Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag erhoben.

Spendensammlung: Es sollen weitere Schulungs- und Tagungsräume, sowie Unterkunfts- und Versorgungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese Räume sollen künftig auch anderen Gruppen für ähnliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Spenden auf das Konto:
KBW, Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27132-2 (BLZ 50190000); Stichwort: ,,Schulungszentrum".

,,Wir brauchen einen UStA – basta!"

Aufbau unabhängiger Studentenvertretungen in Heidelberg

reb.Heidelberg. Wahlsieger bei den Anfang Juni stattgefundenen Wahlen zu den Universitätsparlamenten in Heidelberg war eindeutig die Fachschaftenliste ,,Für Fachschaften und UStA", die auch von Jusos und GEW-Studenten unterstützt wurde. Im sogenannten ,,AStA" nach dem baden-württembergischen Universitätsgesetz, der mit einem AStA nur den Namen gemein hat und völlig der Kontrolle des Rektors untersteht, haben die Fachschaften jetzt 8 von 14 Sitzen, 2 Sitze gingen an die ,,Lokomotive Chaos" und 4 an rechte Gruppen (RCDS, Aktion Demokratische Hochschule). Im vergangenen Jahr hatten Fachschaften und Lok Chaos zusammen 8 Sitze und damit zum ersten Mal seit Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft eine linke Mehrheit, die verhinderte, daß dieses Pseudo-Vertretungsorgan gegen den Aufbau unabhängiger Studentenvertretungen eingesetzt werden kann. Obwohl im Uni-Gesetz nicht vorgesehen und durch das Rektorat, in dem der Bund Freiheit der Wissenschaft sitzt, sogar durch Prozesse verfolgt, vertreten die Fachschaften derzeit etwa 50% der Heidelberger Studenten.

Die Fortschritte im Aufbau von Fachschaften, im Wintersemester werden weitere dazukommen, die Stärkung der Fachbereichs-, Institutsgruppen und Plena, die Zusammenarbeit in der Fachschaftsvertretervollversammlung und die Ausschaltung des kastrierten ,,AStA" (= KASTRA) haben es möglich gemacht, das Ziel des Aufbaus einer uniweiten Studentenvertretung, eines Unabhängigen Studentenausschusses (UStA) für das kommende Wintersemester ins Auge zu fassen. Dies war eines der Hauptziele im Programm der Liste ,,Für Fachschaften und UStA".

Die Debatte um den UStA-Aufbau, die in diesem Semester durch Abstimmungen in den einzelnen Fachbereichen entschieden werden soll, haben sich zwei Modelle herausgebildet. Der MSB Spartakus schlägt vor, ein Studentenparlament durch uniweite Listenwahlen zu bilden. Die große Mehrheit der Fachschaften tritt dafür ein, das Studentenparlament aus Delegierten der Fachschaften zu bilden, die rechenschaftspflichtig, weisungsgebunden und jederzeit abwählbar sind. Dem haben sich inzwischen Juso-Hochschulgruppe und GEW-Studentengruppe angeschlossen.

Der UStA soll nicht aus Einzelpersonen, sondern aus Ausschüssen des Studentenparlaments bestehen und diesem rechenschaftspflichtig und abwählbar sein.

Die Heidelberger Fachschaften orientieren sich an den Erfahrungen der Fachschaftsräte-Vollversammlung in Tübingen und der Fachschaftsvertreterversammlung der Universität Stuttgart. Auch an der Universität Ulm gibt es Überlegungen in diese Richtung.

Bei der Debatte um diese Frage geht es um mehr als zwei Modelle. Es handelt sich um eine Neuorientierung, die durch die besonders rechtlose Situation der Studenten in Baden-Württemberg fast aufgedrängt wird. Wirksame Vertretungsorgane, die noch dazu um ihre gesetzliche Anerkennung in der Form der Verfaßten Studentenschaft kämpfen, können nur in dem Maß aufgebaut werden, wie sich die Studenten für ihre Interessen zusammenschließen.

Sollen die Vertretungen eng mit den Studenten verbunden und von ihnen jederzeit kontrollierbar sein, müssen sie räteartig verfaßt sein. Dies ist über die Fachschaften möglich, die in Heidelberg überwiegend durch Zusammenschlüsse gestellt werden, die sich demokratisch und ohne Bindung an die eine oder andere parteipolitische Richtung als Hauptkräfte der sich neu entwickelnden Bewegung erwiesen haben. Es ist auch keine Schande, wenn die hochschulpolitischen Gruppen nicht für ein Wahlprogramm, sondern nach ihrer Arbeit am Fachbereich gewählt werden.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW).

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Staatsorgane und türkische Faschisten

Aktionseinheit und Demonstration gegen Graue Wölfe in Kiel / Innenminister: Leichtere Ausweisung von ,,Extremisten"

gkr. Bei der beabsichtigten Änderung des Ausländergesetzes (es ging bisher um die raschere Abschiebung von Asylbewerbern) sollen auch die Ausweisungsmöglichkeiten vergrößert werden. Innenminister Baum erklärte nach der Innenministerkonferenz in der vergangenen Woche, die Konferenz habe seine Absicht ausdrücklich begrüßt, Extremisten künftig schon an der Grenze zurückweisen zu lassen. Spontan drängt sich die Frage auf, wie die Grenzbeamten wohl ,,Extremisten" erkennen sollen. Wo doch alles dafür spricht, daß z.B. der schon als Mörder in der Türkei verurteilte Papstattentäter Agca von den westdeutschen Geheimschutzbehörden unentdeckt in der BRD gewesen ist.

Die angekündigte Änderung soll denn eher ein Freibrief für weitere Willkürmaßnahmen der Grenzschutzbehörden sein, die damit schon den zweiten Tatbestand hätten für eine sofortige Ausweisung von Ausländern, Asylbewerbern. Beide Tatbestände ständen sich in ihrer beliebigen Dehnbarkeit in nichts nach: Neben dem oben genannten Grund, ,,Extremist" zu sein, könnten die Ausländerbehörden einen Asylantrag direkt als ,,unbeachtlich" abqualifizieren und die Abschiebung wäre die Folge.

Dabei setzen die Innenminister mit ihrer Argumentation an einem durchaus ernstzunehmenden Problem an: Daß Ausländer und besonders Türken als eine der stärksten ausländischen Gruppen in der BRD zwischen ihnen bestehende Differenzen oftmals blutig austragen, erscheint nicht besonders vernünftig und verstärkt vor allem die Gefahr der Isolierung der Ausländer von Deutschen. Oft genug sind die Auseinandersetzungen für Deutsche wenig verständlich, weil die Gründe im Heimatland der jeweiligen Arbeiter liegen. Die Innenminister aber vernebeln und verfälschen die Ursachen dieser Auseinandersetzungen: Etwa 60000 organisierte türkische Extremisten gäbe es in der BRD, so Schleswig-Holsteins Innenminister Barschel. Die Hälfte davon seien Rechtsextremisten.

Nun gibt aber schon die ,,Türk-Föderation", Decknahme für die Auslandsorganisationen der faschistischen MHP unter Alparslan Türkes (selbst der neueste Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg muß dies feststellen), ihre Mitgliederzahl mit 50000 an.

Bayerns Innenminster Gerold Tandler ging noch weiter: Es gäbe keine ,,Grauen Wölfe", stellte er fest. Punktum. So oder so würden ,,nach übereinstimmender Kenntnis aller bundesdeutschen Innenminister" die internen türkischen Auseinandersetzungen *stets* von linken Extremisten provoziert. Hierzu sei nur auf den nachfolgenden Bericht aus Kiel verwiesen. Oder auf Frankfurt, wo Polizei eine Demonstration gegen ein Treffen der türkischen Faschisten zusammenprügelte und nun Ausweisungen gegen mehrere Demonstrationsteilnehmer verfügen will. Das Vorgehen der Innenminister hat System: Es richtet sich gegen die fortschrittlichen türkischen Organisationen, die an verschiedenen Punkten gerade die Zusammenarbeit mit westdeutschen Organisationen suchen und die in ihren Aktionen gegen türkische Faschisten die Unterstützung westdeutscher Organisationen erhalten.

Dem Problem, an dem die Innenminister ansetzen, ist offensichtlich nicht so, wie von ihnen vorgeschlagen, beizukommen, sondern nur, wenn das Treiben der türkischen Faschisten in der BRD unterbunden wird.

abc.Kiel. Am 13.6.81 demonstrierten in Kiel ca. 1500 Menschen für das Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisation Türkische Gemeinschaft in Kiel e.V. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von 40 deutschen und türkischen Organisationen (u.a. ,,Komitee gegen die Grauen Wölfe", AStA, Grüne, Jusos, DKP, KPD, KBW, BWK und mehrere türkische Organisationen).

Vorausgegangen war dieser Demonstration ein Mordanschlag der Grauen Wölfe gegen türkische Antifaschisten.

Am 31.5.81 plante die Türkische Gemeinde in einer Kieler Schule eine ihrer berüchtigten Kulturveranstaltungen, deren Durchführung türkische und deutsche Antifaschisten verhindern wollten. Dabei fuhr ein mit türkischen Rechtsextremisten besetzter PKW mit hoher Geschwindigkeit von hinten in die Demonstration und verletzte mehrere Teilnehmer schwer, woraufhin eine Schlägerei stattfand. Der PKW wurde gesteuert vom ehemaligen Vorsitzenden der Türkischen Gemeinschaft A. Güner. Die Türkische Gemeinschaft e.V. unterhält in Kiel ein Vereinslokal, an dem ein Schild mit einem heulenden Wolf im Halbmond prangt. Trotz dieses offensichtlichen Hinweises, daß es sich um eine Tarnorganisation türkischer Faschisten (Graue Wölfe, MHP) handelt, wurde dem Verein vom Finanzamt die Anerkennung als gemeinnützig, und damit Steuervorteile, zumindestens mündlich in Aussicht gestellt. Der Mordanschlag hat diese Machenschaften jetzt ans Licht gezerrt. Eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion an den schleswig-holsteinischen Innenminster Barschel hat ihn veranlaßt, hastig die Tatsachen auf den Kopf zu stellen: ,,Hinsichtlich der Kieler Auseinandersetzungen verdient festgehalten zu werden, daß, wie bundesweit bisher überwiegend festzustellen, die tätlichen Auseinandersetzungen von einer Übermacht linksextremistischer Türken gegen eine kleine Gruppe von rechtsextremen Türken begonnen worden ist." Entgegen allen Augenzeugenberichten befindet sich der Innenminister mit dieser Einschätzung in trauter Gemeinschaft mit der Schilderung der Türkischen Gemeinschaft e.V.: ,,Es hat keine Schlägerei unter linksgerichteten und rechtsgerichteten Türken stattgefunden, sondern ein Überfall auf unsere 15 Mitglieder von ca. 300 linksextremistischen Demonstranten."

Nach der Darstellung des Innenministers Barschel kann man sich gut vorstellen, wie der einstimmige Beschluß der Innenministerkonferenz vom 12. 6., die Ausweisungstatbestände auf ihre Praktikabilität zu überprüfen und § 10 des Ausländergesetzes zu verschärfen, ausgefüllt werden soll. Die reibungslosere Ausweisung antifaschistischer und revolutionärer Ausländer in der BRD soll in Angriff genommen werden. Dementsprechend druckten die Kieler Nachrichten (einzige Tageszeitung in Kiel und Sprachrohr der Landesregierung) unkommentiert ein Dementi der Türkischen Gemeinschaft, eine Tarnorganisation der Grauen Wölfe zu sein, und die freche Behauptung, die Demonstration richte sich gegen den ,,Ausländerextremismus".

Ein hartes Stück Arbeit

– Konstituierende Sitzung des Westberliner Abgeordnetenhauses –

hae. Westberlin. Die Berliner Rundschau, das Parteiblatt der CDU wünscht Weizsäcker viel, viel Glück, das er zweifellos gebrauchen kann. Die ersten Nackenschläge mußte Weizsäcker einstecken bei der Senatswahl selber: dabei hatte es sich so gut angelassen: Die CDU als stärkste Fraktion hat das Recht, den Parlamentspräsidenten vorzuschlagen. Weizsäckers Vorschlag war bestechend: P. Rebsch, der als Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes und als Schützenkönig von Spandau genügend internationale Erfahrung mitbringen würde, um dieses Amt auszufüllen, wurde ohne Zwischenfälle gewählt. Danach aber begann schon die Abweichung von der üblichen Praxis, die Alternative Liste beantragte eine Personaldebatte über jeden einzelnen Kandidaten, wo dann die Erkenntnisse des Herrn Lummer darüber, daß die Bevölkerung mehrheitlich Hausbesitzer sind, zur Sprache kamen, wie auch, daß der zukünftige Justizsenator Scholz in seinem Kommentar zum Grundgesetz für die Todesstrafe plädiert hat. War dies schon sehr unangenehm, so war dann Elmar Pieroth das erste Unglück: Mitglieder der CDU-Fraktion scherten aus und Weizsäcker mußte sein so mühsam aufgebautes Image aufs Spiel setzen, um Pieroth dann im zweiten Wahlgang durchzukriegen. ,,Der Jubel der Alternativen, der bei der Verkündung des ersten, nicht erfolgreichen Wahlergebnisses für Elmar Pieroth aufbrach, hätte vielleicht manchem die Schamröte ins Gesicht treiben müssen", erregt sich die Berliner Rundschau.

Die Senatswahlen waren keineswegs die einzige Prüfung, die das Abgeordnetenhaus an diesem Tage zu bestehen hatte: Die Alternative Liste beantragte Debatte über das Montanmitbestimmungsgesetz, das vom Bund übernomen werden sollte. Jedes Bundesgesetz muß durch Abstimmung für Westberlin durch das Parlament übernommen werden. Diese Gesetze wurden vorher einstimmig übernommen, ,,um die engen Bindungen Berlins an den Bund zu dokumentieren". Zu diesem Verfahren verstehen sich die AL-Abgeordneten nicht. Bisher stand das Recht, eine Debatte über ein Bundesgesetz zu beantragen, jeder Fraktion zu. Also wurde, eine wahrhaftige Meisterleistung der bürgerlichen Parteien, die Geschäftsordnung geändert: künftig kann nur noch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Debatte beantragen. Allein schon die Stellungnahme gegen das Übernahmeverfahren sei rechtswidrig, befand der CDU-Fraktionsvorsitzende. Die Anträge der AL, die BVG-Erhöhung und die Strompreiserhöhung auszusetzen, wurden sofort vertagt bis zum nächsten Mal. Da ist die BVG-Erhöhung dann schon in Kraft getreten.

Die Berliner Rundschau findet: ,,Interessant das Auftreten der Alternativen: Wer ein Mitglied des Präsidiums stellt, kann schlecht zur gleichen Zeit das ganze Parlament einen Saustall nennen. Und so bleibt denn auch der erste AL-Auftritt in der Sache haarsträubend, – zum Beispiel in Fragen der Rechtseinheit mit dem Bund – in der Form aber moderat, wenn man mal von der Kleiderordnung absieht, die keine Igel-Krawatte kennt. Kein Zweifel: da sitzen ein paar clevere Demagogen, die sicherlich in Zukunft so manche Probleme aufwerfen werden." Der Kommentator der CDU hat zweifellos recht, daß ihm Übles für die Zukunft schwant, nicht nur bei der Kleiderordnung.

Kirchentag in Hamburg:

,,Fürchtet Euch ..." gegen ,,Fürchte Dich nicht"

thw. Hamburg. ,,Fürchte Dich nicht", das ist die kirchenoffizielle Hauptlosung für den diesjährigen Kirchentag.

in erster Linie eine Aktivierung bestimmter menschlicher Eigenschaften. Gemeint ist auch nicht, Probleme und

Im Ganzen meine ich, ist dieser Aufruf ein Fortschritt gegenüber dem Krefelder Appell und seinen Ablegern, weil er als eindeutiges Ziel die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen fordert. Auch sind in ihm, wenn auch mißverständlich, Elemente enthalten, die etwas über die Gründe imperialistischer Kriegsführung sagen. Aber nach wie vor ist dieser Aufruf ebenso wie der Krefelder Appell in seinem politischen

sächlich sind durch einen möglichen Atomkrieg in Europa nicht nur sämtliche Entwicklungsbedingungen der Arbeiterklasse durch deren weitgehende Vernichtung bedroht, sondern ebenso die europäischen Bourgeoisien. Insofern stimmt diese Parole, und die Einbrüche in das bürgerliche Lager bewei-

sen das. Es wird aber von Bedeutung sein, sich über die unterschiedlichen Klasseninteressen bewußt zu sein, Konzepte wie Mechtersheimers seegestützte Mittelstreckenraketen zu diskutieren und diese bürgerlichen Vertreter in die Aktionseinheit der Massen hineinzuzwingen, nicht umgekehrt.

Selig sind, die Frieden schaffen. Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle!

... Die für 1983 geplante Stationierung atomarer Angriffswaffen durch die NATO (Cruise

Daß Ausländer und besonders Türken als eine der stärksten ausländischen Gruppen in der BRD zwischen ihnen bestehende Differenzen oftmals blutig austragen, erscheint nicht besonders vernünftig und verstärkt vor allem die Gefahr der Isolierung der Ausländer von Deutschen. Oft genug sind die Auseinandersetzungen für Deutsche wenig verständlich, weil die Gründe im Heimatland der jeweiligen Arbeiter liegen. Die Innenminister aber vernebeln und verfälschen die Ursachen dieser Auseinandersetzungen: Etwa 60000 organisierte türkische Extremisten gäbe es in der BRD, so Schleswig-Holsteins Innenminister Barschel. Die Hälfte davon seien Rechtsextremisten.

zukommen, sondern nur, wenn das Treiben der türkischen Faschisten in der BRD unterbunden wird.

abc.Kiel. Am 13.6.81 demonstrierten in Kiel ca. 1500 Menschen für das Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisation Türkische Gemeinschaft in Kiel e.V. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von 40 deutschen und türkischen Organisationen (u.a. ,,Komitee gegen die Grauen Wölfe", AStA, Grüne, Jusos, DKP, KPD, KBW, BWK und mehrere türkische Organisationen).

Vorausgegangen war dieser Demonstration ein Mordanschlag der Grauen Wölfe gegen türkische Antifaschisten.

hat das Recht, den Parlamentspräsidenten vorzuschlagen. Weizsäckers Vorschlag war bestechend: P. Rebsch, der als Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes und als Schützenkönig von Spandau genügend internationale Erfahrung mitbringen würde, um dieses Amt auszufüllen, wurde ohne Zwischenfälle gewählt. Danach aber begann schon die Abweichung von der üblichen Praxis, die Alternative Liste beantragte eine Personaldebatte über jeden einzelnen Kandidaten, wo dann die Erkenntnisse des Herrn Lummer darüber, daß die Bevölkerung mehrheitlich Hausbesitzer sind, zur Sprache kamen, wie auch, daß der zukünftige Justizsenator Scholz in seinem Kommentar zum Grundgesetz für die Todesstrafe plädiert hat. War dies schon

ersten, nicht erfolgreichen Wahlergebnisses für Elmar Pieroth aufbrach, hätte vielleicht manchem die Schamröte ins Gesicht treiben müssen", erregt sich die Berliner Rundschau.

Die Senatswahlen waren keineswegs die einzige Prüfung, die das Abgeordnetenhaus an diesem Tage zu bestehen hatte: Die Alternative Liste beantragte Debatte über das Montanmitbestimmungsgesetz, das vom Bund übernomen werden sollte. Jedes Bundesgesetz muß durch Abstimmung für Westberlin durch das Parlament übernommen werden. Diese Gesetze wurden vorher einstimmig übernommen, ,,um die engen Bindungen Berlins an den Bund zu dokumentieren". Zu diesem Verfahren verstehen sich die AL-Abgeordneten nicht. Bisher stand das Recht, eine

höhung dann schon in Kraft getreten.

Die Berliner Rundschau findet: ,,Interessant das Auftreten der Alternativen: Wer ein Mitglied des Präsidiums stellt, kann schlecht zur gleichen Zeit das ganze Parlament einen Saustall nennen. Und so bleibt denn auch der erste AL-Auftritt in der Sache haarsträubend, – zum Beispiel in Fragen der Rechtseinheit mit dem Bund – in der Form aber moderat, wenn man mal von der Kleiderordnung absieht, die keine Igel-Krawatte kennt. Kein Zweifel: da sitzen ein paar clevere Demagogen, die sicherlich in Zukunft so manche Probleme aufwerfen werden." Der Kommentator der CDU hat zweifellos recht, daß ihm Übles für die Zukunft schwant, nicht nur bei der Kleiderordnung.

Kirchentag in Hamburg:

,,Fürchtet Euch ..." gegen ,,Fürchte Dich nicht"

thw. Hamburg. ,,Fürchte Dich nicht", das ist die kirchenoffizielle Hauptlosung für den diesjährigen Kirchentag. ,,Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle" ist die Überschrift über den Aufruf von über 60 kirchenoppositionellen Gruppen zu einer Friedensdemonstration am 20.6. während des Kirchentages in Hamburg. Mittlerweile wird dieser Aufruf von über 150 Initiativen und politischen Gruppierungen unterstützt; u.a. auch von dem Bezirksverband Hamburg des KBW. ,,Selig sind die, die Frieden schaffen, Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle", das ist zugleich das Gegenmotto verschiedener Kirchengruppen zu dem Kirchentag, und es wird mit Sicherheit das Motto sein, das tatsächlich relevant ist.

,,Fürchte Dich nicht", diese Losung war von Anfang an heftig umstritten. Vorgeschlagen wurde der Kirchenführung in Vorbereitung dieses Tages das Motto ,,Selig sind, die Frieden schaffen". Auf Intervention reaktionärer und konservativer Kräfte wie des Hamburger Bischofs Wölber ist diese Losung in einer Kampfabstimmung unter den Kirchenoberen mit 9:8 zugunsten ,,Fürchte Dich nicht" gekippt worden.

Was ist der Inhalt des kirchenoffiziellen Mottos, was wird mit ihm bezweckt? Der Präsident des Kirchentages, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, der neue regierende Bürgermeister von Berlin, antwortet dazu auf eine Frage des Hamburger Abendblattes: ,,Die Losung des Kirchentages ist nach meinem Verständnis die zentrale Zusage des Evangeliums. Gemeint ist mit der Losung ja nicht, jemandem auf die Schulter zu klopfen, ihm Optimismus zu injizieren oder ihn zum Kampf aufzurufen. Kurzum, gemeint ist nicht in erster Linie eine Aktivierung bestimmter menschlicher Eigenschaften. Gemeint ist auch nicht, Probleme und Konflikte zu leugnen, in denen der Mensch und die menschliche Gemeinschaft stehen. Sondern gemeint ist, daß es mitten in den Konflikten, Problemen, Niederlagen und Erfolgen, die jedes menschliche Leben kennzeichnen, die Zusage des Evangeliums gibt, daß seine Sorgen, sein Scheitern, seine zu geringe Kraft nicht das letzte Wort sind. Auch seine Sünden nicht. Es ist die Zusage gerade an den, der immer mal wieder meint, von Hoffnungslosigkeit oder Verzweifelung übermannt werden zu müssen...".

Schlecht verhüllt, in moderne Worte gekleidet, propagiert Weizsäcker die Verheißung auf ein besseres, schöneres Dasein im Jenseits. Diese Propaganda hat schon immer zum Ziel und zur Wirkung eine Lähmung, eine Passivierung der Massen gehabt. Wobei diese Kirchenführer gleichzeitig von der ,,Zusage des Evangeliums" schwätzen und knallharte Propaganda auf dem Kirchentag für die Regierungspolitik machen, indem sie Apel und jetzt auch Schmidt als Redner geladen haben. Dagegen richtet sich die Tätigkeit der Kirchenopposition, die bei über 140000 festen Besuchern ca. die Hälfte ausmachen. Sie gehen dabei ebenfalls vom Evangelium, von der Religion aus, z.B. stützen sie sich im Kampf gegen den Krieg auf die Bergpredigt, aber das wesentliche ist, daß sie die vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt untersuchen und daraus ihre Schlußfolgerungen ziehen.

Welche Perspektiven und Ziele geben die Kirchengruppen für den Kampf gegen den Krieg an? Der größte Teil des Aufrufs ist hier abgedruckt.

Im Ganzen meine ich, ist dieser Aufruf ein Fortschritt gegenüber dem Krefelder Appell und seinen Ablegern, weil er als eindeutiges Ziel die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen fordert. Auch sind in ihm, wenn auch mißverständlich, Elemente enthalten, die etwas über die Gründe imperialistischer Kriegsführung sagen. Aber nach wie vor ist dieser Aufruf ebenso wie der Krefelder Appell in seinem politischen Gesichtsfeld außerordentlich beschränkt. Wenn explizit nur die atomare und andere Aufrüstung der US-Imperialisten benannt wird, nicht aber die der sowjetischen Expansionisten, dann wird dieser Aufruf und die Forderungen dadurch nicht falsch, aber es wird nicht möglich sein, die große Masse des Volkes dafür zu gewinnen. Die Realität der Rivalität beider Supermächte bestimmt die Gefahr eines Krieges um und in Europa. Was passiert, wenn durch den Friedenskampf der US-Imperialismus hier geschwächt wird, erhöht sich dann die Gefahr eines sowjetischen Einmarsches, das ist eine Frage, die sich stellt. Kann man also überhaupt für einseitige Abrüstung sein? Ich meine ja, aber man muß offen verhandeln, daß dies nur mit einer Perspektive geht, die sich gegen beide Militärblöcke richtet, die nicht bei den Atomwaffen stehenbleibt, sondern das Fundament, auf dem die Supermächte in Europa so herummachen können – die Blöcke – selber angreift mit dem Ziel der Blockfreiheit Europas. Gleichzeitig müssen in diesem Sinn die Kämpfe der osteuropäischen Völker, aktuell der Kampf des polnischen Volkes, aktiv unterstützt werden. Bildet sich in den Kämpfen gegen die Nachrüstung nicht ein Bewußtsein darüber aus, dann läuft es in der Tat auf eine Stärkung der Sowjetunion heraus.

Ein zweiter Diskussionspunkt ist die Hauptlosung ,,Fürchtet Euch – der Atomtod bedroht uns alle". 1. Es wäre unsinnig und schädlich, die Furcht vor dem Atomkrieg zu leugnen, und sie nicht als wichtige Triebkraft für den Kampf dagegen zu begreifen. 2. Tatsächlich sind durch einen möglichen Atomkrieg in Europa nicht nur sämtliche Entwicklungsbedingungen der Arbeiterklasse durch deren weitgehende Vernichtung bedroht, sondern ebenso die europäischen Bourgeoisien. Insofern stimmt diese Parole, und die Einbrüche in das bürgerliche Lager beweisen das. Es wird aber von Bedeutung sein, sich über die unterschiedlichen Klasseninteressen bewußt zu sein, Konzepte wie Mechtersheimers seegestützte Mittelstreckenraketen zu diskutieren und diese bürgerlichen Vertreter in die Aktionseinheit der Massen hineinzuzwingen, nicht umgekehrt.

Selig sind, die Frieden schaffen. Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle!

... Die für 1983 geplante Stationierung atomarer Angriffswaffen durch die NATO (Cruise Missile, Pershing 2) in Westeuropa macht die Erstschlagstrategie der NATO offenkundig und den Atomkrieg wahrscheinlicher. Ein auf Europa angeblich begrenzbarer Atomkrieg gegen die UdSSR ist denkbar geworden und soll durchführbar werden. Dabei würde dieser Kontinent zur atomaren Wüste.

Ein militärstrategisches Übergewicht der NATO in Europa soll gewährleisten, daß der Westen ungehindert in der sog. 3. Welt die dort billig zugänglichen Rohstoffquellen und Arbeitsplätze trotz zunehmender Befreiungskämpfe in diesen Ländern ausbeuten kann. Dem dienen der Aufbau von Eingreiftruppen und die angestrebte Erweiterung des NATO-Geltungsbereiches. Dies wird auch unterstützt durch die Aufrüstung von diktatorischen Regimes – zunehmend auch durch Rüstungsexporte der BRD (Türkei, Chile, Pakistan, Philippinen).

In Mitteleuropa wird der Bau von Atomkraftwerken mit den lebensbedrohenden Umweltgefahren vorangetrieben. Der Export der Atomtechnologie ermöglicht zahlreichen Staaten (Südafrika, Brasilien, Argentinien, Pakistan) auch die Produktion von Atomwaffen aufzunehmen. Das erhöht die Gefahr eines atomaren Weltkrieges erheblich.

Diese weltpolitische Entwicklung spiegelt sich in der verschärften Militarisierung der BRD wider. Neben der Zwangsverpflichtung von Teilen der Zivilbevölkerung zum Einsatz im Kriegsfall durch strikte Anwendung der Notstandsgesetze (u.a. Schwesternhelferinnen, Krankenpfleger/innen, Ärzte/innen), der geplanten Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, sollen Kriegsdienstverweigerer durch erschwerte Verfahren und erheblich längere Dienstzeit abgeschreckt werden. Die geforderte Wehrerziehung in der Schule, öffentliche Vereidigungen, die Wiedereinführung von Orden sollen die Wehrbereitschaft stärken ...

Die Kirche darf nie wieder Waffen segnen!

Diese Attacken weisen darauf hin, daß die Regierenden fürchten, die Kirchen könnten nicht länger ihre Militärpolitik stützen. In ihrer Geschichte haben Kirchen immer wieder staatliche Kriegsvorhaben gerechtfertigt und Soldaten mit beruhigtem Gewissen zum Töten in den Tod geschickt. Damit leistete sie den Kriegführenden einen unverzichtbaren Beitrag zu ihrer Politik. Wenn diese Einspannung der Kirchen heute nicht funktioniert, wird die Bereitschaft zum Kriegsdienst in der Bevölkerung gestört werden ...

Der Kampf um die Kirche als Lobby für den Frieden liegt also im Interesse der ganzen Friedensbewegung.

Wir erklären hiermit: als Christen und Nichtchristen sind wir dem Leben verpflichtet. Deshalb werden wir mit Nachdruck vor dem drohenden Atomtod – sei es durch Atomwaffen oder Atomkraftwerke – und der zunehmenden Militarisierung warnen. Der Widerstand gegen den atomaren Wahnsinn wird zur Überlebensbedingung für die ganze Menschheit. Darum erklären wir, daß wir nach allen Kräften dazu beitragen werden, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Land zu verhindern. Über diesen ersten Schritt hinaus werden wir uns für weitere Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen.

Gegen die Atompolitik der Bundesregierung!

Keine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa!

Für die Abschaffung aller Atomwaffen!

Nie wieder Krieg!

Sowjetunion verstärkt direkten Zugriff auf Kampuchea

lup. Vor allem seit dem Besuch Heng Samrins und des Chefs der vor kurzem in Phnom Penh proklamierten Marionettenpartei Pen Sovans in Moskau im Februar 1980 verstärkt die Sowjetunion mehr und mehr ihren direkten Zugriff auf Kampuchea. Mehrere Dutzend Offiziere der Marionettenarmee wurden inzwischen direkt in der Sowjetunion ausgebildet. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der sowjetischen Berater auf 400 verzehnfacht. Mit sowjetischen Geldern wird eine Staatsfarm in Battambang und eine Gummiplantage in Kompong Cham errichtet, die Sowjetunion finanziert den Aufbau einer Fluglinie des Marionettenregimes und den Wiederaufbau der Bank in Phnom Penh. Sowjetische Techniker arbeiten am Ausbau des Hafens von Kompong Son, 300 Studenten wurden von dem Marionettenregime nach Moskau geschickt. Und auch auf dem Kongreß der Marionettenpartei war auffällig, daß Pen Sovan die Sowjetunion als „Speerspitze des Friedens und des Sozialismus" überschwenglich pries, die „Hilfe" der vietnamesischen Besatzer aber mehr beiläufig erwähnte. Einmal mehr kommt darin zum Ausdruck, daß die vietnamesische Besatzung Kampucheas vor allem den strategischen Interessen der Sowjetunion dient.

Delegiertenwahlen zum PVAP-Parteitag stärken Reformflügel

gek. Über die Resolutionen des ZK der PVAP hat die „Prawda" am Freitag kaum berichtet; stattdessen hat sie ihren Drohbrief an die polnische Führung ohne Datum publiziert, sichtbare Demonstration, daß sie alle Anklagen und Forderungen aufrechterhält. Im Sejm hat Ministerpräsident General Jaruzelski einige verbale Attacken ins Blaue einer unbestimmten „Konterrevolution" abgefeuert; zugleich begann der Sejm mit der Beratung des neuen Gewerkschaftsgesetzes. Zum ersten Mal kann das Parlament über verschiedene Fassungen des Gesetzes alternativ abstimmen: der Entwurf wurde mit „Solidarność" gemeinsam ausgearbeitet. – Lech Walesa hat auf zwei großen Belegschaftsversammlungen seinerseits davon gesprochen, die Gewerkschaft solle sich gegenwärtig auf ihre unmittelbaren Aufgaben konzentrieren, um niemandem einen Vorwand zu liefern. – In ganz Polen sind unterdessen die Wahlen der Parteitagsdelegierten weitergeführt worden. In Krakau wurde der Parteivorsitzende Kania mit 365 von 396 auf den ersten Platz der Delegiertenliste gewählt. Gewählt sind auch Jaruzelski und weitere Vertreter des Reformflügels im Politbüro, dagegen noch kein einziger Vertreter der reaktionären Linie.

Stellvertretender US-Außen-

gek. Über die Resolutionen des ZK der PVAP hat die „Prawda" am Freitag kaum berichtet; stattdessen hat sie ihren Drohbrief an die polnische Führung ohne Datum publiziert, sichtbare Demonstration, daß sie alle Anklagen und Forderungen aufrechterhält. Im Sejm hat Ministerpräsident General Jaruzelski einige verbale Attacken ins Blaue einer unbestimmten „Konterrevolution" abgefeuert; zugleich begann der Sejm mit der Beratung des neuen Gewerkschaftsgesetzes. Zum ersten Mal kann das Parlament über verschiedene Fassungen des Gesetzes alternativ abstimmen: der Entwurf wurde mit „Solidarność" gemeinsam ausgearbeitet. – Lech Walesa hat auf zwei großen Belegschaftsversammlungen seinerseits davon gesprochen, die Gewerkschaft solle sich gegenwärtig auf ihre unmittelbaren Aufgaben konzentrieren, um niemandem einen Vorwand zu liefern. – In ganz Polen sind unterdessen die Wahlen der Parteitagsdelegierten weitergeführt worden. In Krakau wurde der Parteivorsitzende Kania mit 365 von 396 auf den ersten Platz der Delegiertenliste gewählt. Gewählt sind auch Jaruzelski und weitere Vertreter des Reformflügels im Politbüro, dagegen noch kein einziger Vertreter der reaktionären Linie.

Stellvertretender US-Außenminister in Namibia

thf. Auch Namibia war Station einer Afrika-Reise des stellvertretenden Außenministers der USA, Clark. Nachdem er in Südafrika mit Botha schon über Verfassungsfragen und Garantien für die Weißen gesprochen hatte, traf er in Windhoek mit Vertretern der Turnhallen-Allianz zusammen. Sie waren sehr zufrieden, weil sie damit zum ersten Mal in die Diskussion auf internationalen Ebenen einbezogen worden sind. Südafrika und die Turnhallen-Allianz schlagen für Namibia Wahlen unter der Bedingung des Abzugs der Kubaner aus Angola und ohne Beaufsichtigung durch UNO-Truppen vor. Den Standpunkt der SWAPO legte ihr Vorsitzender Nujoma bei einem Besuch in Zimbabwe in einer Rede vor 60000 Menschen noch einmal dar. Die Unabhängigkeit ist für ihn die Voraussetzung, damit das Volk von Namibia über seine Verfassung entscheiden kann.

Erfolge der ZAPU bei Kommunalwahlen

thf. Mit den Wahlen in Bulawayo sind die Kommunalwahlen in Zimbabwe abgeschlossen worden. Die Kommunalwahlen in Bulawayo waren zweimal verschoben worden, nachdem Widersprüche zwischen den beiden Befreiungsarmeen ZANLA und ZIPRA zu teilweise bewaffneten Auseinandersetzungen geführt hatten. Die Partei Nkomos, die ZAPU, konnte in diesen letzten Wahlen alle 15 den Schwarzen zustehenden Sitze gewinnen. Bulawayo, die zweitgrößte Stadt Zimbabwes, liegt im Zentrum des Matabele-Landes. Hatten ansonsten die Wahlen eine eindeutige Bestätigung der Politik der ZANU gebracht, so zeigt dies Ergebnis doch, wie einheitlich die Matabele sich durch die ZAPU vertreten fühlen. Beide Parteien haben inzwischen den Wunsch auch zur organisatorischen Vereinheitlichung erklärt.

Wahlen in Irland: mehr Raum für nationale Unabhängigkeit.

doj. Bei den von Premier Haughey vorzeitig und eilig durchgezogenen Parlamentswahlen in der Republik Südirland verlor die bisher regierende Fianna Fail ihre absolute Mehrheit, und es ist zur Zeit keine andere regierungsfähige Koalition in Sicht. Die republikanische Bewegung, deren stärkste Fraktion, Sinn Fein Provisionals, bisher auch zu Wahlen in der südirischen Republik nie kandidiert hatte, weil sie damit die Anerkennung der Teilungs Irlands und damit der britischen Vorherrschaft verband, hat diesmal die breite Anti-H-Block-Bewegung genutzt, um der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Gehör zu verschaffen. Ihre Forderungen waren: Uneingeschränkte Unterstützung der 5 Forderungen der irischen Gefangenen und der politischen Kampagne des nationalen H-Block-Armagh-Komitees; Ausweisung des britischen Botschafters. Die unerwartete Wahl der zwei nordirischen Gefangenen, drückt die

der ZANU gebracht, so zeigt dies Ergebnis doch, wie einheitlich die Matabele sich durch die ZAPU vertreten fühlen. Beide Parteien haben inzwischen den Wunsch auch zur organisatorischen Vereinheitlichung erklärt.

Wahlen in Irland: mehr Raum für nationale Unabhängigkeit.

doj. Bei den von Premier Haughey vorzeitig und eilig durchgezogenen Parlamentswahlen in der Republik Südirland verlor die bisher regierende Fianna Fail ihre absolute Mehrheit, und es ist zur Zeit keine andere regierungsfähige Koalition in Sicht. Die republikanische Bewegung, deren stärkste Fraktion, Sinn Fein Provisionals, bisher auch zu Wahlen in der südirischen Republik nie kandidiert hatte, weil sie damit die Anerkennung der Teilungs Irlands und damit der britischen Vorherrschaft verband, hat diesmal die breite Anti-H-Block-Bewegung genutzt, um der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit Gehör zu verschaffen. Ihre Forderungen waren: Uneingeschränkte Unterstützung der 5 Forderungen der irischen Gefangenen und der politischen Kampagne des nationalen H-Block-Armagh-Komitees; Ausweisung des britischen Botschafters. Die unerwartete Wahl der zwei nordirischen Gefangenen, drückt die

zur Zeit auf die H-Block-Kampagne konzentrierte, auch im Süden wieder ansteigende Bewegung für nationale Unabhängigkeit aus.

Israel will sein Atommonopol in der Region sichern

Weltweite Ablehnung des Überfalls auf den irakischen Reaktor
USA entschlossen Sanktionen im Sicherheitsrat zu verhindern

chm. Im Laufe der vergangenen Woche sind noch weitere Enthüllungen über den israelischen Überfall auf den irakischen Atomreaktor Tamuz bekanntgeworden. Sowohl die Internationale Atomenergiekommission IAEO, als auch der Atomexperte der französischen Botschaft in Washington, Auguste Barre, erklärten übereinstimmend, daß der Irak keine Möglichkeit gehabt habe, Atombomben in dem zerstörten Reaktor zu produzieren, sowohl aus technischen Gründen, hauptsächlich, weil die dazu nötige Menge angereicherten Urans fehlte, und auch, weil der Reaktor ständig der Kontrolle der Wiener Atombehörde unterstand. Die letzte Kontrolle hätte im Juni stattfinden sollen, aber der Irak habe um eine Verschiebung gebeten, weil der zuständige Leiter sich auf einer Sitzung der IAEO befinde. Als weiteren Rechtfertigungsgrund für den Überfall hatte Begin behauptet, in einem 40 m tiefen *geheimen* Labor hätten sich die Einrichtungen für den Bau der Bomben befunden. Diese Erklärung mußte die israelische Regierung zurücknehmen und zugeben, daß es sich dabei um einen 4 m tiefen unterirdischen Tunnel handle, der als „Neutronen-Führungskammer" dient (Auguste Barre).

Schon vorher mußte die israelische Regierung die Behauptung des Ministerpräsidenten dementieren, der irakische Präsident, Hussein, habe im Zentralorgan der irakischen Baathpartei al-thaura erklärt, Verwendungszweck des Reaktors sei „die Vernichtung des zionistischen Feindes".

Zur Zeit berät der Sicherheitsrat auf Antrag des Irak den israelischen Angriff. Die US-Imperialisten haben deutlich gemacht, daß sie einer formellen Verurteilung Israels zustimmen würden, aber die vom Irak verlangten Sanktionen durch Vetorecht blockieren werden. Die wesentliche Forderung des Irak ist, ein generelles Waffenembargo gegen Israel zu verhängen. Diese Forderung würde mit Sicherheit eine Mehrheit unter den Staaten der Dritten Welt finden, wäre aber der erklärten Absicht der USA entgegengesetzt, Israel als ihre waffenstarrende Festung gegen das palästinensische Volk und alle anderen arabischen Völker zu halten.

Die Erklärung der Außenministerkonferenz der arabischen Staaten, die vergangene Woche in Baghdad stattgefunden hat, enthielt keine Forderungen nach Sanktionen, sondern lediglich die Aufforderung an die USA, die

handle, der als „Neutronen-Führungskammer" dient (Auguste Barre).

Schon vorher mußte die israelische Regierung die Behauptung des Ministerpräsidenten dementieren, der irakische Präsident, Hussein, habe im Zentralorgan der irakischen Baathpartei al-thaura erklärt, Verwendungszweck des Reaktors sei „die Vernichtung des zionistischen Feindes".

Zur Zeit berät der Sicherheitsrat auf Antrag des Irak den israelischen Angriff. Die US-Imperialisten haben deutlich gemacht, daß sie einer formellen Verurteilung Israels zustimmen würden, aber die vom Irak verlangten Sanktionen durch Vetorecht blockieren werden. Die wesentliche Forderung des Irak ist, ein generelles Waffenembargo gegen Israel zu verhängen. Diese Forderung würde mit Sicherheit eine Mehrheit unter den Staaten der Dritten Welt finden, wäre aber der erklärten Absicht der USA entgegengesetzt, Israel als ihre waffenstarrende Festung gegen das palästinensische Volk und alle anderen arabischen Völker zu halten.

Die Erklärung der Außenministerkonferenz der arabischen Staaten, die vergangene Woche in Baghdad stattgefunden hat, enthielt keine Forderungen nach Sanktionen, sondern lediglich die Aufforderung an die USA, die

Unterstützung für den zionistischen Staat einzustellen.

Der Verwaltungsrat der IAEO hat Empfehlungen an die Generalversammlung der Mitglieder, die im September stattfinden soll, verabschiedet. Er fordert darin den Ausschluß Israels aus der IAEO – es ist seit 1969 dort Mitglied, hat jedoch den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet und verweigert jegliche Inspektion seiner Atomanlagen in Dimona. Der Verwaltungsrat fordert ebenfalls die Einstellung jeglicher technischer Hilfe an Israel und die Unterstützung des Irak bei der Beseitigung der durch den Überfall entstandenen Schäden. Die Empfehlungen wurden mit 29:2 angenommen. Abgelehnt haben die USA und Kanada, enthalten haben sich Australien, Schweden und die Schweiz.

Innerhalb Israels ist der Überfall das Hauptthema des Wahlkampfs geworden. Die Arbeiterpartei hat ihre anfängliche Begeisterung für den Überfall dahingehend modifiziert, daß sie es Begin übelnehme, die Zerstörung des Atomreaktors Tamuz im Wahlkampf einzusetzen. Grundsätzlich vertritt auch sie die These der Regierung, daß es sich um einen Akt der „Selbstverteidigung" gehandelt habe.

Nachdem sich Begin in vielfältige Lügen verstrickt hat, versucht die regierende Likudkoalition, den anderen Eskalationsherd, den Israel geschaffen hat, wieder in den Vordergrund zu rücken, den Libanon. Auf einer Wahlveranstaltung in Natanya forderte Begin Syrien auf, die Luftabwehrraketen aus dem Libanon abzuziehen. Sollte der amerikanische Vermittler Habib, der sich z. Zt. in Saudi-Arabien befindet, sich diese Forderung nicht zu eigen machen, werde Israel „die Sache in die Hand nehmen".

Es ist offensichtlich so, daß Begins unmittelbares Ziel mit diesem Gangsterstück ist, die israelischen Wahlen am 30. Juni zu gewinnen. Aber es gibt noch andere Gründe, die unmittelbar mit dem Gewaltcharakter des zionistischen Staates selbst zusammenhängen. So z.B., daß er bei Strafe seines Untergangs seine militärische Machtposition gegenüber den arabischen Staaten behaupten muß. Die tiefe ökonomische Krise, in der er steckt, setzt dem jedoch gewisse Grenzen. Schon jetzt werden Überlegungen angestellt, wie Israel an die nächste „Flugzeuggeneration" nach den F16 und F15 kommen solle. Zumal die arabischen Staaten, vor allem Saudi-Arabien nach und nach die technologische Lücke in ihrer Aufrüstung gegenüber Israel schließen. Es ist also abzusehen, wann die meisten arabischen Staaten im Bereich der konventionellen Bewaffnung Israels Stand erreichen werden. Deshalb ist es lebensnotwendig für den zionistischen Staat, sein jetziges Atomwaffenmonopol in der Region aufrechtzuerhalten. Von dieser Überlegung aus ist es völlig unerheblich, ob in dem irakische Atomreaktor Anfang Juli Atombomben gebaut werden können oder erst in naher oder weiter Zukunft. Insofern hat Begin Recht mit seiner Feststellung: „Nach dem Beispiel, das wir gegeben haben, bin ich absolut sicher, daß jeder Ministerpräsident, welcher israelischen Regierung auch immer, diesen oder andere Reaktoren vor der Fertigstellung zerstören wird."



Lügen verstrickt hat, versucht die regierende Likudkoalition, den anderen Eskalationsherd, den Israel geschaffen hat, wieder in den Vordergrund zu rücken, den Libanon. Auf einer Wahlveranstaltung in Natanya forderte Begin Syrien auf, die Luftabwehrraketen aus dem Libanon abzuziehen. Sollte der amerikanische Vermittler Habib, der sich z. Zt. in Saudi-Arabien befindet, sich diese Forderung nicht zu ei-

unerheblich, ob in dem irakische Atomreaktor Anfang Juli Atombomben gebaut werden können oder erst in naher oder weiter Zukunft. Insofern hat Begin Recht mit seiner Feststellung: „Nach dem Beispiel, das wir gegeben haben, bin ich absolut sicher, daß jeder Ministerpräsident, welcher israelischen Regierung auch immer, diesen oder andere Reaktoren vor der Fertigstellung zerstören wird."



Begin und Peres – über alle Wahlauseinandersetzungen hinweg einig über die Strategie der „Präventivschläge" gegen die arabische Nation.

Kampuchea-Solidaritätskonferenz in Tokio 1981

Am 1. und 2. Juni 1981 fand in Tokio die zweite internationale Konferenz zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes statt. An dieser Konferenz nahmen 82 Vertreter aus insgesamt 32 Ländern und 150 Vertreter japanischer Organisationen teil. Eine Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea unter der Leitung der Sozialministerin des Demokratischen Kampuchea, Ieng Thirith, nahm ebenfalls an der Konferenz teil. Die Konferenz verabschiedete einstimmig einen Appell, der den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Laos und Kampuchea forderte.

Er verurteilte die „allgemeinen Wahlen" in Kampuchea als ein Manöver der vietnamesischen Besatzer, welches ihre Aggression bemänteln und ihre Herrschaft legalisieren soll. Die kommende Generalversammlung der UNO müsse erneut den legitimen Sitz des Demokratischen Kampuchea in den Vereinten Nationen unterstützen. Unterstützt wird die Internationale Kampuchea-Konferenz in New York, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine politische Lösung des Problems in Kampuchea suchen soll. Der 13. April, das traditionelle kampucheanische Frühlingsfest, soll als „Kampuchea-Tag" begangen werden, um an diesem Tag die Unterstützung aller Völker der Welt für das kampucheanische Volk zu gewinnen.

Khieu Samphan, der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, hatte an die Konferenz ein Grußtelegramm gerichtet, das wir im folgenden auszugsweise wiedergeben.

Dokument

„Die Situation des Kampfes des kampucheanischen Volkes unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht Kampucheas verbessert sich weiterhin auf allen Gebieten. Der vietnamesische Feind befindet sich auf militärischem Gebiet in einer vollständigen Sackgasse.

Aber trotz der beständig zunehmenden Verschlechterung ihrer militärischen Lage in Kampuchea, trotz der immer größer werden Schwierigkeiten, auf die sie in allen Kampfgebieten in Kampuchea stoßen, in Vietnam selber, auf dem internationalen Gebiet, auf Grund ihres aggressiven und expansionistischen Charakters und der Strategie der sowjetischen Expansionisten, die bei der Aggression in Kampuchea direkt ihre Hand im Spiel haben, mißachten der vietnamesische Feind und seine Herren nach wie vor die Resolutionen der Vereinten Nationen und die Weltmeinung, die den Abzug aller ihrer Truppen aus Kampuchea fordern.

... Angesichts dieser Situation sind das Volk, die Nationale Armee und die Guerillas des Demokratischen Kampuchea verpflichtet, alle Schwierigkeiten zu überwinden, den Kampf in einer noch größeren Front der Nationalen Eintracht fortzusetzen, um die vietnamesischen Aggressoren zu zwingen, die Resolutionen der 34. und 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen zu beachten und einzuhalten und ihre Truppen aus Kampuchea vollständig abzuziehen. Offensichtlich werden die Hanoier Behörden ohne den bewaffneten Kampf, den das kampucheanische Volk, die Nationale Armee und die Guerillas des Demokratischen Kampuchea unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht Kampucheas führen, auf keinen Fall ihre Truppen abziehen.

Spendenkonto Kampuchea

Konto-Nr. 01/27132–6, Kommunistischer Bund Westdeutschland, Spendenkonto Kampuchea, Frankfurter Volksbank eG, Mainzer Landstr. 150

Aus diesem Grund bin ich davon überzeugt, daß die Konferenz dazu beitragen wird, die Weltmeinung zu mobilisieren, und den verschiedenen Bewegungen zur Unterstützung des Kampfes des kampucheanischen Volkes (...) einen noch größeren Anstoß geben wird, und daß sie vor allem zur Mobilisierung der Weltmeinung für den vollständigen Abzug der vietnamesischen Aggressionstruppen in Übereinstimmung mit der Resolution 34/22 der UNO-Generalversammlung und zur Einberufung einer Kampuchea-Konferenz in Übereinstimmung mit der UNO-Generalversammlungsresolution 35/6 eintreten wird. Eine solche Konferenz wird auf Grund des Drängens der ASEAN-Staaten im Juli in New York stattfinden, um einen spezifischen zeitlichen Rahmen für den vollständigen Abzug der Hanoier Truppen aus Kampuchea festzulegen, damit das kampucheanische Volk selber sein eigenes Schicksal entscheiden kann.

Ohne Zweifel liegen noch zahlreiche Hindernisse und komplizierte Probleme vor uns. Aber mit der Hilfe und Unterstützung von Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierten, und anderer Freunde nah und fern in der ganzen Welt, wird das kampucheanische Volk sicher die vietnamesischen Aggressoren und Expansionisten für immer aus seiner Heimat vertreiben, und dadurch seine Nation verteidigen und schützen. Dadurch trägt es gleichzeitig zur Sicherung des Friedens und der Stabilität in Südostasien, in Asien, im Pazifik und in der ganzen Welt bei."

Mexiko und Mittelamerika

Lopez Portillo bekräftigt in Camp David Mexikos Widerstand gegen die Einmischungsversuche der beiden Supermächte in Mittelamerika. Vorbehalte gegen einen Mini-Marschallplan Washingtons / Von Lutz Plümer

Am 11. Juni endete ein zweitägiges Treffen des mexikanischen Staatspräsidenten Portillo mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan in Camp David. Ein Abkommen über die Lieferung von mindestens 4,7 Mio. Tonnen amerikanischen Weizens und anderer Agrarprodukte an Mexiko wurde abgeschlossen – routinemäßig. Reagan versprach, an dem Nord-Süd-Gipfel im mexikanischen Cancun im Oktober teilzunehmen, nachdem feststand, daß Castro nicht auf der Liste der Geladenen steht. Im übrigen einigte man sich darauf, über wirtschaftliche und politische Fragen weiterhin im Gespräch zu bleiben. Ein etwas dürftiges Ergebnis, verglichen mit dem Aufwand, mit dem die Reagan-Administration den Ausbau der Beziehungen zu Mexiko betreibt. Die Rolle Mexikos für die US-Politik in Mittel- und Südamerika hatte Reagan bereits durch sein Treffen mit Portillo an der mexikanischen Grenze vor seinem Amtsantritt demonstriert.

Die Widersprüche zwischen den USA und Mexiko bezüglich El Salvadors bleiben unverändert. Mexiko hält an der moralischen und politischen Unterstützung der in der FDR zusammengeschlossenen salvadorianischen Widerstandsbewegung fest. Unumwunden erklärte Mexikos Außenminister Castaneda, Washingtons Militärhilfe an das salvadoriansiche Militärregime diene nur dazu, „die Lösung der Probleme hinauszuschieben.“ Die Krise in Salvador habe innere Ursachen und sei nicht das Ergebnis „kommunistischer Subversion“. Der gewaltsame Charakter des Widerstandes sei Ergebnis der Tatsache, daß dies eben die einzige Form sei, in der das Volk dort seinen Willen zum Ausdruck bringen könne.

Reagans Projekt eines Mini-Marshall-Plans für Mittelamerika und die Karibik – ein Projekt, das Helmut Schmidt ausdrücklich begrüßt hatte – fand bei Portillo keineswegs ungeteilte Gegenliebe. Die mexikanische Regierung geht zu Recht davon aus, daß es bloß eine Ergänzung der US-Militärhilfe an morbide Militärdiktaturen in Mittelamerika sei und dazu diene, den nordamerikanischen Einfluß in der Region zu festigen. Nur unter drei Bedingungen ist Mexiko bereit, diesen Plan zu unterstützen:

– er müsse sich auf Wirtschaftshilfe beschränken und dürfe keine militärischen Elemente einschließen.

– er müsse den Völkern der Region helfen, und dürfe kein politisches Instrument gegen das spürbare Vordringen der Sowjetunion in der Region sein.

– und er dürfe kein Land der Region automatisch und prinzipiell ausschließen – mit anderen Worten: er müßte Kuba und Nicaragua einschließen.

Zu einem ausdrücklichen Eklat zwischen Reagan und Portillo kam es nun zwar nicht. Dafür sind die Abhängigkeiten Mexikos von der benachbarten amerikanischen Supermacht zu stark, die herrschende Bourgeoisie Mexikos mit zu viel Fäden an die amerikanische Monopolbourgeoisie gebunden. Fast ¾ seines Außenhandels wickelt Mexiko mit den Vereinigten Staaten ab. Mindestens 3 Mio. Mexikaner sind – angesichts der Arbeitslosigkeit in ihrem Land – gezwungen, ihre Arbeitskraft illegal unter entsprechenden Bedingungen in den USA zu verkaufen. ¾ der ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko kommen aus den USA.

Die sozialen Gegensätze in Mexiko sind kaum weniger schroff als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Die kleinen mexikanischen Parzellenbauern mit ihren durchschnittlich 2 Hektar Anbaufläche krepieren zumeist unterhalb des Existenzminimus, 90% der Landbevölkerung leidet an ernsthaftem Kalorien- und Proteindefizit. Der Druck auf die Städte ist enorm und wird in seinen Auswirkungen noch durch die hohe Geburtenrate in Mexiko-City verstärkt, die Einwohnerzahl der Hauptstadt beträgt inzwischen über 14 Mio. 56% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die Mehrzahl der Einwohner Mexiko-Citys atmet mit jedem Kubikmeter Luft fast das Doppelte der amtlich als gefährlich festgestellten Giftkonzentration ein – der 15.1.1981, ein Tag an dem sich auf Grund eines Stromausfalls und damit einhergehenden Verkehrszusammenbruchs vorübergehend die Smog-Wolke verzog und den Blick auf die nahegelegenen 5400-Meter-Berge freimachte, gilt als Denkwürdigkeit der jüngeren Geschichte dieser Stadt.

Und trotz der schroffen inneren Widersprüche und seiner Abhängigkeiten ist das mexikanische Regime politisch erstaunlich stabil und alles andere als eine Marionette des US-imperialistischen Nachbarn. Dazu tragen bei die Einnahmen aus den Erdölexporten (Mexiko ist der fünftgrößte Öllieferant), die eine gewisse Industrialisierungs- und Entwicklungspolitik ermöglichen. Und dazu trägt bei die Außenpolitik der mexikanischen Regierung, die sich konsequent allen Einmischungsversuchen der Supermächte in die Angelegenheiten der Länder Mittelamerikas und der Karibik entgegenstellt. Mexiko hatte sich stets geweigert, den von den USA verordneten Boykott gegen Kuba mitzumachen. Es hatte den Befreiungskampf der Sandinisten gegen das Somoza-Regime direkt unterstützt und gegenüber Nicaragua wie auch gegenüber Kuba Sicherheitsgarantien abgegeben, die besagen, daß Mexiko einen Angriff gegen eines dieser Länder als einen Angriff gegen sich selber betrachtet.

Seine Erdölausfuhren nutzt Mexiko, um die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen und karibischen Länder zu festigen und ihre Abhängigkeit von den Supermächten einzuschränken. So hatte Portillo Anfang letzten Jahres mit der damaligen linken Regierung Venezuelas vereinbart, die mexikanischen Erdöllieferungen im Austausch mit venezuelanischem Aluminium zu verstärken, um die Schwierigkeiten zu lindern, in die Venezuela durch die Politik des IWF und amerikanischer Aluminiumkonzerne geraten war. Auch Nicaragua erhält mexikanisches Erdöl zu Vorzugsbedingungen, offenbar in der Absicht, die Abhängigkeit Nicaraguas von sowjetischen Lieferungen zu beschränken. Mit Kuba hatte Mexiko ebenfalls bereits im vergangenen Jahr vereinbart, Erdöl auf Kosten vereinbarter Exporte nach Spanien zu liefern, das dafür sowjetisches Erdöl in gleicher Menge erhält. Bei einem kürzlichen Besuch in Kuba hat der mexikanische Außenminister darüberhinaus zugesagt, weitere Erdöllieferungen vorzunehmen, wenn dafür die Sowjetunion kubanische Lieferungsverpflichtungen an Jugoslawien und Indien übernimmt. Mexiko unterstützt Kuba bei Off-shore-Bohrungen nach Erdöl und stellt dafür – unter Umgehung amerikanische Boykottbestimmungen – seine in den USA gekauften oder geliehenen Bohrinseln zur Verfügung.

Auf der anderen Seite hat Mexiko Kuba das Zugeständnis abgerungen, seine Einmischung in El Salvador und Waffenlieferungen einzustellen. Bei einem Staatsbesuch in Kuba vor einem Jahr hatte Portillo „alle Hegemonismen und heiligen Allianzen“ verurteilt, die die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Region behinderten und erklärt: „Es sind fremde Interessen, die uns teilen, trennen und ausbeuten wollen.“ Wieweit die mexikanischen Kooperationsbemühungen dazu beitragen, Kuba aus seiner Söldnerrolle für den Sozialimperialismus zu lösen, sei dahingestellt. Der Kurs der mexikanischen Regierung erleichtert es den mittelamerikanischen Völkern, sich von der Vorherrschaft der USA zu befreien, ohne in den Sog des sowjetischen Vormachtstrebens zu geraten. Und deren Kämpfe für Unabhängigkeit entwickeln sich rasch. Während sich der bewaffnete Kampf in Mittelamerika nach dem Sturz des Somoza-Regimes in Nicaragua jetzt auf El Salvador konzentriert, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem in Guatemala sich die politischen und gewerkschaftlichen Massenkämpfe mit den bislang vereinzelten Guerillaaktionen zu einem bewaffneten Aufstand gegen das dortige Militärregime verbinden.

Die programmatische Debatte in der kommunistischen Linken Italiens
Die beiden Organisationen Pdup und MLS haben sich vereinigt
hah. Von den links von der KPI stehenden, meist nach 1968 enstandenen kommunistischen Gruppierungen ist nicht viel übrig geblieben. Um so mehr Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß sich Ende Mai zwei noch relativ intakte Organisationen, die Pdup und die MLS, zur neuen „Pdup“ zusammengeschlossen haben. Die MLS („Movimento dei lavoratori per il socialismo“ = Bewegung der Werktäti-
und sei nicht das Ergebnis „kommunistischer Subversion“. Der gewaltsame Charakter des Widerstandes sei Ergebnis der Tatsache, daß dies eben die einzige Form sei, in der das Volk dort seinen Willen zum Ausdruck bringen könne.
Reagans Projekt eines Mini-Marshall-Plans für Mittelamerika und die Karibik – ein Projekt, das Helmut Schmidt ausdrücklich begrüßt hatte –
mation; die Notwendigkeit einer anderen Staatsmacht, die sich nicht in reiner Ausweitung der Volkssouveränität erschöpft; die Konzeption der Partei als dem notwendigen Instrument eines organisierten Willens, einer organisierten Subjektivität ...“. Aber – und hier beginnt der „dritte Weg“ – sie ist der Auffassung, daß „das Problem der Revolution heute im Westen auf eine neue und höhere Weise gestellt werden
Kuba und Nicaragua einschließen.
Zu einem ausdrücklichen Eklat zwischen Reagan und Portillo kam es nun zwar nicht. Dafür sind die Abhängigkeiten Mexikos von der benachbarten amerikanischen Supermacht zu stark, die herrschende Bourgeoisie Mexikos mit zu viel Fäden an die amerikanische Monopolbourgeoisie gebunden. Fast ¾ seines Außenhandels wickelt Mexiko mit den Vereinigten Staaten ab.
anti-imperialistischen Befreiungskämpfen fort, andererseits wachsen die Faktoren für einen Atomkrieg und für die weitere Verelendung der unterentwickelten Länder und damit für ihre neue Abhängigkeit von den Supermächten, wenn die Entwicklung ihrer Spontaneität überlassen bleibt. Zurückgewiesen wird die Auffassung, die Hauptgefahr eines Weltkrieges gehe von der SU aus; der Niedergang der
über 14 Mio. 56% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die Mehrzahl der Einwohner Mexiko-Citys atmet mit jedem Kubikmeter Luft fast das Doppelte der amtlich als gefährlich festgestellten Giftkonzentration ein – der 15.1.1981, ein Tag an dem sich auf Grund eines Stromausfalls und damit einhergehenden Verkehrszusammenbruchs vorübergehend die Smog-Wol-
Kenntnisse exportiere, aber auch in der Lage sein müsse, „die Sicherheit der eigenen Bündnispartner zu garantieren“. Wofür „ein qualitativer Sprung in der politischen und wirtschaftlichen Einigung“ Europas nötig sei. Beides sei nur durch die Linke möglich, durch „einen alternativen sozialen und politischen Block“, durch „einen bewußten Kampf für den Übergang zu einer neuen ökonomisch-sozialen Ordnung“.
Zur italienischen Krise: Sie sei nur eine Variante der Krise des seit 40 Jahren vorherrschenden westlich-kapitalistischen Entwicklungsmodells, nämlich Ausweitung der öffentlichen Ausgaben (Folge: Parasitismus, Vergeudung), Monopolisierung (Folge: Bremse für Innovationen, Inflation), starke gewerkschaftliche Position (Folge: Be-
schen Erdöllieferungen im Austausch mit venezuelanischem Aluminium zu verstärken, um die Schwierigkeiten zu lindern, in die Venezuela durch die Politik des IWF und amerikanischer Aluminiumkonzerne geraten war. Auch Nicaragua erhält mexikanisches Erdöl zu Vorzugsbedingungen, offenbar in der Absicht, die Abhängigkeit Nicaraguas von sowjetischen Lieferungen zu beschränken. Mit Kuba hatte Mexiko
che, Frauen, Arbeitslose) Einfluß nehmen;
– Überwindung der großen Fabrik und des Taylorismus, vertikale Rollen-Rotation (keine lebenslagen Ghettos für harte und unqualifizierte Arbeiten), Ausdehnung der kooperativen Unternehmen, Einschränkung des Bereichs der Waren-Beziehungen und der Lohnarbeit, neue Formen kollektiver Arbeit und polytechnischer Ausbildung.
Mit all dem befinde man sich bereits „auf der Höhe der objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft und des Verständnisses der Massen“; so werde es möglich, daß sich die „neuen sozialen Subjekte“ als „Vorkämpfer eines neuen ökonomischen Modells“ an die Seite der Arbeiterklasse stellen.
keit entwickeln sich rasch. Während sich der bewaffnete Kampf in Mittelamerika nach dem Sturz des Somoza-Regimes in Nicaragua jetzt auf El Salvador konzentriert, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem in Guatemala sich die politischen und gewerkschaftlichen Massenkämpfe mit den bislang vereinzelten Guerillaaktionen zu einem bewaffneten Aufstand gegen das dortige Militärregime verbinden.

Die programmatische Debatte in der kommunistischen Linken Italiens

Die beiden Organisationen Pdup und MLS haben sich vereinigt

hah. Von den links von der KPI stehenden, meist nach 1968 enstandenen kommunistischen Gruppierungen ist nicht viel übrig geblieben. Um so mehr Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß sich Ende Mai zwei noch relativ intakte Organisationen, die Pdup und die MLS, zur neuen „Pdup“ zusammengeschlossen haben. Die MLS („Movimento dei lavoratori per il socialismo“ = Bewegung der Werktätigen für den Sozialimus), 1976 gegründet, ist im wesentlichen aus der Mailänder Studentenbewegung hervorgegangen; die Pdup („Partito di unità proletaria per il communismo“ = Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus), die eine kompliziertere Geschichte hat, führt sich selbst im wesentlichen auf die „Manifesto“-Gruppe zurück, die sich 1969 von der KPI abspaltete. Seit den Parlamentswahlen von 1979, wo sie mehr als eine halbe Million Stimmen bekamen, befinden sich beide Organisationen in Aktionseinheit; sie verfügen über 6 Abgeordnete im italienischen Parlament sowie über eine Reihe von Regionalräten. Obwohl die Pdup/MLS bei den Regional- und Kommunalwahlen 1980 schlechter abschnitt und zumindest die MLS 1980 einen gewissen Mitgliederschwund beklagte, ist die neue Pdup mit ca. 12000 Mitgliedern die stärkste Gruppierung links von der KPI. Im folgenden beschränke ich mich auf die Wiedergabe einiger zentraler Punkte des programmatischen Dokuments „Krise und 3. Weg“, das die Grundlage dieses Zusammenschlusses bildete (ein weniger grundsätzlich-allgemeines, mehr auf die taktischen Tagesfragen zugeschnittenes Dokument sollte noch auf dem Vereinigungs-Kongreß beschlossen werden, liegt mir aber nicht vor).

Die neue Pdup hält fest: den „revolutionären ... Weltprozeß, der sich auf die Verbindung zwischen Arbeiterklasse und unterdrückten Völkern gründet; die sozialistische Revolution als Bruch und Umwälzung der vorhergehenden ökonomisch-sozialen Formation; die Notwendigkeit einer anderen Staatsmacht, die sich nicht in reiner Ausweitung der Volkssouveränität erschöpft; die Konzeption der Partei als dem notwendigen Instrument eines organisierten Willens, einer organisierten Subjektivität ...“. Aber – und hier beginnt der „dritte Weg“ – sie ist der Auffassung, daß „das Problem der Revolution heute im Westen auf eine neue und höhere Weise gestellt werden kann“. Was nicht nur die Zurückweisung des Sozialdemokratismus wie des „realen“ Sozialismus – der auch nach Auffassung der Pdup keiner ist – bedeutet. Sondern was vor allem bedeutet, „daß heute nicht nur historisch, sondern auch politisch überwunden werden kann, was noch der 2. und 3. Internationale gemeinsam war und was bis heute die kommunistischen und sozialistischen Parteien beherrscht und hemmt. D. h. einerseits der *Ökonomismus*, das unkritische und gradualistische Vertrauen in die auf mechanische Weise fortschrittliche und befreiende Rolle der Entwicklung der Produktivkräfte, so wie sie der Kapitalismus historisch geformt hat; andererseits der *Etatismus*, die Idee der von oben durchgesetzten Revolution durch Eroberung der politischen Macht, die als leere Hülse für Funktionen aufgefaßt wird, die einfach nur einzufüllen und auszuüben sind, und nicht als sozialer Prozeß der Artikulierung und Ausweitung der Macht und der Selbstveränderung der Massen“. Die Pdup/MLS-Delegierten, die sich selbst noch als Leninisten bezeichnen, sehen die „historische Schranke des Leninismus“ darin, daß er den Sinn des Sozialismus reduziert habe „auf die Erkenntnis und Praxis einer bestimmten Art und Weise, die Macht zu erobern und auszuüben“. Heute sei es jedoch möglich, „den Sozialimus als reale Übergangsgesellschaft zu konzipieren“ und damit „den substantiellsten und radikalsten Teil des Marxismus in wissenschaftliche Begriffe zu übersetzen“.

Zur internationalen Lage: einerseits bestehe die Tendenz zu nationalen, anti-imperialistischen Befreiungskämpfen fort, andererseits wachsen die Faktoren für einen Atomkrieg und für die weitere Verelendung der unterentwickelten Länder und damit für ihre neue Abhängigkeit von den Supermächten, wenn die Entwicklung ihrer Spontaneität überlassen bleibt. Zurückgewiesen wird die Auffassung, die Hauptgefahr eines Weltkrieges gehe von der SU aus; der Niedergang der USA sei „relativ“, u. a. durch die Zurückeroberung der militärischen Vorherrschaft und die wiedergewonnene Fähigkeit zur nationalistischen Mobilisierung. Die von beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr entstehe heute „nicht so sehr aus dem Expansionsdrang der beiden Imperien, als vielmehr aus ihrer *Krise*, oder besser, aus der wachsenden Disproportion zwischen ihrer Fähigkeit, den innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen entstehenden Problemen mit wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Mitteln zu begegnen, und ihrer weiterhin bestehenden materiellen, insbesondere militärischen Macht“.

Die ökonomischen Ursachen dieser Krise: In der SU sinkende Wachstumsraten, Unfähigkeit der zentralen Planwirtschaft, sich auf ein intensives Entwicklungsmodell umzustellen und den gewachsenen Konsumerwartungen entsprechen zu können; in den USA eine Politik des Neoliberalismus, deren Erfolg von einer drastischen Kürzung der Sozialausgaben abhänge, wobei die ideologische Krise des „Sozialstaats“ und die beschworene äußere Bedrohung der reaktionären und aggressiven Reagan-Politik eine Massenbasis gebe. Der „potentiell explosivste Punkt“ seien aber die unterentwickelten Länder, deren wachsende Verelendung durch die Politik der OPEC eher noch beschleunigt werde.

Folgerung: Europa müsse zu einem „dritten Pol“, zu einer „dritten Weltkraft“ werden, zu einem wirklichen Partner für die unterentwickelten Länder, der vor allem Technologien und Kenntnisse exportiere, aber auch in der Lage sein müsse, „die Sicherheit der eigenen Bündnispartner zu garantieren“. Wofür „ein qualitativer Sprung in der politischen und wirtschaftlichen Einigung“ Europas nötig sei. Beides sei nur durch die Linke möglich, durch „einen alternativen sozialen und politischen Block“, durch „einen bewußten Kampf für den Übergang zu einer neuen ökonomisch-sozialen Ordnung“.

Zur italienischen Krise: Sie sei nur eine Variante der Krise des seit 40 Jahren vorherrschenden westlich-kapitalistischen Entwicklungsmodells, nämlich Ausweitung der öffentlichen Ausgaben (Folge: Parasitismus, Vergeudung), Monopolisierung (Folge: Bremse für Innovationen, Inflation), starke gewerkschaftliche Position (Folge: Behinderung der kapitalistischen Akkumulation). Die stattfindenden Umstrukturierungen böten nur noch dann einen Ausweg, wenn sie mit einer entscheidenden Niederlage der Arbeiterklasse und der Demontage des Sozialstaats verbunden würden. Die historische Überholtheit des Kapitalismus werde sichtbar: in der Zerstörung der Umwelt, im Widerspruch zwischen konkreter Arbeit und vorausgesetzten Kenntnissen, in technologischer Arbeitslosigkeit und Deklassierung, im Konzept des individuell-quantitativen Konsums, in der Unfähigkeit, der Freizeit einen menschlichen und produktiv-sozialen Sinn zu geben. Deshalb biete die Krise „die historische Gelegenheit, dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Ökonomie auch im Westen einen nicht nur ideologischen Charakter und gleichzeitig einen Inhalt zu geben, der sich nicht auf die reine Verstaatlichung der Produktionsmittel und den zentralen Plan beschränkt“. Denn dadurch werde auf die Tagesordnung gesetzt:

– ein neues Entwicklungskonzept, das Fortschritt nicht mehr mit quantitativer Expansion und Vervielfachung der verfügbaren Güter gleichsetzt und das jetzt schon den Eingriff der öffentlichen Hand auf bestimmte strategische Ziele konzentriert: Energie-Sparen, Sanierung der Landwirtschaft, Wohnungsbau usw.;

– eine gesellschaftliche Produktionssteuerung, die die Planung der Unternehmenspolitik, auf die die Arbeiter direkt Einfluß nehmen, ergänzt durch einen zentralen Plan, auf den die in Räten organisierte Arbeiterklasse und „neuen sozialen Subjekte“ (Jugendliche, Frauen, Arbeitslose) Einfluß nehmen;

– Überwindung der großen Fabrik und des Taylorismus, vertikale Rollen-Rotation (keine lebenslagen Ghettos für harte und unqualifizierte Arbeiten), Ausdehnung der kooperativen Unternehmen, Einschränkung des Bereichs der Waren-Beziehungen und der Lohnarbeit, neue Formen kollektiver Arbeit und polytechnischer Ausbildung.

Mit all dem befinde man sich bereits „auf der Höhe der objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft und des Verständnisses der Massen“; so werde es möglich, daß sich die „neuen sozialen Subjekte“ als „Vorkämpfer eines neuen ökonomischen Modells“ an die Seite der Arbeiterklasse stellen.

Dies alles setze einen „*Übergangsstaat*“ voraus, wie er sich „embryonal“ bereits in den Massenkämpfen der 60er und 70er Jahre abzeichne: „Eine lange Periode der Koexistenz zwischen der repräsentativen Demokratie des allgemeinen Wahlrechts ... und der direkten Demokratie, in der gesellschaftlich organisierte Kräfte auf den Plan treten: eine Koexistenz, die aufhört, nur de facto zu existieren zwischen einem formalisierten System und einer diffusen und informellen Gegenmacht), um selbst zum formalisierten System zu werden. Eine parlamentarische und Räte-Demokratie zugleich ...“ Die Räte in den Fabriken, Schulen usw., aber auch die Räteansätze für die Zone, die Arbeitslosen, die Studenten usw. müßten konsequent weiterentwickelt und von den Parteien politisch unabhängig gemacht werden; ein Teil der Staatsfunktionen (Gesundheitswesen, Schule, Kultur, Sozialleistungen usw.) müßte durch die entsprechend organisierten gesellschaftlichen Kräfte direkt vergesellschaftet werden.

Es mag naheliegen, nur die Unausgegorenheiten dieser programmatischen Überlegungen zu sehen. Interessant erscheint jedoch die Entschiedenheit, mit der hier versucht wird, von der abstrakten revolutionären „Stunde X“ loszukommen und im möglichst engen Kontakt mit der Wirklichkeit, mit der in ihr vorfindlichen Tendenzen, das Konzept einer „Übergangsgesellschaft“ zu entwickeln. Womit dieses Dokument auch einen Beitrag zu der innerhalb der KPI, zumindest ihres linken Flügels, stattfindenden Debatte über den „dritten Weg“ darstellt.

han. In der vergangenen Woche hat sich die Situation im Iran dramatisch zugespitzt. Nach einer langen Reihe von Versuchen, die Befugnisse des Staatspräsidenten Bani Sadr zu beschneiden, ist die herrschende Islamisch-Republikanische Partei unter Führung ihres Vorsitzenden und zugleich Obersten Richters, Ayatollah Beheschti, des Parlamentspräsidenten Rafsandam, und des Ministerpräsidenten Rajai, zum Frontalangriff auf den Präsidenten übergegangen. Nachdem zu Beginn der Woche die letzten Zeitungen, die den Präsidenten unterstützten, vom Obersten Staatsanwalt verboten worden waren, was in Teheran und anderen Städten Proteste der Bevölkerung auslöste, wurden in der Folge Demonstrationen von Seiten der IRP inszeniert. Diese Demonstrationen gipfelten in der Forderung nach Anklage und Hinrichtung Bani Sadrs, während Demonstrationen zur Unterstützung des Präsidenten von den Hezbollahis, den Mitgliedern der ,,Partei Gottes'', wie sie sich selbst bezeichnen, und Pasderan (Revolutionsrichtern) angegriffen und teilweise aufgelöst wurden. Verschärft wurde die Situation noch durch den Beschluß Khomeinys, Bani Sadr als Oberbefehlshaber der Streitkräfte abzulösen. Damit hat Khomeiny als faktisches Staatsoberhaupt oder Revolutionsführer, wie das auch genannt wird, seine bisherige, auf Ausgleich zwischen den beiden Lagern bedachte Politik offensichtlich aufgegeben. Diese Änderung in der Haltung Khomeinys hatte sich schon vor einigen Wochen angedeutet, als er in einer speziell an die Anhänger der Volksmujaheddin gerichteten Rede diese aufforderte, ,,in die Reihen der Islamischen Revolution zurückzukehren und ihren Widerstand gegen die Regierung aufzugeben'', anstatt sie gegen die brutale Unterdrückung durch die Pasderan zu verteidigen. In einer weiteren Rede vor zwei Wochen ging Khomeiny dann zur offenen Drohung gegen die gesamte Volksbewegung, die gegen die Diktatur der IRP kämpft, über. Ganz im Stil eines Despoten drohte er, er werde mit allen, die sich gegen die staatlichen Institutionen stellen, das gleiche tun, was er mit dem Schah getan habe, und ihnen die Hände abhacken. Zur Not werde er seinen Willen auch gegen das gesamte iranische Volk durchsetzen. Durch diesen Wechsel in seiner Politik hat Khomeiny den IRP-Führern das Signal gegeben, zum

Die Diktatoren greifen Bani Sadr an
Auch frühere Fehler machen ihn verwundbar

konzentrierten Angriff gegen die gesamte antidiktatorische und nationale Bewegung überzugehen, deren Repräsentant Bani Sadr ist.

Man muß jedoch die tatsächliche Schwächung der Position des Präsidenten, die in den letzten Tagen eingetreten ist, nicht nur unter diesem Gesichtspunkt sehen. Bani Sadr hatte sich selbst durch bestimmte Fehler und eine fragwürdige Taktik in die gegenwärtige Position manövriert. Sein schier unerschütterliches Vertrauen in die Autorität und Vernunft Khomeinys hat sich durch die Ereignisse der letzten Tage als unbegründet herausgestellt. Es erweist sich nun auch die verhängnisvolle Rolle der iranischen Verfassung, die als obersten Souverän nicht das Volk, sondern den obersten Revolutionsführer, den Imam Khomeiny, bestimmt. Dieser Verfassung haben Bani Sadr und andere, die heute gegen die Diktatur kämpfen, im November 1979 zugestimmt, obwohl schon zu diesem Zeitpunkt die IRP offen ihren Anspruch auf das Monopol bei der Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten angemeldet hatte. Zur Ehre der demokratischen Bewegung muß man allerdings auch festhalten, daß schon damals bestimmte Gruppen die Verfassung als undemokratisch kritisiert haben, zum Beispiel Teile der Nationalen Front, der Moujaheddin des Volkes, der Feddayin des Volkes, der Partei der Werktätigen. Es fragt sich auch, ob es eine richtige Taktik Bani Sadrs war, seit dem irakischen Angriff im September letzten Jahres seine Kraft fast ausschließlich auf die Stärkung der militärischen Front zu konzentrieren. Zwar hat der relative Erfolg, die irakischen Truppen zum Stehen gebracht und geringfügig zurückgeworfen zu haben, sein Ansehen bei den Volksmassen und auch in der Armee durchaus erhöht. Die IRP und die mit ihr verbündeten Truppen haben jedoch die Zeit seines Engagements an der Front dazu benutzt, fast alle bedeutsamen öffentlichen und politischen Funktionen ihrem Einfluß zu unterwerfen. Dies hat dazu geführt, daß Bani Sadr, was die Exekutivorgane angeht, heute praktisch allein dasteht, weil alle seine Anhänger aus den öffentlichen Ämtern herausgesäubert wurden. Sein schwerwiegendster Fehler jedoch war wahrscheinlich sein Verzicht auf die politische Führung der Volksbewegung gegen die neue Diktatur. Schon im vergangenen Jahr war es zu großen Demonstrationen gegen die Verhaftung des früheren Außenministers Ghotbzadeh gekommen, und in der Folge zu wachsenden Protesten gegen die ständig zunehmende Einschränkung der demokatischen Rechte. Oft wurde bei den Demonstrationen zum Ausdruck gebracht ,,Bani Sadr, führe uns im Kampf gegen die Despoten!''. Der Präsident hat zwar versucht, diese Bewegung zu unterstützen, durch öffentliche Stellungnahmen gegen die Folter in den Gefängnissen, willkürliche Verhaftungen, Inkompetenz in der Verwaltung usw., und auch durch offene Briefe an Khomeiny. Auf den Aufbau eines politischen Zusammenschlusses gegen die heraufziehende Diktatur, deren einziger Führer unter den gegebenen Bedingungen er selbst sein konnte, hat er jedoch lange Zeit verzichtet. Jetzt, wo es ums Ganze geht, versucht er, dieses Versäumnis nachzuholen, und das ganze Volk zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit aufzurufen.

Noch besteht die Hoffnung, daß es dafür nicht zu spät ist. Die Beantwortung der Frage, ob es nun im Iran zu einem Bürgerkrieg kommen wird, muß natürlich zu einem guten Teil Spekulation bleiben. Eine ganze Anzahl von Faktoren sprechen jedoch dafür. ,,Die innenpolitische Machtfrage zu entscheiden, wird äußerst schwierig sein. Solange aber Ayatollah Khomeiny über den Parteien steht, solange er politisch ausgleichen kann, wird nichts geschehen. Nur wenn er sich für eine Seite entscheidet, dann wird es schlimm.'' (Gespräch mit einem Piloten der iranischen Armee, zitiert nach Göttinger Tagesblatt vom 13. Juni)

Tatsächlich haben viele Menschen im Iran, die gegen die neue Diktatur sind, auf diese ausgleichende Rolle Khomeinys gehofft. Jetzt, nachdem diese Hoffnung offensichtlich enttäuscht wurde, bleibt nur die Gewißheit, daß man selbst den Kampf aufnehmen muß. Auch die für eine gewisse Zeit die inneren Gegensätze zudeckende Wirkung des Krieges mit dem Irak ist nahezu aufgebraucht. Ohnehin verstärkt sich im Iran die Gewißheit, daß die herrschenden Despoten die Kriegslage nur benutzt haben, um unter der Parole der nationalen Einheit ihre Herrschaft zu befestigen. Der Umfang der Bewegung gegen die Diktatur der ,,Partei Gottes'' (Hezbollah), wie sich die IRP selbst gern nennt, hat in der letzten Zeit ständig zugenommen. Sie umfaßt neben großen Teilen der Nationalbourgeoisie und der städtischen Händler der Basare die meisten Intellektuellen, viele Jugendliche und auch große Teile der Arbeiterklasse. Andererseits genießt die IRP noch großen Einfluß bei dem städtischen Proletariat, das durch die Landflucht während des Schah-Regimes in die Slums der großen Städte getrieben wurde, und unter der Landbevölkerung. Dies zeigt gefährliche Spaltungslinien unter den Volksmassen auf, die einen Bürgerkrieg begünstigen. Militärisch sind beide Seiten dafür gerüstet.

Viel wird davon abhängen, wie Präsident Bani Sadr sich zu Khomeinys Angebot der ,,ehrenhaften Kapitulation'' vom vergangenen Montag verhält. Khomeiny hat ihm damit angeboten, in seinen Schoß zurückzukehren, unter der Voraussetzung, daß er sich bußfertig zeigt, und in Radio und Fernsehen seine ,,Vergehen'' bereut. Ein Eingehen Bani Sadrs auf dieses Angebot würde den Kampf gegen die Diktatur zwar nicht zum Erliegen bringen, ihn aber doch empfindlich schwächen, und die Reaktionäre ermutigen, kurzen Prozeß zu machen. Was viele Iraner von ihrem Präsidenten erwarten, zeigten sie am vergangenen Montag durch zahlreiche Teilnahme an den Demonstrationen für Freiheit und Unabhängigkeit, zu denen Bani Sadr am Wochenende aufgerufen hatte. Zwar wurde die Demonstration in Teheran von Beheschtis Schlägertruppen verhindert. In vielen anderen Städten jedoch, so in Shiraz, Isfahan und Gorgan beteiligten sich Zehntausende daran.



Demonstration iranischer Arbeiter in Teheran am 1. Mai 1981

In der ersten Folge dieser Artikelserie* hatten wir bereits auf die Tatsache hingewiesen, daß von den ausdrücklich als politische Gefangene geführten ,,Staatsverbrechern'' in sowjetischen Zwangsarbeitslagern *drei Viertel* wegen ,,Nationalismus'' verurteilt sind. Freilich, nicht etwa wegen großrussischem Chauvinismus. Leute, die solches

Leninistische Opposition unter den nicht-russischen Völkern

Geschichte der ,,Dissidenten''bewegung in der Sowjetunion (4) / Von Gerd Koenen

führende Rolle spielten, und deren erstes Programm weithin die Berufung

Gesellschaft – das sind nicht Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern des-

tik der Partei, Verwaltung und Wirtschaft, verbunden mit einer massiven Einwanderungspolitik, die die Letten vor allem in den

sierten gehört, und weil sie die festesten und solidarischsten Verbindungen mit der Opposition in Rußland selbst hergestellt haben; und drittens auch wegen des revolutionären und furchtlosen Charakters ihrer zahlreichen Appelle, Denkschriften und Proklamationen. Am vielleicht bekanntesten wurde der Appell der Krimtataren an die internationale kommunistische und Ar-

jaheddin gerichteten Rede diese aufforderte, ,,in die Reihen der Islamischen Revolution zurückzukehren und ihren Widerstand gegen die Regierung aufzugeben'', anstatt sie gegen die brutale Unterdrückung durch die Pasderan zu verteidigen. In einer weiteren Rede vor zwei Wochen ging Khomeiny dann zur offenen Drohung gegen die gesamte Volksbewegung, die gegen die Diktatur der IRP kämpft, über. Ganz im Stil eines Despoten drohte er, er werde mit allen, die sich gegen die staatlichen Institutionen stellen, das gleiche tun, was er mit dem Schah getan habe, und ihnen die Hände abhacken. Zur Not werde er seinen Willen auch gegen das gesamte iranische Volk durchsetzen. Durch diesen Wechsel in seiner Politik hat Khomeiny den IRP-Führern das Signal gegeben, zum

sung als undemokratisch kritisiert haben, zum Beispiel Teile der Nationalen Front, der Moujaheddin des Volkes, der Feddayin des Volkes, der Partei der Werktätigen. Es fragt sich auch, ob es eine richtige Taktik Bani Sadrs war, seit dem irakischen Angriff im September letzten Jahres seine Kraft fast ausschließlich auf die Stärkung der militärischen Front zu konzentrieren. Zwar hat der relative Erfolg, die irakischen Truppen zum Stehen gebracht und geringfügig zurückgeworfen zu haben, sein Ansehen bei den Volksmassen und auch in der Armee durchaus erhöht. Die IRP und die mit ihr verbündeten Truppen haben jedoch die Zeit seines Engagements an der Front dazu benutzt, fast alle bedeutsamen öffentlichen und politischen Funktionen ihrem Einfluß zu unterwerfen. Dies hat

er, dieses Versäumnis nachzuholen, und das ganze Volk zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit aufzurufen.

Noch besteht die Hoffnung, daß es dafür nicht zu spät ist. Die Beantwortung der Frage, ob es nun im Iran zu einem Bürgerkrieg kommen wird, muß natürlich zu einem guten Teil Spekulation bleiben. Eine ganze Anzahl von Faktoren sprechen jedoch dafür. ,,Die innenpolitische Machtfrage zu entscheiden, wird äußerst schwierig sein. Solange aber Ayatollah Khomeiny über den Parteien steht, solange er politisch ausgleichen kann, wird nichts geschehen. Nur wenn er sich für eine Seite entscheidet, dann wird es schlimm.'' (Gespräch mit einem Piloten der iranischen Armee, zitiert nach Göttinger Tagesblatt vom 13. Juni)

Demonstration iranischer Arbeiter in Teheran am 1. Mai 1981

le der nationalen Einheit ihre Herrschaft zu befestigen. Der Umfang der Bewegung gegen die Diktatur der ,,Partei Gottes'' (Hezbollah), wie sich die IRP selbst gern nennt, hat in der letzten Zeit ständig zugenommen. Sie umfaßt neben großen Teilen der Nationalbourgeoisie und der städtischen Händler der Basare die meisten Intellektuellen, viele Jugendliche und auch große Teile der Arbeiterklasse. Andererseits genießt die IRP noch großen

Iraner von ihrem Präsidenten erwarten, zeigten sie am vergangenen Montag durch zahlreiche Teilnahme an den Demonstrationen für Freiheit und Unabhängigkeit, zu denen Bani Sadr am Wochenende aufgerufen hatte. Zwar wurde die Demonstration in Teheran von Beheschtis Schlägertruppen verhindert. In vielen anderen Städten jedoch, so in Shiraz, Isfahan und Gorgan beteiligten sich Zehntausende daran.

Leninistische Opposition unter den nicht-russischen Völkern

Geschichte der ,,Dissidenten''bewegung in der Sowjetunion (4) / Von Gerd Koenen

In der ersten Folge dieser Artikelserie* hatten wir bereits auf die Tatsache hingewiesen, daß von den ausdrücklich als politische Gefangene geführten ,,Staatsverbrechern'' in sowjetischen Zwangsarbeitslagern *drei Viertel* wegen ,,Nationalismus'' verurteilt sind. Freilich, nicht etwa wegen großrussischem Chauvinismus. Leute, die solches Großrussentum offen propagieren, haben, auch wenn sie als Opposition auftreten, wie einige prominente ,,Stalinisten'', stets hohe Protektoren in der Partei- und Staatsführung gehabt. Als einer der großrussisch-slawophilen Ideologen, der Schriftsteller W. Kotschetow, 1973 starb, wurde die Liste der Unterzeichner der Todesanzeige in der ,,Prawda'' von niemand geringerem als Breschnew selbst angeführt. Das lag ganz auf der Linie der teilweisen ,,Rehabilitation'' Stalins nach 1965 (am besten zu verfolgen in den Ausgaben der Großen Sowjet-Enzyklopädie, worin er immer deutlicher als oberster Kriegsherr des unbesiegbaren ,,Sowjetvolkes'' wieder verherrlicht werden durfte). Und die Verschmelzung der Nationalitäten der Sowjetunion zu ,,einer neuen historischen Gemeinschaft von Menschen – dem Sowjetvolk'' wurde in der Verfassung von 1977 bereits als unumstößliche Tatsache behandelt. ,,Vaterlandsverrat ist das schwerste Verbrechen am Volk ...''

Die Widerstandsbewegung der nicht-russischen Nationalitäten, die schon vor 1956 wieder begann (tatsächlich war sie in den zentralasiatischen Republiken erst in den 30er Jahren, in den 1940 annektierten baltischen Republiken erst um 1950 herum niedergeschlagen worden), nahm in den 60er Jahren einen großen Aufschwung. Sie stand jetzt auf einer neuen klassenmäßigen und ideologischen Grundlage: an die Stelle der alten feudalen Resistance oder des bürgerlichen Widerstandes trat jetzt eine demokratische Bewegung, in der oft Kommunisten eine führende Rolle spielten, und deren erstes Programm weithin die Berufung auf die Lenin'schen Prinzipien der Nationalitätenpolitik war. Und wie schon festgestellt, waren (und sind bis heute) diejenigen Gebiete und Nationalitäten, die gegenüber Rußland ein fortgeschritteneres wirtschaftliches und kulturelles Niveau repräsentierten, die Zentren des Widerstandes: die baltischen Republiken und die Ukraine. Aus ähnlichen Gründen spielt in Zentralasien die Bewegung der Krimtataren eine führende Rolle.

● *In der Ukraine* war schon 1960 ein ,,Ukrainischer Arbeiter- und Bauernbund'' aufgetreten, der das verfassungsmäßige Recht auf Austritt aus der Union reklamiert hatte. Er wurde vollständig zerschlagen, sein Führer, der Parteisekretär Lukjanenko, zum Tode verurteilt und dann zu 15 Jahren Lager begnadigt. – Eine größere Wirkung erzielte die 1965 von Iwan Dsjuba veröffentlichte Schrift ,,Internationalismus oder Russifizierung?'', die ein wissenschaftlicher Nachweis war, daß die Nationalitätenpolitik der KPdSU ein direkter Verstoß gegen den Marxismus und Leninismus war. Verfaßt war die Arbeit im Auftrag des ZK der KP der Ukraine, und als 1973 der erste Sekretär der Ukrainischen KP, P.Je. Schelest, wegen ,,Fehlern in der Nationalitätenpolitik'' gestürzt und aus dem ZK des KPdSU ausgeschlossen wurde, wurde ihm noch immer Dsjubas Schrift zum Vorwurf gemacht. Dsjuba – der selbst zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt wurde – hatte darin u.a. festgestellt:

,,Die Idee einer Assimilierung der Nationen, die Idee einer künftigen nationenlosen Gesellschaft – das sind nicht Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern dessen, was Marx und Engels ‚Kasernenkommunismus' nannten. Das ist auch die Idee der Revisionisten, der Sozialdemokraten der Zweiten Internationale ... Es besteht ein kolossaler Unterschied – politisch wie psychologisch – zwischen der allgemeinen Vereinigung aller Völker in der ‚weltumspannenden Menschheit', d.h. zwischen einer Assimilierung der Nationen auf einer *weltumspannenden menschlichen Basis*, und ... der Assimilierung verschiedener Nationen auf der Basis *einer einzigen nationalen Kultur*.'' – ,,Die bei uns heute verbreitete Theorie von der einzigen ‚sowjetischen Nation' ... oder vom ‚Sowjetvolk' – nicht etwa im Sinne einer übergreifenden Gemeinschaft, sondern als Identität – soll dem Zweck dienen, ‚theoretisch' den massiven Russifizierungsprozeß zu bestätigen und zu legitimieren.'' (B. Lewytzky, Die linke Opposition in der Sowjetunion, Hamburg 1974, S.161ff.)

● In den *baltischen Staaten* war das erste programmatische Dokument ein offener Brief von 17 lettischen Kommunisten an die KPs Westeuropas, Jugoslawiens und Rumäniens von 1971. Darin hieß es u.a.:

,,Mit der Zeit wurde uns klar, daß der großrussische Chauvinismus ein genau ausgedachter Kurs der KPdSU-Führer war. Die Zwangsassimilierung der kleinen Nationen der Sowjetunion ist geplant als eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben für die nächste Zukunft.'' – Im einzelnen enthüllen die Autoren die systematische Russifzierungspolitik in Lettland, und führen als Hauptmaßnahmen an: die Einrichtung eines von Russen geführten speziellen ,,Organisationsbüros für Lettland beim ZK der Lettischen Kommunistischen Partei'', das faktisch die Politik der lettischen Partei wie der Republik selbst kontrolliert und lenkt; eine entsprechede systematische Kaderpolitik der Partei, Verwaltung und Wirtschaft, verbunden mit einer massiven Einwanderungspolitik, die die Letten vor allem in den großen Städten zu einer Minderheit gemacht haben, mit dem letztendlichen Ziel der direkten Eingliederung in die Russische SFSR (wie mit der Republik Karelien passiert); die massive Stationierung russischer Armeeeinheiten in Lettland, bei gleichzeitiger Auflösung der (aus der russischen Revolution berühmten) lettischen Schützenregimenter; schließlich die immer weiter überhandnehmende Einführung des Russischen in der Presse, Rundfunk, in der Verwaltung, den Schulen und Kindergräten gesprochenen Sprache, bei Unterdrückung der lettischen Sprache, Geschichte, Literatür und Kultur. Der Brief endet: ,,Wenn die Führer der KPdSU mit den obengenannten und ähnlichen Taten nicht aufhören, müssen sie schonungslos demaskiert und boykottiert werden.''
(Zit. a. Kommunismus und Klassenkampf 5/81, Die Opposition in den baltischen Staaten)

● Die *Bewegung der Krimtataren*, die um ihre Rückkehr auf die Krim und die Wiederherstellung ihrer Autonomen Republik dort kämpfen (sie waren 1943/44 zu mehreren hunderttausend unter der falschen Beschuldigung der Kollaboration mit den Deutschen insgesamt nach Kasachstan deportiert worden), hat in der ganzen sowjetischen Dissidentenbewegung eine besonders große Rolle gespielt. Einmal, weil die Tataren, die eine allen zentralasiatischen Turk-Völkern verständliche Sprache sprechen, traditionell zu den intellektuellen Führern dieser Völkerschaften gehören; dann, weil ihre Bewegung in Form von Petitionen mit tausenden von Unterschriften und durch die Wahl regelrechter Vertretungsorgane zu den am besten organisierten gehört, und weil sie die festesten und solidarischsten Verbindungen mit der Opposition in Rußland selbst hergestellt haben; und drittens auch wegen des revolutionären und furchtlosen Charakters ihrer zahlreichen Appelle, Denkschriften und Proklamationen. Am vielleicht bekanntesten wurde der Appell der Krimtataren an die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung von 1973:

,,An alle kommunistischen Parteien der Welt! Zerschlagt den anti-sozialistischen Block der großnationalen Hegemonisten (veliko-nacional'nych gegemonistov), stellt den proletarischen Internationalismus wieder her!

Das Volk der Krimtataren, das vom Marxismus-Leninismus ausgeht und für dessen Wiederherstellung in der nationalen Frage der Krimtataren kämpft, wendet sich erneut wegen seines nationalen Schicksals an die kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt ... Wir kämpfen für die Rechte, deren Unanfechtbarkeit die Oktoberrevolution anerkannt, verkündet und durch juristische Akte verankert hat ... Unter dem Deckmantel ‚Die Krim – eine gesamtrussische Erholungsstätte' wird die Strategie ‚Krim ohne Krimtataren' verwirklicht. Allein im Zeitraum von 20 Jahren (1950 bis 1970) wuchs die Bevölkerung der Krim von 823000 auf 1813000 an (durch die Ansiedlung russischer u.a. Siedler) ... Im Laufe von drei Jahrzehnten konnte das Volk der Krimtataren nicht erreichen, daß seine nationale Frage im leninistischen Sinne gelöst wurde. Einige Millionen Briefe, mehr als fünfzig gesamtnationale Dokumente, Appelle und Anfragen an die obersten Partei- und Machtorgane, die die Unterschrift von etlichen Hunderttausend werktätigen Krimtataren tragen, liegen unbehandelt in den Kanzleien der zentralen Instanzen ... Das Volk der Krimtataren hofft, daß die kommunistischen Parteien der Welt eine unversöhnliche Haltung gegenüber dieser Willkür einnehmen.'' (Archiv Samizdata, zit. a. Osteuropa 1/1976, S. A25ff)

**Vgl. KVZ 9/81, 14/81 und 16/81*

(Wird fortgesetzt)

Ehrenberg streicht den Arbeitsämtern 525 Mio. DM

frb. Obwohl zur Übernahme des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit gesetzlich verpflichtet, hat die Bundesregierung mit ihren Haushaltsbeschlüssen den Nachtragshaushalt der Bundesanstalt kurzerhand von 4,7 Mrd. DM auf 4,224 Mrd. DM gekürzt. Arbeitsminister Ehrenberg hat die Anstalt aufgefordert, die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 175 Mio. DM zu kürzen. Außerdem sollen Minderausgaben in Höhe von 350 Mio. DM insbesondere durch Kürzungen bei den Ausgaben für die Förderung der beruflichen Bildung und der beruflichen Rehabilitation erzielt werden. Diese Einsparungen hat der Vorstand der Bundesanstalt nunmehr abgelehnt, da auf die Leistungen ein gesetzlicher Anspruch besteht. Er will dem Verwaltungsrat empfehlen, die Auflagen des Arbeitsministers nicht zu akzeptieren. Damit wäre der Nachtragshaushalt nicht rechtskräftig, der Bund müßte das volle Defizit tragen.

Nah- und Mittelostverein riecht Geschäfte

frb. Ein unglaubliches Exportpotential sieht Hans-Otto Thierbach, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank und Vorsitzender des Nah- und Mittelostvereins, im Nahen Osten, falls es gelinge, den Frieden in der Region zu bewahren. Auf über 700 Mrd. $ sei das Volumen der addierten Fünfjahrespläne der Länder der Region einschließlich Israel und Türkei zu veranschlagen. Thierbach gab die Bevorzugung für politische Lösungen zu erkennen, die das Geschäft erst garantierten. Die Venedig-Erklärung der EG vom Sommer vergangenen Jahres sei richtig gewesen.

Frankreich: 54000 Stellen im Öffentlichen Dienst

frb. Nach ihren sozialpolitischen Beschlüssen, worunter die Anhebung des Mindestlohnes der wichtigste war, hat die französische Regierung erste Maßnahmen beschlossen, die sich gegen die Arbeitslosigkeit richten sollen. 1,8 Mio. Arbeitslose wurden im Mai gezählt, 22% mehr als vor Jahresfrist. Ab sofort nun will die Regierung im öffentlichen Dienst 54000 Stellen schaffen, die innerhalb der nächsten acht bis zehn Monate auf 210000 aufgestockt werden sollen. Die Einstellungen sollen vor allem im Gesundheitswesen, in der Sozialfürsorge, der Erziehung und bei der Post erfolgen. Außerdem ist ein verstärkter Ausbau von Ausbildungsprogrammen und eine Senkung des Rentenalters geplant. Bestätigt wurde die Absicht, Höchsteinkommen zusätzlich zu besteuern.

Japan erzielt Punkte gegenüber EG-Ländern

Nach Exportboom bescheidene Beschränkung Japans / EG-Kommission „erstaunt" über zweiseitige Vereinbarungen

frb. Der Poker um Handelsbeschränkungen zwischen den drei großen Handelsmächten USA, Japan und Europäische Gemeinschaft geht unvermindert weiter. Die Länder der EG sind dabei unter verstärkten Druck der USA wie Japans gekommen. Nachdem kürzlich die neue US-Regierung durch ihren Sonderbotschafter in Brüssel rauhere Töne für die Zukunft angekündigt hat, pendeln derzeit Emissäre zwischen Japan und Westeuropa. Zweifellos hat Japan dabei zunächst einen Punktsieg geholt.

Ausgangspunkt der jüngsten Verhandlungen war die „freiwillige Selbstbeschränkung", in die sich Japan auf Druck der USA gefügt hatte. Danach verpflichtete sich die japanische Regierung, dafür zu sorgen, daß die japanischen Automobilkonzerne in den zwölf Monaten vom 1.4.81 bis 31.3.82 ihre Kfz-Exporte in die USA, ihren Hauptabsatzmarkt, auf 1,68 Mio. Fahrzeuge beschränken. Gegenüber 1980 ist dies eine Reduzierung um 7,7%; eine ähnliche Beschränkung soll für zwei weitere Jahre gelten. Damit kann Japan leben, denn die Konzerne werden in den Preisen holen, was ihnen bei den Stückzahlen fehlt. Und hätte es nicht zugestimmt, so hätte der US-Kongreß Importquoten erlassen noch unter der Marke der „Selbstbeschränkung".

Aufgeschreckt war die Reaktion in der EG. Die Kommission zu Brüssel verlangte ein entsprechendes Abkommen von Japan, und Graf Lambsdorff hob warnend den Finger. Hier hätten zwei Länder mit dem massiven Druck der USA im Hintergrund eine ins Detail gehende Verständigung zu Lasten anderer Länder getroffen. Es drohe eine protektionistische Eskalation, an deren Ende ein Handelskrieg stünde.

Was die EG-Staaten, oder wenigstens die Automobilindustrie, fürchten, ist, daß Japan jene Fahrzeuge, denen der Zugang zum US-Markt nunmehr verwehrt ist, nun in die EG schickt. Um über 18% haben die Kfz-Einfuhren aus Japan im ersten Quartal das Niveau von 1980 übertroffen, die Einfuhren in die BRD lagen in den ersten fünf Monaten des Jahres gar um 30% über Vorjahresniveau.

Japans Regierung hat zunächst jedes Nachgeben abgelehnt. Die europäischen Autos seien halt zu teuer, und die Lage der europäischen Industrie nicht mit der gegenwärtigen Notlage der amerikanischen Automobilindustrie zu vergleichen. Auch sei in den USA jedes vierte neuverkaufte Auto ein japanisches, in der EG aber nur je-

des zehnte. Außerdem sei Japan zu einer Exportbeschränkung nicht bereit, wenn nicht die Einfuhrschranken, die einige Mitgliedsländer der EG bereits errichtet haben, beseitigt würden. So läßt Italien schon seit den 50er Jahren pro Jahr lediglich 2200 japanische Autos ins Land. Frankreich hatte 1977 ein Abkommen zur Beschränkung der japanischen Einfuhren verlangt und begrenzt den japanischen Marktanteil seither auf 3%. Und kürzlich ließen die französischen Zollbehörden kurzerhand 3800 Mazdas unabgefertigt im Hafen liegen, weil die 3% schon leicht überschritten waren. Die Einfuhren nach Großbritannien sind durch ein Abkommen zwischen den Industrien auf rund 10% Marktanteil begrenzt.

Japan die Absicht verkündet, seine Pkw-Exporte nach Belgien um 7% gegenüber dem Stand von 1980 zu reduzieren. Die Lieferungen in die Niederlande und nach Luxemburg sollen auf dem Stand von 1980 gehalten werden.

Angesichts der feierlichen Ankündigung des EG-Rates vom 25. November 1980, geeignete Maßnahmen, einschließlich Importbeschränkungen, zur Ausgleichung des Handelsdefizits mit Japan zu ergreifen, angesichts der theatralischen Ankündigung eines Waffengangs mit Japan in Sachen Handel durch EG-Kommissar Sir Roy Denman Anfang Juni, sind diese Ergebnisse reichlich lächerlich. Vor allem aber ist es Japan gelungen, die EG auseinanderzudividieren, durch zweiseiti-

Vergleichszahlen 1979

	Bevölkerg. in Mio.	Soz.-Prod. Mrd.US-$	pro Kopf in US-$	Steig.* 70-78 i.%	Exp. 1980 Mrd. US-$	Anteil in %
USA	219,8	2377	10820	2,3	220,7	12,0
Japan	115,8	1019	8800	7,8	130,5	7,1
EG (10)	269,3	2268	8420	·	605,2	32,9
BRD	61,2	718	11730	2,4	192,9	10,5
Frankreich	53,4	531	9940	3,1	116,0	6,3
Großbritannien	55,8	354	6340	1,9	115,3	6,3
Italien	56,9	298	5240	2,0	77,7	4,2

Quellen: World Bank Atlas; International Financial Statistics (IWF) – * Durchschnittliche Steigerung des realen Bruttosozialprodukts pro Kopf jährlich. EG-Export einschließlich des Handels innerhalb der EG, Export von Griechenland geschätzt.

Japanische Automobilexporte

Zielland	PKW 1980	Marktanteile	Handelsschranken (Juni 1981)
Großbritannien	190000	12,3%	Beschränkung auf rund 10% Anteil
BRD	249000	10,3%	Zuwachsrate 10% jährlich
Niederlande	121000	26,6%	Auf Niveau von 1980 beschränkt
Belgien/Luxemburg	112000	25,2%	7% weniger als 1980
Frankreich	55000	2,9%	Anteil auf 3% begrenzt
Dänemark	26000	31,3%	offen
Irland	28000	30,5%	offen
Italien	1900	0,1%	Auf 2200 begrenzt
EG (9)	782900	8,8%	
USA	1820000	21,3%	7,7% weniger als 1980

Quelle: EG-Kommission; US-Import laut japanischer Ausfuhrstatistik

Trotzdem hat Japan jetzt etwas eingelenkt, aber mehr der Kosmetik wegen. Graf Lambsdorff kommt „mit dem sicheren Gefühl" aus Tokio zurück, „daß die Japaner den Zuwachs ihrer Automobilexporte in die Bundesrepublik 1981 verglichen mit 1980 im Rahmen von 10% halten werden". Dies bei einer jährlichen Ausdehnung des Pkw-Marktes in der BRD um 2,5% in den letzten 10 Jahren. Und Mitte letzter Woche schließlich, nach den Verhandlungen mit Lambsdorff, hat

ge Verhandlungen Fakten zu schaffen und so die Gemeinschaftsorgane auszuschalten. Nicht grundlos zeigte sich daher die EG-Kommission „außerordentlich erstaunt" über die zweiseitigen Vereinbarungen, die einem früheren Beschluß des EG-Rates über die weiteren Verhandlungen mit Japan glatt widersprechen. In Brüssel heißt es, die bilateralen Geschäfte stellten eine unnötige Kapitulation vor dem japanischen Argument dar, die EG sei wegen der nationalen Einfuhrquoten

von Frankreich, Italien und Großbritannien nicht als einheitlicher Markt anzusehen. Man darf gespannt sein, was der EG-Rat Ende des Monats dazu zu sagen weiß.

Lange schon währt die Handelsoffensive des aufstrebenden Japans gegen die alten europäischen Mächte. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre war es die japanische Textil- und Bekleidungsindustrie, die die westeuropäische Konkurrenz in Bedrängnis brachte. In den 60er und frühen 70er Jahren eroberte Japan die Hälfte des Weltschiffbaumarktes, größtenteils auf Kosten der europäischen Werften. Die zweite Häfte der 70er Jahre brachte den Einbruch auf dem Stahlmarkt, bei Unterhaltungselektronik und Kugellagern. Japanische Motorräder, Farbfernseher, Video-Recorder, Armbanduhren, Fotoapparate, Elektronenrechner und neuerdings Automobile und auch Werkzeugmaschinen überfluten die westeuropäischen Märkte und verderben der hiesigen Industrie das Geschäft am eigenen Standort.

Manche der früheren Ängste ist heute Vergangenheit. So liegen Japans Stahllieferungen weit unter der 1977 festgesetzten Höchstmarke, und im Textilhandel mit der EG weist Japan heute ein Defizit auf. Insgesamt aber hat sich die Stellung Japans entscheidend verbessert. Jahr für Jahr hat sich das Handelsdefizit mit Japan vergrößert, letztes Jahr erreichte es laut EG-Statistik 10,7 Mrd. $, nach 7,1 Mrd. 1979. Hat es 1978 und 1979 vorübergehend so ausgesehen, als würde sich das Defizit verringern, so war der Traum 1980 ausgeträumt. Es war das Jahr des japanischen Autobooms, das alle EG-Produzenten traf. Denn Frankreich und Italien sind auf dem westdeutschen Markt die Hauptverlierer gegenüber dem japanischen Marktanteil.

Es ist weniger die Höhe des Defizits mit Japan, das die Lage brisant macht. Obwohl die Importe aus Japan nur knapp 5% der EG-Gesamteinfuhren ausmachen und das Handelsdefizit weit hinter dem gegenüber den USA zurücksteht, ist der japanische Angriff gefährlich sowohl für die westeuropäischen Mächte wie für die Drittmärkte. Für die BRD zum Beispiel liefert der Straßenfahrzeug- und Maschinenbau je zur Hälfte jenen Exportüberschuß, der notwendig ist, um das Defizit bei Rohstoffen und Erdöl auszugleichen. Auf diese Gebiete gerade richtet sich die jünste Offensive Japans. Und dies angesichts eines schrumpfenden Weltmarktes.

und Türkei zu veranschlagen. Thierbach gab die Bevorzugung für politische Lösungen zu erkennen, die das Geschäft erst garantierten. Die Venedig-Erklärung der EG vom Sommer vergangenen Jahres sei richtig gewesen.

Frankreich: 54000 Stellen im Öffentlichen Dienst

frb. Nach ihren sozialpolitischen Beschlüssen, worunter die Anhebung des Mindestlohnes der wichtigste war, hat die französische Regierung erste Maßnahmen beschlossen, die sich gegen die Arbeitslosigkeit richten sollen. 1,8 Mio. Arbeitslose wurden im Mai gezählt, 22% mehr als vor Jahresfrist. Ab sofort nun will die Regierung im öffentlichen Dienst 54000 Stellen schaffen, die innerhalb der nächsten acht bis zehn Monate auf 210000 aufgestockt werden sollen. Die Einstellungen sollen vor allem im Gesundheitswesen, in der Sozialfürsorge, der Erziehung und bei der Post erfolgen. Außerdem ist ein verstärkter Ausbau von Ausbildungsprogrammen und eine Senkung des Rentenalters geplant. Bestätigt wurde die Absicht, Höchsteinkommen zusätzlich zu besteuern.

schränkung".

Aufgeschreckt war die Reaktion in der EG. Die Kommission zu Brüssel verlangte ein entsprechendes Abkommen von Japan, und Graf Lambsdorff hob warnend den Finger. Hier hätten zwei Länder mit dem massiven Druck der USA im Hintergrund eine ins Detail gehende Verständigung zu Lasten anderer Länder getroffen. Es drohe eine protektionistische Eskalation, an deren Ende ein Handelskrieg stünde.

Was die EG-Staaten, oder wenigstens die Automobilindustrie, fürchten, ist, daß Japan jene Fahrzeuge, denen der Zugang zum US-Markt nunmehr verwehrt ist, nun in die EG schickt. Um über 18% haben die Kfz-Einfuhren aus Japan im ersten Quartal das Niveau von 1980 übertroffen, die Einfuhren in die BRD lagen in den ersten fünf Monaten des Jahres gar um 30% über Vorjahresniveau.

Japans Regierung hat zunächst jedes Nachgeben abgelehnt. Die europäischen Autos seien halt zu teuer, und die Lage der europäischen Industrie nicht mit der gegenwärtigen Notlage der amerikanischen Automobilindustrie zu vergleichen. Auch sei in den USA jedes vierte neuverkaufte Auto ein japanisches, in der EG aber nur je-

sozialprodukts pro Kopf jährlich. EG-Export einschließlich des Handels innerhalb der EG, Export von Griechenland geschätzt.

Japanische Automobilexporte

Zielland	PKW 1980	Marktanteile	Handelsschranken (Juni 1981)
Großbritannien	190000	12,3%	Beschränkung auf rund 10% Anteil
BRD	249000	10,3%	Zuwachsrate 10% jährlich
Niederlande	121000	26,6%	Auf Niveau von 1980 beschränkt
Belgien/Luxemburg	112000	25,2%	7% weniger als 1980
Frankreich	55000	2,9%	Anteil auf 3% begrenzt
Dänemark	26000	31,3%	offen
Irland	28000	30,5%	offen
Italien	1900	0,1%	Auf 2200 begrenzt
EG (9)	782900	8,8%	
USA	1820000	21,3%	7,7% weniger als 1980

Quelle: EG-Kommission; US-Import laut japanischer Ausfuhrstatistik

Trotzdem hat Japan jetzt etwas eingelenkt, aber mehr der Kosmetik wegen. Graf Lambsdorff kommt „mit dem sicheren Gefühl" aus Tokio zurück, „daß die Japaner den Zuwachs ihrer Automobilexporte in die Bundesrepublik 1981 verglichen mit 1980 im Rahmen von 10% halten werden". Dies bei einer jährlichen Ausdehnung des Pkw-Marktes in der BRD um 2,5% in den letzten 10 Jahren. Und Mitte letzter Woche schließlich, nach den Verhandlungen mit Lambsdorff, hat

ge Verhandlungen Fakten zu schaffen und so die Gemeinschaftsorgane auszuschalten. Nicht grundlos zeigte sich daher die EG-Kommission „außerordentlich erstaunt" über die zweiseitigen Vereinbarungen, die einem früheren Beschluß des EG-Rates über die weiteren Verhandlungen mit Japan glatt widersprechen. In Brüssel heißt es, die bilateralen Geschäfte stellten eine unnötige Kapitulation vor dem japanischen Argument dar, die EG sei wegen der nationalen Einfuhrquoten

hat sich die Stellung Japans entscheidend verbessert. Jahr für Jahr hat sich das Handelsdefizit mit Japan vergrößert, letztes Jahr erreichte es laut EG-Statistik 10,7 Mrd. $, nach 7,1 Mrd. 1979. Hat es 1978 und 1979 vorübergehend so ausgesehen, als würde sich das Defizit verringern, so war der Traum 1980 ausgeträumt. Es war das Jahr des japanischen Autobooms, das alle EG-Produzenten traf. Denn Frankreich und Italien sind auf dem westdeutschen Markt die Hauptverlierer gegenüber dem japanischen Marktanteil.

Es ist weniger die Höhe des Defizits mit Japan, das die Lage brisant macht. Obwohl die Importe aus Japan nur knapp 5% der EG-Gesamteinfuhren ausmachen und das Handelsdefizit weit hinter dem gegenüber den USA zurücksteht, ist der japanische Angriff gefährlich sowohl für die westeuropäischen Mächte wie für die Drittmärkte. Für die BRD zum Beispiel liefert der Straßenfahrzeug- und Maschinenbau je zur Hälfte jenen Exportüberschuß, der notwendig ist, um das Defizit bei Rohstoffen und Erdöl auszugleichen. Auf diese Gebiete gerade richtet sich die jünste Offensive Japans. Und dies angesichts eines schrumpfenden Weltmarktes.

Da scheut Helmut Kohl keinerlei Tabu

frb. Die große Aufgabe der Haushaltssanierung hat auf manchen bürgerlichen Politiker wie ein Jungbrunnen gewirkt; endlich darf man vorbringen, was bisher nur gedacht wurde, der CDU-Vorsitzende und Ex-Kandidat für den Kanzlerkandidaten der Union, hat sich Donnerstag letzter Woche auf einer Veranstaltung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in seiner bekannten entschiedenen und aufrichtigen Art dafür eingesetzt, keine Tabus aufzurichten und alles auf den Prüfstand zu stellen. Wenn die Kasse leer sei, müsse man in Frage stellen, was man sich noch leisten könne. Für die Sanierung des Staatshaushalts stelle er auch die Familienpolitik und das Kindergeld zur Diskussion. Bitterernst sind auch die Anregungen des pfälzischen Weinkenners zur Wiedereinführung von Schulgeld und einer Fleißprüfung bei der Ausbildungsförderung. Wie er betonte die freidemokratische Vorsitzende des Finanzausschusses, Ingrid Matthäus-Maier, die FDP werde den Rotstift ohne Tabu auch bei den Sozialleistungen ansetzen. Und SPD-Geschäftsführer Glotz kündigte die Bereitschaft seiner Partei an, auch „schmerzhafte" Kürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe mitzutragen. Der soziale Bereich könne nicht ausgespart werden. Vor allem aber seien Investitionen der Wirtschaft von etwa 15 bis 20 Mrd. DM notwendig. Zur Unterstützung dieser Wohltätigkeit sei die Steuerpolitik zu überprüfen, meint Glotz. Ja, ganz undogmatisch und voll wahnsinniger Kühnheit sind sie, unsere Politiker.

Konzentrationsprozeß in der dänischen Landwirtschaft

Kämpfe der Klein- und Mittelbetriebe / Profite für die kapitalistischen Großbetriebe

bag. Das dänische Fernsehen berichtete am 10.6., daß allein in den ersten 5 Monaten dieses Jahres 674 landwirtschaftliche Betriebe zwangsversteigert wurden. 1980 waren es 570 im ganzen Jahr, 1979 169. Damit habe die Krise in der dänischen Landwirtschaft Ausmaße erreicht wie in den 30er Jahren. Diese Zwangsversteigerungen sind nur der dramatischste Ausdruck eines Prozesses, der in den letzten 10 Jahren zur Ruinierung von mindestens 30000 Höfen geführt hat. Statistisch nachweisbar verschwanden im Zeitraum 1970 bis 1979 29200 Betriebe unter 30 ha, während gleichzeitig die Betriebe mit 100 ha und mehr sich von 1600 auf 2100 vermehrten. Ein Konzentrationsprozeß, der deutlich durch den Eintritt Dänemarks in die EG (1972) beschleunigt und durch die Zinspolitik der Banken, die Preisentwicklung der Betriebsmittel (Futterstoffe, Düngemittel, Energie) und die staatliche Steuerpolitik von Jahr zu Jahr verschärft worden ist.

Der Eintritt Dänemarks in die EG verstärkte vor allem die Tendenz zu steigenden Bodenpreisen, auf deren Grundlage eine Investitionstätigkeit von bisher nicht bekannten Ausmaßen in Gang gesetzt wurde. Die Höfe wurden mit modernsten technischen Anlagen ausgerüstet, auf Kredit, der von den Banken wegen der Sicherheit durch die Entwicklung der Bodenpreise bereitwillig vergeben wurde. 1979 stagnierten die Preise, seitdem fallen sie. Die Investitionen heute sind gegenüber 1980 ungefähr halbiert.

Dänische Banken nehmen auf Kredite gut 15% Zinsen. Dazu kommen die Dünge- und Futtermittelkonzerne, die bis zu 30% Zinsen verlangen. Insgesamt gingen vom Bruttoeinkommen der dänischen Landwirtschaft 1979/80 für Zinsausgaben 45% weg.

Die Preise für Betriebsmittel sind inflationär gestiegen, während die Preise, die die Bauern für ihre Produkte erhalten, geringer stiegen oder gar gefallen sind. So fielen die Preise für Schweine, eins der wichtigsten Produkte der dänischen Landwirtschaft, von 300 Kronen für ein 25-kg-Ferkel 1978 auf 260 Kronen im Jahre 1980. Insgesamt gerechnet wird heutzutage ein Schwein mit 122 Kronen Verlust produziert.

Die staatliche Steuerpolitik hat in den letzten Jahren mehrmals zu Protestaktionen der Bauern geführt, vor allem in Verbindung mit der Einführung einer Sondersteuer auf landwirtschaftlich genutzten Boden Ende 1979. Tausende von Bauern weigern sich bis heute, diese Steuern zu zahlen. Über die Steuerbelastung der dänischen



Wer erntet? Immer mehr Bauern fahren mit den hohen Zinsen um die Wette.

Landwirtschaft insgesamt schweigen sich die dänischen Statistiken aus, die Bauernverbände sprechen jedoch von „Rekordhöhen" im europäischen Vergleich.

Alles in allem sah der Nettogewinn pro Betrieb 1978/79 auf die Betriebsgröße bezogen folgendermaßen aus:

5 – 10 ha	– 22800 Kronen
10 – 20 ha	– 25640 Kronen
20 – 30 ha	– 20530 Kronen
30 – 50 ha	– 3860 Kronen
50 – 100 ha	+ 53620 Kronen
100 ha und mehr	+ 282850 Kronen
Insgesamt:	– 7610 Kronen

(Quelle: Statistisk Aarbog, 1980, S.95).

Diese Aufstellung zeigt deutlich, wer ruiniert wird in dieser Krise und wer daraus mit Gewinn hervorgeht.

In den Verbänden der kleineren Bauern ist in den letzten Jahren eine organisierte Protestbewegung entstanden, LR 80 genannt. Zum Teil werden ihre Forderungen von allen Bauernverbänden unterstützt, so zum Beispiel die Forderung nach der Aufhebung der neuen Bodensteuer. Weitere Forderungen lauten: Verwandlung der Bankkredite in niedrig-verzinste staatliche Kredite, Staatsgarantie für Schulden (d.h. daß der Staat Schulden übernimmt, wenn ein Bauer nicht zahlen kann), neue Preispolitik. Der Verband der Kleinbauern hat zur Durchsetzung dieser Forderungen auf seiner letzten Mitgliederversammlung Lieferungsstoß diskutiert.

In der Stahlindustrie treiben die Dinge dahin, (nur) die Verluste werden täglich größer. Die vielfältig Beteiligten und Betroffenen, nicht zuletzt die verantwortlichen maßgebenden Regierungsstellen, gehen – laut singend oder pfeifend – durch den dunklen Wald, im Wissen um den nahen Abgrund, doch voller Hoffnung, daß sich in letzter Minute ohne eigenes Zutun irgendeine wundersame Lösung ergeben werde. Worin kann die Lösung liegen?" (Handelsblatt vom 16.6.81) Dr. Wolfgang Bernhardt, stellv. Vorstandsvorsitzender der Korf-Stahl AG, der im Januar/Februar diesen Jahres mit zwei größeren Handelsblatt-Korrespondenzen die Anti-Subventionskampagne der westdeutschen Stahlkapitalisten gegen die Konkurrenz in Italien, Frankreich, Belgien und England eröffnet hatte, hat wieder zur Feder gegriffen und leitet mit den oben zitierten Sätzen eine düstere Analyse über die Möglichkeiten zur Lösung der Stahlkrise in der EG und speziell in Westdeutschland ein. Nachdem er die Palette der Lösungskonzepte – Eurofer II, Artikel 58, Subventionsabbau, Ausgleichsabgabe, Verkaufskontore, Ruhrstahl AG, staatliche Einheitsgesellschaft – verworfen hat, landet er bei Strukturbeihilfen und Stillegungsprämien, was er für keine Lösung hält, während Rohwedder (Hoesch) und Gienow (Klöckner) mittlerweile unverhohlen darauf spekulieren.

Im vergangenen Jahr wurden in der EG 129 Mio. t Rohstahl produziert, aber es sind Kapazitäten für knapp 200 Mio. vorhanden. EG-Gutachter gehen davon aus, daß auf die vermutete Nachfrage der nächsten Jahre Überkapazitäten von mindestens 40 Mio. t vorhanden sind, die stillgelegt werden sollten. In Westdeutschland waren im vergangenen Jahr 33 von 80 vorhandenen Hochöfen und 11 von 47 Blasstahlkonvertern nicht in Betrieb. Seit dem Kriseneinbruch von 1975 stagniert die Rohstahlproduktion bei 40 Mio. Jahrestonnen, aber sind die Rohstahlkapazitäten noch erheblich gewachsen, so daß die Kapazitätsauslastung seitdem durchweg weit unter 70% liegt (siehe Tabelle 1). Die westdeutschen Stahlkapitalisten – und nicht minder ihre europäischen Konkurrenten – haben zu Beginn der 70er Jahre in erheblichem



Stahlkrise ohne Ende?

Seit 7 Jahren ist die europäsche Stahlindustrie in der Krise. Seit einigen Monaten verhandeln die führenden Kapitalisten (Eurofer), der Ministerrat und die Regierungschefs der EG intensiv über eine Lösung der Strukturkrise. Wie und woran sind ihre bisherigen Konzepte gescheitert? (Teil 1)

Von Bernd Schwingboth, Dortmund

Anteile an der Weltstahlausfuhr in Prozent

	1965	1970	1974	1975	1976	1977	1978
BRD	16,0	13,6	17,4	14,8	12,7	12,6	14,1
Belgien/Luxemburg	15,9	14,2	12,9	11,5	10,7	9,9	10,1
Frankreich	11,0	8,4	8,1	7,4	6,8	7,9	8,2
Italien	4,1	2,0	3,7	5,7	5,1	5,5	6,3
EG	57,3	46,7	49,9	45,6	44,6	43,3	46,1
Japan	15,9	19,9	25,2	26,3	28,3	27,5	23,6
Comecon	16,2	16,9	12,7	15,8	16,1	14,6	13,8

Mio. vorhanden. EG-Gutachter gehen davon aus, daß auf die vermutete Nachfrage der nächsten Jahre Überkapazitäten von mindestens 40 Mio. t vorhanden sind, die stillgelegt werden sollten. In Westdeutschland waren im vergangenen Jahr 33 von 80 vorhandenen Hochöfen und 11 von 47 Blasstahlkonvertern nicht in Betrieb. Seit dem Kriseneinbruch von 1975 stagniert die Rohstahlproduktion bei 40 Mio. Jahrestonnen, aber sind die Rohstahlkapazitäten noch erheblich gewachsen, so daß die Kapazitätsauslastung seitdem durchweg weit unter 70% liegt (siehe Tabelle 1). Die westdeutschen Stahlkapitalisten – und nicht minder ihre europäischen Konkurrenten – haben zu Beginn der 70er Jahre in erheblichem

Seit 7 Jahren ist die europäsche Stahlindustrie in der Krise. Seit einigen Monaten verhandeln die führenden Kapitalisten (Eurofer), der Ministerrat und die Regierungschefs der EG intensiv über eine Lösung der Strukturkrise. Wie und woran sind ihre bisherigen Konzepte gescheitert? (Teil 1)

Von Bernd Schwingboth, Dortmund

Anteile an der Weltstahlausfuhr in Prozent

	1965	1970	1974	1975	1976	1977	1978
BRD	16,0	13,6	17,4	14,8	12,7	12,6	14,1
Belgien/Luxemburg	15,9	14,2	12,9	11,5	10,7	9,9	10,1
Frankreich	11,0	8,4	8,1	7,4	6,8	7,9	8,2
Italien	4,1	2,0	3,7	5,7	5,1	5,5	6,3
EG	57,3	46,7	49,9	45,6	44,6	43,3	46,1
Japan	15,9	19,9	25,2	26,3	28,3	27,5	23,6
Comecon	16,2	16,9	12,7	15,8	16,1	14,6	13,8

Umfang die Produktionsanlagen modernisiert und ausgeweitet und mit Krisenbeginn 1975 haben sie einen erneuten Investitions- und Modernisierungsschub durchgeführt, getreu dem Motto: den letzten beißen die Hunde. Aber stattdessen ergab sich: mitgefangen, mitgehangen. In der Stahlindustrie ist zuviel Kapital engagiert, diese Disproportion – auch Strukturkrise genannt – trifft die einzelnen Kapitalisten via sinkender Marktpreise ihrer Erzeugnisse schließlich ins Herz: die Profitrate sinkt oder um mit dem Korfschen Manager Bernhardt zu sprechen, die Kapitalisten haben das Gefühl ,,im Wald zu stehen" und es mag auch sein, daß einige pfeifen, um sich Mut zu machen, denn es werden die Messer gewetzt. Kapital muß vernichtet werden.

Eurofer I – das ,,freiwillige" Kartell zerbricht an verschärfter Konkurrenz

1976 schlossen sich die 15 größten europäischen Stahlkonzerne, die rund 80% der EG-Rohstahlproduktion ausmachen, zu einer Wirtschaftsvereinigung zusammen. Der Name ist Eurofer, wobei ,,fer" als Kürzel für ,,ferrum" (lateinisch Eisen) steht. Immer weitergehender kartellisierten sie den Markt über die Festlegung von Mindestpreisen und Produktionsquoten für die einzelnen Konzerne. Normalerweise war es nur eine Frage der Zeit, wann es die ersten Pleiten geben würde, denn in Anbetracht der niedrigen Kapazitätsauslastungen und der niedrigen Preise schien der Ruin für die Stahlkonzerne mit höheren Kostpreisen aufgrund veralteter Anlagen und / oder Standortnachteilen unabwendbar. Die westdeutschen Stahlkonzerne sahen diesem Handelskrieg zuversichtlich entgegen, zumal sie wegen der überdurchschnittlichen Kapitalgröße ,,Durststrecken" länger aushalten und aufgrund der vertikalen Konzernstruktur Verluste im Stahlbereich durch überdurchschnittliche Profite im Maschinenbau oder im Großanlagengeschäft eine zeitlang kompensieren können. Je länger sich die Krise hinzog, um so schärfer wurde die Konkurrenz und, Kartellabsprache hin und Mindestpreise her, es eskalierte ein munterer gegenseitiger Betrug, indem die festgelegten Mindestpreise unterboten wurden, indem die Walzstahlfertigerzeugnisse zu den festgelegten Mindestpreisen an die konzerneigenen Handelsgesellschaften verkauft wurden, diese Lieferscheine an die Eurofer-Kontrollkommission gingen und derweil die konzerneigene Handelsgesellschaft Dumpingpreise machte. Schließlich kam der große Knall im Sommer 1980, als Klöckner offiziell sämtliche Kartellabsprachen aufkündigte und versuchte, vor allem seine moderne Warmbreitbandstraße voll auszufahren. Die Klöckner-Kapitalisten hatten diese Straße mit erhöhten Kapazitäten auf modernstem Stand 1974 gebaut und fette Extraprofite erwartet, aber infolge der Krise und der niedrigen Quoten wurde nicht nur daraus nichts, sondern obendrein zog sich auch noch die Zinsschlinge zusammen.

Den Preiskrieg der folgenden Wochen schildern Fachkreise als verheerend, jedenfalls lagen die Marktpreise schließlich im Schnitt 15 bis 20% unter Weltmarktniveau. Und u.a. fiel diesem Preiskrieg auch der Plan eines Stahlwerk-Ersatzbaus der Hoesch AG zum Opfer. Im Herbst erzwangen die übrigen EG-Staaten gegen den Widerstand der westdeutschen Stahlkonzerne und ihres Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff die offizielle Krisenfeststellung durch die EG, was nach sich zog, daß entsprechend Artikel 58 der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) Quoten festgelegt und von Brüssel kontrolliert wurden. Die Krisenregelung nach Artikel 58 ist im Sinne dieses Vertrages eigentlich nicht zulässig. Der Artikel 58 ist nur für den Fall vorgesehen, daß es zur Krise infolge drastisch schrumpfender Nachfrage kommt, tatsächlich handelt es sich aber offensichtlich um eine Überproduktionskrise bei praktisch gleichbleibender Nachfrage. Bei so scharfen Widersprüchen zwischen den Kapitalisten sind Absprachen und Verträge offensichtlich ihr Papier nicht wert.

Die kapitalistische Konkurrenz nimmt die Form von Widersprüchen zwischen kapitalistischen Staaten an

Was hatten die Stahlkapitalisten selbst an Lösung der Krise zustande gebracht?

– z.B. ist das gigantische Investitionsprogramm des englischen Finanzkapitals, welches mit jährlichen Investraten von 1,2 bis 1,5 Mrd. DM ab 1976 die Stahlproduktion auf 38 Mio. jato bringen sollte, total gescheitert; wurden zwischen 1976 – 79 knapp 24000 Arbeiter freigesetzt, so waren es allein 1980 rund 50000 in der Stahlindustrie, wurden alte wie neue Werke stillgelegt, ist die Jahresplankapazität jetzt auf 18 Mio. jato gesetzt und veröden ganze Regionen.

– in Westdeutschland ist seit Kriegsbeginn die Beschäftigtenzahl in der Eisen- und Stahlindustrie um mehr als 15% verringert worden. Und es wurde auch Kapital aus der Stahlindustrie gedrängt: so beläuft sich der Verlust an Eigenkapital bei ESTEL für diesen Zeitraum auf 1,9 Mrd. DM, was im wesentlichen auf dem Weg von Zinszahlungen an das Bankkapital abgeflossen ist. Krupp beziffert seinen Substanzverlust auf 600 Mio. DM.

Hauptsächlich aber hat die Stahlkrise bisher im Rahmen der EG eine erneute Welle von Fusionen Hand in Hand mit zunehmender Verstaatlichung hervorgebracht:

– der französische Staat hat u. a. die beiden Konzerne Usinor und Sacilors seit 1978 mit rund 14 Mrd. Francs subventioniert. Diese Mittel, zunächst als Kredite gegeben, konnten nicht zurückgezahlt werden und wurden dann in Eigenkapital der Konzerne umgewandelt, so daß der französische Staat jetzt 70% an den beiden Konzernen hält.

– in Belgien war die Entwicklung bei Hainaut-Sambre und Cockerill ähnlich und wird der belgische Staat nach der eingeleiteten Fusion und Neustrukturierung insgesamt 80% der Aktien der neuen Holding halten.

Aufgrund der strategischen Bedeutung der Stahlindustrie, der hohen Konzentration der Kapitale und des hohen Grads der Vergesellschaftung der Produktion unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse, also gerade mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, nimmt die Krise einen größeren Umfang an, insofern riesige Kapitale, mit deren Schicksal hunderttausende von Lohnarbeitern verkettet sind, gegeneinanderprallen und schließlich wandelt sich der Konkurrenzkampf der Stahlmonopole zu Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Ländern wie jetzt innerhalb der EG oder gegenüber Japan.

So finden seit Januar 1981 parallele Verhandlungen zur Lösung der Stahlkrise statt: einerseits innerhalb Eurofer und zwischen Eurofer und dem neuen Kartell der ,,kleinen" Elektrostahlproduzenten, die damit die restlichen 20% der westdeutschen Stahlproduktion kartellisiert haben, und andererseits auf Ebene der EG zwischen den Wirtschaftsministern oder auch den Regierungschefs.

,,Doch in der Stahlindustrie stirbts sich nicht so schnell" (Rohwedder)

Den weiteren konkreten Weg der Lösung der Strukturkrise stellen sich die Stahlkapitalisten wie folgt vor:

– innerhalb von Eurofer haben sie sich geeinigt, auf jeden Fall die Preise drastisch zu erhöhen und das auch schärfer zu kontrollieren.

– innerhalb von Eurofer haben sie sich auch über Quoten für die sogenannten Warenkörbe II und III geeinigt, was die Mehrzahl der Flach- und Profilstahlerzeugnisse umfaßt.

– nicht geeinigt haben sie sich bezüglich Warmbreitband (Warenkorb I), wo weiterhin Artikel 58 und Quotenfestlegung von Seiten Brüssel gelten soll.

– bezüglich Massenstähle (Warenkorb IV) gibt es bisher keinerlei Vereinbarung, und es zeichnet sich die Absicht ab, daß die großen Monopole hier die sogenannten ,,Minis" auf Elektrostahlbasis, die sich als Verband unabhängiger europäischer Stahlproduzenten (E.I.S.A.) zusammengeschlossen haben, niederkonkurrieren wollen.

– bezüglich der staatlichen Subventionen lautet die absehbare Kompromißlinie zwischen den Wirtschaftsministern: bis 1983 müssen die staatlichen Investprogramme gemeldet sein und bis 1985 auslaufen. Das ist dem westdeutschen Finanzkapital zu lang und der belgischen, italienischen und jetzt auch der neuen französischen Regierung zu kurz.

Während der ganzen Zeit hatten die Stahlkonzerne den Lambsdorff heiß gemacht, für den Fall einer unbefriedigenden Regelung zum Subventionsabbau mit entsprechenden Ausgleichsabgaben zu drohen, was aber praktisch zum Zusammenbruch des europäischen Stahlmarktes (und vielleicht noch etwas mehr) führen würde, weshalb sie jetzt auch schon mit wachsender Lautstärke den Kehrreim intonieren: dann wollen wir aber auch. Stillegungsprämie heißt das letzte Zauberwort und Rohwedders Sanierungskonzept plant schon seelenruhig eine ,,Entschädigung" von 200 DM je stillgelegter Jahrestonne ein. Auch eine Methode der Kapitalliquidierung: der bürgerliche Staat ersetzt den Kapitalisten ihr überschüssiges, in Form von Produktionsanlagen festgerittenes Kapital durch flüssige Barmittel, womit in anderen Produktionssphären erneut unternehmerische Initiative entfaltet werden kann.

(Eine weitere Folge behandelt die zwei Verstaatlichungsmodelle im Gutachten Alternative Wirtschaftspolitik und das EG-Strukturprogramm des IG-Metall-Vorstandes.)

ventioniert. Diese Mittel, zunächst als Kredite gegeben, konnten nicht zurückgezahlt werden und wurden dann in Eigenkapital der Konzerne umgewandelt, so daß der französische Staat jetzt 70% an den beiden Konzernen hält.

– in Belgien war die Entwicklung bei Hainaut-Sambre und Cockerill ähnlich und wird der belgische Staat nach der eingeleiteten Fusion und Neustrukturierung insgesamt 80% der Aktien der neuen Holding halten.

Aufgrund der strategischen Bedeutung der Stahlindustrie, der hohen Konzentration der Kapitale und des hohen Grads der Vergesellschaftung der Produktion unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse, also gerade mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, nimmt die Krise einen größeren Umfang an, insofern riesige Kapitale, mit deren Schicksal hunderttausende von Lohnarbeitern verkettet sind, gegeneinanderprallen und schließlich wandelt sich der Konkurrenzkampf der Stahlmonopole zu Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Ländern wie jetzt innerhalb der EG oder gegenüber Japan.

So finden seit Januar 1981 parallele Verhandlungen zur Lösung der Stahlkrise statt: einerseits innerhalb Eurofer und zwischen Eurofer und dem neuen Kartell der ,,kleinen" Elektrostahlpro-

Finanzkapital zu lang und der belgischen, italienischen und jetzt auch der neuen französischen Regierung zu kurz.

Während der ganzen Zeit hatten die Stahlkonzerne den Lambsdorff heiß gemacht, für den Fall einer unbefriedigenden Regelung zum Subventionsabbau mit entsprechenden Ausgleichsabgaben zu drohen, was aber praktisch zum Zusammenbruch des europäischen Stahlmarktes (und vielleicht noch etwas mehr) führen würde, weshalb sie jetzt auch schon mit wachsender Lautstärke den Kehrreim intonieren: dann wollen wir aber auch. Stillegungsprämie heißt das letzte Zauberwort und Rohwedders Sanierungskonzept plant schon seelenruhig eine ,,Entschädigung" von 200 DM je stillgelegter Jahrestonne ein. Auch eine Methode der Kapitalliquidierung: der bürgerliche Staat ersetzt den Kapitalisten ihr überschüssiges, in Form von Produktionsanlagen festgerittenes Kapital durch flüssige Barmittel, womit in anderen Produktionssphären erneut unternehmerische Initiative entfaltet werden kann.

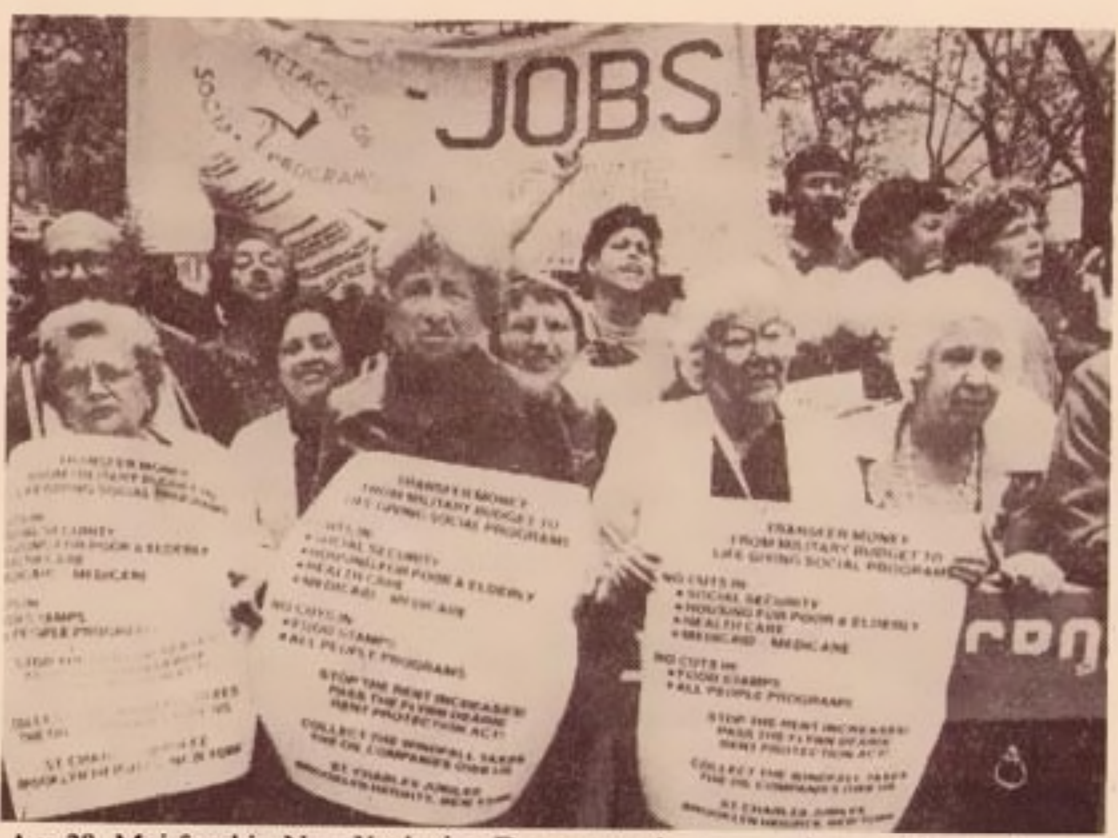
(Eine weitere Folge behandelt die zwei Verstaatlichungsmodelle im Gutachten Alternative Wirtschaftspolitik und das EG-Strukturprogramm des IG-Metall-

Die Entwicklung der westdeutschen Stahlindustrie im letzten Jahrzehnt

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Rohstahlerzeug. in Mio. t	45,0	40,3	43,7	49,5	53,2	40,4	42,4	39,0	41,3	46,1	43,8
Beschäftigte in 1000	374	355	340	345	344	331	324	308	300	297	288
Produktivität/Arbeitsst. (Index)						100	105	107	118	128	124
Lohnstückk./Arbeitsst. (Index)						100	102	106	101	99	110
Rohstahlkapazität in Mio. t	53,1	57,9	57,0	58,8	60,4	62,9	65,8	67,7	68,9	69,0	69,2
Kapazitätsauslastung	84,4	69,2	76,7	84,2	88,1	64,3	64,4	57,6	59,9	66,7	63,4
Ausfuhr in Mio. t	7,1	7,2	7,8	10,0	13,6	8,8	8,0	8,3	9,6	10,0	
Exportquote	26,4	30,6	33,8	34,5	40,0	33,7	31,8	38,5	40,3	39,0	
Investitionen in Mrd. DM zu Preisen von 1970	2,4	3,1	3,1	2,0	1,7	2,2	2,7	1,6	1,1	1,4	
Erzeugerpr. (jährl. Veränder. i.%)	8,6	4,4	2,9	8,1	18,0	– 5,8	1,0	– 4,0	0,1	3,0	

Stahlkonzerne in Westdeutschland

	Rohstahl Mio. t 1979	Eigentumsverhältnisse	Industriekapital im Aufsichtsrat	Bankkapital im Aufsichtsrat/ Depositenstimmen in Klammern
Arbed	5,9			
Hoesch	6,0	57% Hoogovens 43% Streubesitz	Siemens, AEG, Babcock, VW	Deutsche Bank (30%)
Klöckner	5,0	25% Familie Klöckner 75% Streubesitz	–	Deutsche Bank, Bank für Gemeinwirtschaft (60%)
Krupp	5,4	58% Krupp-Stiftung 42% Staat Iran	Veba, RAG, Grundig	Dresdner Bank, Bank für Gemeinwirtschaft (–)
Mannesmann	4,3	100% Streubesitz	Siemens, Daimler-Benz, Voith	Deutsche Bank, Westdeutsche Landesbank, u.a. (77%)
Salzgitter	4,3	100% bundeseigen	Siemens, Daimler-Benz	Deutsche Bank, Bank f. Gemeinwirtsch. (–)
Thyssen	12,4	5% Allianzversicherung 9% Thyssen-Stiftung 20% Familie Thyssen 66% Streubesitz	Siemens, VW	Deutsche Bank, Dresdner Bank, Bank für Gemeinwirtschaft (69%)



Am 28. Mai fand in New York eine Demonstration von mehreren Tausend gegen das Programm Reagans zur Kürzung von Sozialleistungen statt. In New York wird dieses Programm zu besonders gravierenden Konsequenzen führen. Zu der Demonstration hatten mehrere Gewerkschaften, u.a. des Krankenhauspersonals, der in der Stadtverwaltung Beschäftigten und der Automobilarbeiter aufgerufen. Auf den Plakaten wird die Übertragung von Geldern aus dem Militärhaushalt in die Sozialprogramme, keine Kürzung der Sozialleistungen und Wiedereinführung der Sondersteuern auf die Profite der Ölmonopole gefordert.

Strukturprogramm beschlossen – Gewerkschaft vergibt Chance

Rolle des Iraners im Aufsichtsrat / Differenzen der Betriebsräte

ust.Bochum. Am 10.6. hat der Aufsichtsrat von Krupp ein leicht verändertes Strukturprogramm bei der Gegenstimme des Rheinhausener Betriebsrats beschlossen nach dem Motto: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Sah das Vorstandskonzept den Abbau von insgesamt über 5000 Arbeitsplätzen in den Standorten Hagen, Bochum und Rheinhausen vor, sollen es jetzt erstmal „nur" 4000 sein. Der Vorstand hatte mit Riesenverlusten in diesem Jahr gedroht, wenn das Konzept nicht verwirklicht wird. Aber vielleicht der Reihe nach:

Wie berichtet, kam es auf der ersten Aufsichtsratssitzung am 13.5. zu keinem Beschluß über das Strukturprogramm des Vorstandes. Der Grund war aber nicht, wie wir in dem Artikel in der KVZ Nr. 21 geschrieben hatten, der Warnstreik von 8000 Arbeitern und Angestellten, sondern die Weigerung des Vertreters des Iran, der 25,01% Anteile besitzt, sich jetzt zu entscheiden, weil er die Unterlagen nicht rechtzeitig (d.h. 4 Wochen vor der Sitzung) bekommen hätte. Es deutete sich schon damals an, daß der Iraner mit der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat stimmen würde. Davon hat aber sowohl die Belegschaft als auch die Öffentlichkeit nichts erfahren, außer vielleicht einige Gerüchte.

Was sich dann nach dieser ersten Sitzung abspielte, kann man sich schmieriger nicht mehr denken: Einerseits begannen sowohl Krupp als auch die Betriebsräte, den Iraner zu bearbeiten, Vorstandsvorsitzender Gödde flog extra nach Teheran, konnte aber wohl nichts erreichen.

Gleichzeitig begann der Bochumer Betriebsrat, die Initiative zu ergreifen. Besprechungen mit der Landes- und Bundesregierung fanden statt. Diese wollten erst ein Konzept sehen, bevor Subventionen o.ä. in Frage kämen.

Das Konzept wurde vom Bochumer Betriebsrat prompt geliefert. Es entspricht offensichtlich dem, was jetzt auch verabschiedet worden ist. Wahrscheinlich wird Krupp dafür auch Gelder vom Bund kassieren, „erkämpft vom Betriebsrat". Wobei anscheinend die Hauptsorge des Bochumer Betriebsrats an dem ersten Konzept war, daß der im Herbst anlaufende UHP-Elektroofen bei der geplanten Stillegung der beiden Profilwalzstraßen nur noch an 3 Tagen ausgelastet wäre und so langfristig „Gefahr für den Stahlstandort Bochum" bestünde. Das neue Konzept sieht also vor, daß die 2 Straßen in Bochum und die Stabstahl- und Drahtstraßen in Hagen von 3 auf eine Schicht runtergefahren werden bei entsprechender Reduzierung der Belegschaft. Zur weiteren Entwicklung heißt es in einer Information des Betriebsrats: „Die weitere Reduzierung der Arbeitsweisen der Straßen 1/2 im Sinne des Strukturkonzepts soll erfolgen, wenn sich dies als wirtschaftlich erweist." Was Reduzierung bei einer Schicht heißt, ist klar und offensichtlich schon ins Auge gefaßt. Die Stillegung der Mittelstahlstraße in Rheinhausen mit 900 Mann und der „Abbau" von 15% der Angestellten sollen wie ursprünglich geplant durchgeführt werden. Investiert werden soll in Bochum eine Durchlaufglühe für dünne Autobleche und eine Langschmiedemaschine. Das ganze soll „möglichst" ohne Entlassungen über die Bühne gehen.

Nachdem sich der Bochumer Betriebsrat mit dem Vorstand über dieses Konzept geeinigt hatte, gab er es dem Vorstand schriftlich, daß er im Aufsichtsrat dafür stimmen würde. Damit war den anderen betroffenen Betriebsräten die Pistole auf die Brust gesetzt. Hagen stimmte dann schweren Herzens zu, um wenigstens erstmal die eine Schicht zu retten. Der Iraner stimmte zu, weil die Mehrheit der Arbeitnehmer dafür war. Übrig blieb der Betriebsrat von Rheinhausen, wo das ursprüngliche Konzept durchgezogen wird, der dagegen stimmte. Über einen weiteren Grund, warum der Bochumer Betriebsrat dieses Spiel mitgespielt hat, gibt es Spekulationen. Zwecks Erhaltung der „Stahlbasis Bochum" und der Auslastung des UHP-Ofens könnte dem Betriebsrat in Aussicht gestellt worden sein, auf Dauer die Elektroöfen in Siegen-Geisweid und damit das ganze dortige Werk dichtzumachen und die Produktion nach Bochum zu übernehmen. Dann hätte Krupp auch sein Ziel erreicht: Edelstahlstandort Bochum, Roheisen- und Massenstahlstandort Rheinhausen. Ob da was dran ist, ist aber noch nicht raus.

Tatsächlich hätten es die IG Metall und deren Betriebsräte diesmal in der Hand gehabt, mit Hilfe des Iraners das Vorstandskonzept völlig vom Tisch zu kriegen, sie wollte es nicht. Stattdessen hatte Judith (Mitglied des IGM-Vorstandes und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp) es noch nötig, gegen den Iran zu hetzen, dort wären nicht mal freie Gewerkschaften zugelassen, solche Hilfe bräuchten sie nicht. In der Belegschaft wurde das Verhalten des Iran, soweit bekannt, begrüßt.

Verfassungsgericht verbietet Zutritt der Gewerkschaften

vol. In einem Urteil zum Zutrittsrecht der Gewerkschaften in Einrichtungen der Kirche hat das Verfassungsgericht diesen Zutritt als verfassungswidrig untersagt. Mit dem Urteil ist eine eingeschränkte Interpretation des Artikels 9 Grundgesetz zur Koalitionsfreiheit verbunden. Die Koalitonsfreiheit (das Recht auf Zusammenschluß, z.B. in Gewerkschaften) gebe nicht die Grundlage für ein Zutrittsrecht der Gewerkschaften in Betriebe, um Mitglieder zu werben, zu informieren oder sie durch sachkundigen Rat in ihren Kämpfen zu unterstützen. Damit wird das Zutrittsrecht der Gewerkschaften bei allen Betrieben nur noch möglich zur Wahrnehmung der im Betriebsverfassungsgesetz genannten Aufgaben (§2 BVG). Da für die Kirchen das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt, haben dort die Gewerkschaften überhaupt kein Zutrittsrecht. Das Verfassungsgericht hat damit ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das die Koalitonsfreiheit ausgedehnter interpretiert hat, aufgehoben. Die ÖTV hat das Urteil scharf kritisiert.

Japans Gewerkschaften wollen 5-Tage-Woche durchsetzen

thf. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 2146 Stunden (1722 in Westdeutschland) wollen die japanischen Gewerkschaften auf 2000 Stunden senken. Zum einen soll die Arbeitswoche strikt auf fünf Tage begrenzt werden, zum anderen soll der Jahresurlaub verlängert und der jetzt schon tariflich zustehende voll ausgeschöpft werden. Zur Zeit nimmt nicht ein Viertel der Beschäftigten 90% des Urlaubs. Die 5-Tage-Woche ist offiziell bei 46% der Betriebe eingeführt

Recht auf Zusammenschluß, z.B. in Gewerkschaften) gebe nicht die Grundlage für ein Zutrittsrecht der Gewerkschaften in Betriebe, um Mitglieder zu werben, zu informieren oder sie durch sachkundigen Rat in ihren Kämpfen zu unterstützen. Damit wird das Zutrittsrecht der Gewerkschaften bei allen Betrieben nur noch möglich zur Wahrnehmung der im Betriebsverfassungsgesetz genannten Aufgaben (§2 BVG). Da für die Kirchen das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt, haben dort die Gewerkschaften überhaupt kein Zutrittsrecht. Das Verfassungsgericht hat damit ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das die Koalitonsfreiheit ausgedehnter interpretiert hat, aufgehoben. Die ÖTV hat das Urteil scharf kritisiert.

Japans Gewerkschaften wollen 5-Tage-Woche durchsetzen

thf. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 2146 Stunden (1722 in Westdeutschland) wollen die japanischen Gewerkschaften auf 2000 Stunden senken. Zum einen soll die Arbeitswoche strikt auf fünf Tage begrenzt werden, zum anderen soll der Jahresurlaub verlängert und der jetzt schon tariflich zustehende voll ausgeschöpft werden. Zur Zeit nimmt nicht ein Viertel der Beschäftigten 90% des Urlaubs. Die 5-Tage-Woche ist offiziell bei 46% der Betriebe eingeführt,
aber nur in 6% wird tatsächlich 5 Tage gearbeitet. Im diesjährigen Tarifkampf sind die Gewerkschaften in der Arbeitszeitfrage noch nicht vorangekommen.

4,9%-Abschluß in der Chemieindustrie

acm. Am Freitag der letzten Woche wurde bei den Schlichtungsverhandlungen für den Tarifbereich Rheinland-Pfalz zwischen der IG Chemie und den Chemiekapitalisten ein Tarifergebnis von 4,9% bei 12 Monaten Laufzeit vereinbart. Nach Feststellung der IG Chemie „im Grundsatz dem vor einigen Wochen nach monatelangem Tarifkampf gefundenen Abschluß in der Metallindustrie" ähnlich. Es fehlen aber die Einmalzahlungen. Für Handwerker und Facharbeiter wurde noch eine Mindestverdienstklausel durchgesetzt, wonach diese im Zeitlohn ab 1. Oktober mindestens 5 Pfg. pro Stunde mehr als den Tarifstundenlohn erhalten. Das Tarifergebnis wurde in den anderen Tarifbezirken mit insgesamt 600000 Beschäftigten übernommen.

Aussperrung der dänischen Drucker und Setzer beendet

bag. Mit 5097 Ja-Stimmen gegen 4742 Nein-Stimmen bei einer Abstimmungsbeteiligung von 91,6% haben die dänischen Drucker und Setzer nach fast dreimonatiger Aussperrung einen neuen Tarifvertrag angenommen. Der Vorstand der Typographengewerkschaft hatte mit 13 Mitgliedern Annahme empfohlen, mit 13 anderen Ablehnung. In der Hauptstadt, in der kampfstarken Belegschaft des Zeitungskonzerns Berlingske Tidende, sagten bei der Urabstimmung 2525 (gegen 1473) Nein. – Der Tarifvertrag enthält keine wesentlichen Zugeständnisse an die Forderungen der Drucker und Setzer nach einem Technologieabkommen, das, zusammen mit der Lohnfrage, der Kernpunkt des langen Arbeitskampfes war. Daß trotzdem eine knappe Mehrheit für die Annahme des Vertrags zustandekam, hat meiner Meinung nach 2 Gründe. Zum einen haben die Drucker und Setzer während der Aussperrung von knappen Darlehen aus den Gewerkschaftskassen leben müssen; zum anderen hat die dänische Gewerkschaftsbewegung, die den Kampf ansonsten ökonomisch unterstützte, keine politische Einheit zum Problem Einführung neuer Technologie/Arbeitslosigkeit herstellen können. Der Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft ist den Druckern und Setzern schon in der ersten Woche der Aussperrung mit dem Vorwurf der Maschinenstürmerei in den Rücken gefallen, ähnlich der Vorstand des Lithographenverbandes. Zum Teil hat wohl der kompromißbereite Technologieabkommensvorschlag des Typographenverbandes selbst (vgl. Materialheft 5/81) die politische Einheit erschwert. Der Kampf geht jetzt in lokalen Verhandlungen um Haustarife weiter.

NL-Gewerkschaften: Friedens- statt Rüstungsproduktion

acm. Der holländische Gewerkschaftsverband FNV will im Rahmen um die Auseinandersetzung von Abrüstung und Entspannung die Möglichkeit von einer Umschaltung von Rüstungsproduktion zur Friedensproduktion untersuchen. Man wolle damit auch verhindern, daß in der gegenwärtigen Krise unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit

des Vertrags zustandekam, hat meiner Meinung nach 2 Gründe. Zum einen haben die Drucker und Setzer während der Aussperrung von knappen Darlehen aus den Gewerkschaftskassen leben müssen; zum anderen hat die dänische Gewerkschaftsbewegung, die den Kampf ansonsten ökonomisch unterstützte, keine politische Einheit zum Problem Einführung neuer Technologie/Arbeitslosigkeit herstellen können. Der Vorstand der Metallarbeitergewerkschaft ist den Druckern und Setzern schon in der ersten Woche der Aussperrung mit dem Vorwurf der Maschinenstürmerei in den Rücken gefallen, ähnlich der Vorstand des Lithographenverbandes. Zum Teil hat wohl der kompromißbereite Technologieabkommensvorschlag des Typographenverbandes selbst (vgl. Materialheft 5/81) die politische Einheit erschwert. Der Kampf geht jetzt in lokalen Verhandlungen um Haustarife weiter.

NL-Gewerkschaften: Friedens- statt Rüstungsproduktion

acm. Der holländische Gewerkschaftsverband FNV will im Rahmen um die Auseinandersetzung von Abrüstung und Entspannung die Möglichkeit von einer Umschaltung von Rüstungsproduktion zur Friedensproduktion untersuchen. Man wolle damit auch verhindern, daß in der gegenwärtigen Krise unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit
die Zahl der Rüstungsbetriebe- und Aufträge weiter steigt. Ca. 20000 sind in der Rüstungsindustrie direkt beschäftigt. Holland hat seinen internationalen Waffenhandel (vor allem auch Schiffbau) in den letzten Jahren ausgedehnt. Die Gewerkschaft will durch Schaffung von alternativen Produktionen die Arbeit der Beschäftigten sichern.

Schwedische Gewerkschaften Streikbegrenzung soll bleiben.

coi. Der Kongreß der schwedischen Metallarbeitergewerkschaft hat die 7 Anträge abgelehnt, die Gewerkschaft solle für die Abschaffung des Rechts der Kapitalisten eintreten, „wild" streikende Arbeiter zu entlassen. Trotz der kürzlichen Entlassung der für Lohnerhöhung streikenden Arbeiter eines Zementwerkes, die große Empörung ausgelöst hat, verteidigte der Gewerkschaftsvorsitzende die neuen Arbeitsmarktgesetze, die Entlassungen nur im Ausnahmefall und erst nach langer Streikdauer zuließen, was auch dem Schutz der Interessen der gesamten Gewerkschaftsbewegung vor Sonderinteressen kleinerer Gruppen von Lohnabhängigen diene. „Wie soll man anders einen Konflikt lösen, wenn z.B. eine kleine Gruppe Programmierer in einem Metallbetrieb in einen Streik für höheren Lohn tritt? Zum Schluß ist die Entlassung vielleicht die einzige Lösung." Andererseits sprach sich der Kongreß für die Abschaffung der Friedenspflicht nach Abschluß des zentralen Abkommens zwischen LO und Kapitalistenverband aus, um während der Branchenverhandlungen streiken zu können.

Weiter Warnstreiks gegen 4,9%-Angebot im Einzelhandel

hek. Bei den schlechten Tarifen würden Verkäufer im 8. Berufsjahr (ca. 1835 DM) nur 85 DM, im 1. Berufsjahr (1200 DM) nur 58 DM mehr bekommen. Dagegen haben in Hessen, Baden-Württemberg, Bremerhaven und Bremen über 12000 Warnstreiks durchgeführt. Weit mehr haben an Betriebsversammlungen teilgenommen, oft erstmals vollständig während der Ladenöffnungszeit bei geschlossenem Laden. In Bremen demonstrierten am 10.6. während des Streiks 1500 Beschäftigte verschiedener Betriebe (Bild). Die Aktionen wurden von der Gewerkschaft HBV und der DAG organisiert. Beide haben in NRW die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Für Hamburg wird

Was sich dann nach dieser ersten Sitzung abspielte, kann man sich schmieriger nicht mehr denken: Einerseits begannen sowohl Krupp als auch die Betriebsräte, den Iraner zu bearbeiten, Vorstandsvorsitzender Gödde flog extra nach Teheran, konnte aber wohl nichts erreichen.

Gleichzeitig begann der Bochumer Betriebsrat, die Initiative zu ergreifen.

gung der Mittelstahlstraße in Rheinhausen mit 900 Mann und der „Abbau" von 15% der Angestellten sollen wie ursprünglich geplant durchgeführt werden. Investiert werden soll in Bochum eine Durchlaufglühe für dünne Autobleche und eine Langschmiedemaschine. Das ganze soll „möglichst" ohne Entlassungen über die Bühne gehen.

kriegen, sie wollte es nicht. Stattdessen hatte Judith (Mitglied des IGM-Vorstandes und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Krupp) es noch nötig, gegen den Iran zu hetzen, dort wären nicht mal freie Gewerkschaften zugelassen, solche Hilfe bräuchten sie nicht. In der Belegschaft wurde das Verhalten des Iran, soweit bekannt, begrüßt.

Weiter Warnstreiks gegen 4,9%-Angebot im Einzelhandel

hek. Bei den schlechten Tarifen würden Verkäufer im 8. Berufsjahr (ca. 1835 DM) nur 85 DM, im 1. Berufsjahr (1200 DM) nur 58 DM mehr bekommen. Dagegen haben in Hessen, Baden-Württemberg, Bremerhaven und Bremen über 12000 Warnstreiks durchgeführt. Weit mehr haben an Betriebsversammlungen teilgenommen, oft erstmals vollständig während der Ladenöffnungszeit bei geschlossenem Laden. In Bremen demonstrierten am 10.6. während des Streiks 1500 Beschäftigte verschiedener Betriebe (Bild). Die Aktionen wurden von der Gewerkschaft HBV und der DAG organisiert. Beide haben in NRW die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Für Hamburg wird am 19.6. weiter verhandelt. Weitere Warnstreiks werden vorbereitet.



Abkommen gegen Arbeitslosigkeit in Spanien

Arbeitsplatzgarantie des Staates / Lohneinbußen in der Industrie und im öffentlichen Dienst

thf. 350000 Arbeitsplätze sollen das Ergebnis eines Abkommens zur Beschäftigungspolitik in Spanien sein. Abgeschlossen haben es die Regierung, der Kapitalistenverband und zwei große Gewerkschaften, der sozialistische Allgemeine Arbeiterverband (UGT), der ungefähr 29% der organisierten Arbeiter und Angestellten in seinen Reihen hat, und die kommunistischen Arbeiterkommissionen (CCOO), die 30% der gewerkschaftlich Organisierten zusammenschließen.

Die Regierung verpflichtet sich in diesem Abkommen, im Jahre 1982 350000 Arbeitsplätze zu schaffen und damit den erwarteten Neuzugang an Arbeitslosen zu kompensieren. Gegenwärtig gibt es in Spanien nach Angaben des Arbeitsministeriums 1,53 Millionen Arbeitslose. 200000 Arbeitslose, deren Untersützung abgelaufen ist oder die bisher keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten, sollen Arbeitslosenhilfe bekommen. Außerdem soll ein Fond von 15 Milliarden Pesetas geschaffen werden, aus dem für dringende Fälle Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Den Kapitalisten wird ihre Quote an der Sozialverischerung um ein Prozent gesenkt, dafür steigert der Staat seinen Beitrag von 150 auf 350 Millionen Pesetas. Vorhaben, die in diesem Zusammenhang noch eine Rolle spielen, sind in nächster Zeit die Verrentung mit 64 Jahren statt 65, sowie Absprachen des Kapitalistenverbandes und des Nationalen Institutes für Beschäftigung zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, im kommenden Jahr keine höheren Lohnforderungen als zwischen 9 und 11% zu stellen. Die Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten sollen um 9% und die Renten um 10% erhöht werden. Diese Zahlen sind unter Erwartung einer Inflationsrate von 12% festgelegt worden. Alle sechs Monate soll eine Überprüfung sicherstellen, daß die Lohnerhöhungen nicht mehr als zwei Prozent hinter den Preissteigerungen zurückbleiben.

Das Abkommen ist das erste seit 1978, in das die Regierung und die CCOO einbezogen sind, seitdem hat es solche Lohnabkommen nur zwischen der UGT und dem größten Kapitalistenverband gegeben.

Was hat die Gewerkschaften bewogen, diesen hohen Preis von bis zu 2% Lohneinbußen für noch wenig gesicherte positive Ergebnisse zu zahlen? Bestimmt auch der Druck der Arbeitslosigkeit, eine Rate von 12,6%, schafft große Probleme für jeden gewerkschaftlichen Kampf, da mag die eine oder andere Zusicherung als Erleichterung erscheinen und kann es ja auch sein. Natürlich sagt die Garantie von 350000 neuen Arbeitsplätzen, die der Staat schafft, noch nichts über die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigtenrate. Positiv ist aber, wenn es eine Ausdehnung des Arbeitslosengeldes gibt. Andererseits kann die Erhöhung der staatlichen Beiträge zur Sozialversicherung schnell dem Staat die Begründung für einen Griff auf den Nettolohn abgeben.

Bezüglich der früheren Verrentung und der Jugendarbeitslosigkeit sind es nur Vorhaben, in dem Abkommen sind Regierung und Kapitalisten in diesen Fragen nicht verpflichtet. Das ‚Handelsblatt' berichtet, von einem Minister sei das Abkommen als das schönste Geschenk an die Regierung bezeichnet worden. Weiter, so das ‚Handelsblatt', gehe die Regierung jetzt sehr entschlossen alle Probleme an. Das Abkommen war lange im Gespräch, sein Abschluß kann aber schon auch ein Eingehen auf das Werben um politische Ruhe nach dem Putschversuch sein.

Das Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz ist noch umstritten

Bei den Bedarfsplänen entscheiden die Länder / Mehr Rechte für die Kassen bei den Pflegesätzen / Von Helmut Veil

Am 5. Juni hat der Bundesrat einen dritten Entwurf zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes beraten, der nach dem am Widerstand der CDU/CSU-regierten Länder im letzten Sommer gescheiterten zweiten Entwurf im Vermittlungsausschuß vorbereitet worden war. Auch diesmal kam das als Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz titulierte Vorhaben der Bundesregierung nicht ohne Änderungswünsche weg. Minister Schlee (Baden-Württemberg) ging bereits davon aus, daß das Gesetz nicht zum 1. Januar 1982 in Kraft treten kann. Da der neue Entwurf aber übereinstimmend als ,,kompromißfähig", bezeichnet wurde, scheint er diesmal aber doch nicht endgültig auf der Strecke zu bleiben. Erklärtes Ziel – deshalb auch die Umbenennung in Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz – ist es, ,,die Aufwendungen der Sozialleistungsträger für Krankenhauspflege im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Einkommensentwicklung der Beitragszahler in der gesetzlichen Krankenversicherung zu halten". Genau das gleiche Korsett also, in das die übrigen Bereiche der Gesundheitsversorgung, vor allem der ambulante, bei den zweimal jährlichen Übungen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen schon laufend gezwängt werden. Das aus dem Jahre '72 stammende Gesetz bietet dazu ganz offensichtlich keine ausreichende Handhabe. 1972 bis 1976 waren die Ausgaben für Krankenhauspflege im Schnitt um jährlich 20% gestiegen, 1977 bis 1979 hielten sie sich ,,im Rahmen der Grundlohnentwicklung" 1980 lagen sie aber mit rund 9% wieder deutlich darüber – die Grundlohnsumme je Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhte sich nur um 5,5%.

Das 72er-Gesetz hatte eine zweispurige Finanzierung der Krankenhäuser eingeführt. Die Investitionskosten werden seitdem durch öffentliche Mittel (Steuern) und die laufenden Betriebskosten über die Pflegesätze (Krankenkassen) getragen. Vorher waren die beiden Bereiche im Pflegesatz zusammengefaßt, der aber war zu niedrig angesetzt, so daß alljährlich hohe Defizite entstanden, die dann durch Staatszuschüsse ausgeglichen wurden. Diese dauernde Unterdeckung beim Krankenhausbetrieb wirkte wie ein Aderlaß, es fehlten Mittel für Instandhaltung und Erneuerung der Bauten. Ende der 60er Jahre waren mehr als ein Drittel der Krankenhäuser älter als 50 Jahre. Zu Recht sehen es die Sozialdemokraten als Erfolg an, daß dieser Zustand seit 1972 beendet ist. Ob wegen oder trotz dieses Gesetzes, mag dahingestellt bleiben. Unter der Parole vom ,,klassenlosen Krankenhaus" wurden zahlreiche neue Krankenhäuser gebaut, alte abgerissen oder erneuert und die technische Ausstattung erheblich verbessert. Bis 1980 wurden 29 Milliarden Mark Steuergelder für Investitionen in Krankenhäuser verwandt, davon waren rund 7,5 Milliarden vom Bund. Die Zahl der Krankenhausbetten stieg von 690000 im Jahre 1971 auf 730000 im Jahre 1975, seitdem ist sie wieder auf 710000 gefallen. Die Zahl der Krankenhäuser nahm um rund 300 auf jetzt 3250 ab.

In ihrer Bilanz der Krankenhausfinanzierung der Jahre 1972 bis 1980 konzentriert sich die Bundesregierung auf die Krankenhausbedarfspläne, die von den Ländern aufgestellt werden. Erstens fehle es an Spezialeinrichtungen, z. B. für die Versorgung von Schwerstverbrannten, Querschnittsgelähmten, Strahlenverletzten, Rheuma- und Krebskranken oder zur Durchführung von Herzoperationen. Zweitens gäbe es trotz des Rückgangs von 15000 Betten für Akutkranke derer noch beträchtlich zu viele, die ,,die öffentliche Hand mit hohen Kosten belasten"! Drittens sei Bettendichte und Verweildauer in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich, wobei das Zusammentreffen von hoher Bettendichte (viele Betten) mit langer Verweildauer auffallend sei. Das führe zu sehr unterschiedlichen Ausgaben für Krankenhauspflege je Mitglied, z. B. 690 Mark in Schleswig-Holstein und 1030 Mark in Berlin (1979). Die einzelnen Bundesländer würden mit Krankenhäusern, die nicht in die Bedarfspläne aufgenommen worden sind, sehr unterschiedlich verfahren, einige würden sie schließen, andere würden auf Antrag der betroffenen Krankenhausträger weiter zugelassen.

Obwohl nirgends eindeutig ausgesprochen, war den Länderregierungen doch klar, was die Stunde geschlagen hat. Sie witterten, und hier mit besonders feiner Nase die CDU/CSU-regierten Länder, Kompetenzenentzug bei der Bedarfsplanung ohne finanzielle Entlastung. Noch von einer anderen Seite kamen sie unter Beschuß: durch die Bundesverbände der Krankenkassen, die völlig zu Recht reklamierten, daß sie sechsmal so viel wie Bund und Länder zusammen für die Krankenhäuser bezahlen, aber nur minimale Einwirkungsmöglichkeiten haben. Die Krankenkassen forderten Einspruchsmöglichkeiten bei der Bedarfsplanung und freies Aushandeln der Pflegesätze zwischen Kassen und Krankenhausträgern; die Rolle der Länder sollte nur noch im Bestätigen der ausgehandelten Pflegesätze bestehen. Der im Sommer 1980 an den Ländern gescheiterte Regierungsentwurf trug den Forderungen der Kassen sehr viel mehr Rechnung als den Befürchtungen der Länder. Er ging eindeutig in Richtung Ausschaltung der Länder und favorisierte die Stärkung der Position der Kassen. Seitdem rangeln die Länder um jedes Quentchen Kompetenz und um jede Mark, die sie den Kassen oder dem Bund aufhalsen wollen. Die Front verläuft zwischen CDU-Ländern auf der einen und Bunddesregierung/SPD-Ländern/Krankenkassen auf der anderen Seite.

Dabei besteht prinzipiell Einigkeit über das Ziel der Kostensenkung beim Krankenhausbetrieb, aber jeder Beteiligte hat über das Wie seiner Durchsetzung sehr unterschiedliche Vorstellungen. So ist der Widerstand der CDU-Länder gegen die Schließung kleinerer Krankenhäuser – sie konnten im neuen Entwurf einen ,,Bestandschutz" für alle seit vor 1972 bestehenden und nicht in die Bedarfspläne aufgenommenen Krankenhäuser verankern – Ausdruck recht enger Verbindung der CDU mit den Trägern frei-gemeinnütziger (meist kirchlicher) Krankenhäuser. Diese CDU-Position hat mehr mit Kirchturmspolitik als mit dem Einsatz für optimale Krankenhausversorgung zu tun. Diese Länder sträuben sich heftig gegen entscheidende Befugnisse der Kassen bei der Aufstellung der Krankenhausbedarfspläne und wollen das letzte Wort bei der Festsetzung der Pflegesätze behalten. Sie bestehen auch darauf, daß die Kassen die Ausbildung des Pflegepersonals voll über die Pflegesätze bezahlen, während die Bundesregierung sofort die Investitionskosten für Ausbildungsstätten aus Steuern einführen will und dies auch für den theoretischen Teil der Ausbildung ab Ende 1983 vorsieht. Dabei findet sie die Unterstützung der Kassen, die argumentieren, daß die Ausbildung Staatsaufgabe sei und nicht aus Versicherungsgeldern finanziert werden dürfe.

Durch die anhaltende Obstruktion der genannten Länder ist keine einschneidende Änderung an der Länderkompetenz bei der Bedarfsplanung im neuen Entwurf zu finden. Sie behalten die letzte Entscheidung, Krankenhäuser und Kassen sind lediglich frühzeitig zu informieren und in die Planung einzubeziehen. Gerade hier hatten die Kassen viel mehr erwartet. Sie waren überhaupt von Anfang an dafür eingetreten, daß sie in allen Fragen des Krankenhausbetriebs die eigentlich wichtigste Rolle zu spielen hätten. Ein gewisser Durchbruch scheint ihnen bei den Pflegesatzregelungen gelungen zu sein. Dort sind die Länder auf die Rolle des Schiedsrichters zurückgedrängt, der nur dann entscheiden kann, wenn sich Krankenhausträger und Kassen nicht über Pflegesätze einigen können. Aber hier steckt der Teufel im Detail, das im Entwurf noch nicht deutlich wird, weil Einzelheiten erst in einer neuen Bundespflegesatzverordnung verankert werden sollen. Die Devise heißt hier, ,,daß die Pflegesätze Anreize schaffen sollen, die Krankenhausleistungen medizinisch zweckmäßig und ausreichend zu erbringen". (Aus der Begründung des Regierungsentwurfs). Dagegen ist kaum etwas einzuwenden, auch nicht dagegen, daß die Anschaffung medizinisch-technischer Großgeräte unter benachbarten Krankenhäusern abgesprochen werden soll, um unnötige Kosten zu sparen. Aber da über die Pflegesätze die laufenden Krankenhauskosten abgedeckt sein müssen, und das sind zu über 70% Personalkosten, werden die alljährlichen Pflegesatzverhandlungen zugleich zu Kristallisationspunkten der Auseinandersetzung um die personelle Besetzung der Krankenhausabteilungen und zu einem Ort, an dem auch über Löhne gesprochen werden wird. Hier wird sich zeigen, ob die Krankenkassen die ihnen von der Bundesregierung zugedachte Rolle des reinen Kostendämpfers – vor allem mit gedämpfter Rücksicht auf die Belange der Patienten und des Personals – spielen, oder ob sie das Monopol der geballten Macht der Sozialversicherten zur wirtschaftlichen Sicherung *und* Verbesserung der Krankenversorgung einsetzen.

Die bisherigen Stellungnahmen, insbesondere die aus den Reihen der Ortskrankenkassen, sind da durchaus gemischt. Die Sache ist nicht entschieden, ungefähr so, wie sich das bei Dr. rer. pol. Michael Noetzel, dem Geschäftsführer der AOK Berlin, in einem Vortrag vor der Fachvereinigung der Verwaltungsleiter Deutscher Krankenanstalten am 17.10.1980 liest: ,,Die Ablehnung der ... KHG-Novelle ist für jedermann, der an den Dingen nicht vorbeireden will, erkennbar eine Ablehnung des Wirtschaftlichkeitsprinzips durch den Bundesrat und leider zum Teil auch durch die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Wer glaubt, dieser Weg ... sei der richtige Weg, der sollte sich die Frage stellen, ob er nicht auf dem besten Wege ist, uns den verwalteten Patienten zu bescheren und die Freiheit, in der alleine der Fortschritt gedeihen kann, zugunsten eines risikolosen Administrierens zu opfern ... Ich bin nicht der Meinung, daß die Humanität am Krankenhaus durch konsequente Anwendung moderner Betriebswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Genau das Gegenteil ist nach meiner Ansicht der Fall: Bei nebulöser Kostenrechnung gibt es keine echte Leistungsrechnung, und wo es keine echte Leistungsrechnung gibt, gibt es auch kein echtes Leistungsbewußtsein. Das Leistungsbewußtsein der Ärzte und aller anderen Mitarbeiter des Krankenhauses zu pflegen und zu verbessern, ist aber die beste Garantie für den Patienten, human behandelt zu werden. Natürlich geht das nicht ohne Wettbewerb. In einem Markt, der Leistungen für die Krankenhausbenutzer ohne spezielle Entgeltlichkeit abgibt, ist der Wettbewerb nur durch eine exakte Aufdeckung der Leistungs- und Kostenrelationen im pluralitären System erzielbar."

Die Krankenhausfinanzen werden, so sieht es der Entwurf vor, und dieser Punkt ist auch nicht umstritten, zukünftig in die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen aufgenommen. Positiv ist, daß die Pflegesätze für psychisch Kranke nicht mehr halbiert werden, sondern den üblichen Sätzen angeglichen sind.

Pläne zur Einführung der Beurteilungspflicht für Arbeiter, Angestellte und Beamte

B.L. Für den Sommer hat die Regierung die Einführung eines Beurteilungsverfahrens für alle Bundesdienststellen angekündigt. Bis Jahresende soll der Gesetzentwurf folgen. Inhalt dieser Planung: Möglichkeit von Lohnpausen, Kürzung der Gehälter bei ungenügender Leistung und verbindliche Leistungsbeurteilung im öffentlichen Dienst. Unisono hatten alle Parteien die Eröffnungsrede von Innenminister Baum vor dem Beamtenbund im Frühjahr (,,Angehörige des öffentlichen Dienst sind nicht frei von dem Ri-
sorgung, vor allem der ambulante, bei den zweimal jährlichen Übungen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen schon laufend gezwängt werden. Das aus dem Jahre '72 stammende Gesetz bietet dazu ganz offensichtlich keine ausreichende Handhabe. 1972 bis 1976 waren die Ausgaben für Krankenhauspflege im Schnitt um jährlich 20% gestiegen, 1977 bis 1979 hielten sie sich ,,im Rahmen der Grundlohnentwicklung" 1980 lagen sie aber mit rund 9% wieder deutlich darüber – die Grundlohnsumme je Mitglied in der gesetzli-
nung zu §26 BBes. Nach Bewertung ist Neueinstufung auf einen höheren oder niedrigeren Dienstposten zulässig.
– Seit 1978. Erprobungsphase von Befähigungs- und Leistungsbeurteilungen in den Bundesverwaltungen. Die Erprobungsphase ist dieses Jahr abgeschlossen.
– 1. Februar 1979. Bundeslaufbahnverordnung. Der Beamte muß seine Eignung für einen höherbewerteten Dienstposten in einer Erprobungszeit nachweisen. Damit wird die bisherigen Praxis, bei Übertragung eines höherbe-
Mark Steuergelder für Investitionen in Krankenhäuser verwandt, davon waren rund 7,5 Milliarden vom Bund. Die Zahl der Krankenhausbetten stieg von 690000 im Jahre 1971 auf 730000 im Jahre 1975, seitdem ist sie wieder auf 710000 gefallen. Die Zahl der Krankenhäuser nahm um rund 300 auf jetzt 3250 ab.
In ihrer Bilanz der Krankenhausfinanzierung der Jahre 1972 bis 1980 konzentriert sich die Bundesregierung auf die Krankenhausbedarfspläne, die von den Ländern aufgestellt werden.
kunft soll es für jeden Bediensteten zwei getrennte Arten von Beurteilungen geben: eine Befähigungs- (alle drei Jahre) und eine Leistungsbeurteilung (alle zwei Jahre). Die Befähigungsbeurteilung erfaßt die ,,Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, Motivationen und Interessen der Bediensteten aufgrund ihrer Leistungen und ihres Verhaltens am Arbeitsplatz. Bei der systematischen Erfassung der Fähigkeiten wird davon ausgegangen, daß menschliche Leistungen auf einer begrenzten Zahl relativ konstanter Fähig-
hat. Sie witterten, und hier mit besonders feiner Nase die CDU/CSU-regierten Länder, Kompetenzenentzug bei der Bedarfsplanung ohne finanzielle Entlastung. Noch von einer anderen Seite kamen sie unter Beschuß: durch die Bundesverbände der Krankenkassen, die völlig zu Recht reklamierten, daß sie sechsmal so viel wie Bund und Länder zusammen für die Krankenhäuser bezahlen, aber nur minimale Einwirkungsmöglichkeiten haben. Die Krankenkassen forderten Einspruchsmöglichkeiten bei der Bedarfsplanung
eine tarifvertragliche Regelung, die negativen Auswirkungen des Beurteilungswesens nicht beseitigt. Ob die Bundesregierung die Dienstrechtsreform durchsetzen kann oder nicht, hat erhebliche Konsequenzen. Nicht umsonst wird die Frage des Streikrechts verstärkt – nicht zuletzt nach dem Poststreik – aufgeworfen und beschlußmäßig gefordert.
Die im DGB-Grundsatzprogramm vom März 1981 aufgenommene Forderung nach einem einheitlichen Arbeitnehmerstatus für alle Beschäftigten im
tig gegen entscheidende Befugnisse der Kassen bei der Aufstellung der Krankenhausbedarfspläne und wollen das letzte Wort bei der Festsetzung der Pflegesätze behalten. Sie bestehen auch darauf, daß die Kassen die Ausbildung des Pflegepersonals voll über die Pflegesätze bezahlen, während die Bundesregierung sofort die Investitionskosten für Ausbildungsstätten aus Steuern einführen will und dies auch für den theoretischen Teil der Ausbildung ab Ende 1983 vorsieht. Dabei findet sie die Unterstützung der Kassen,
sern abgesprochen werden soll, um unnötige Kosten zu sparen. Aber da über die Pflegesätze die laufenden Krankenhauskosten abgedeckt sein müssen, und das sind zu über 70% Personalkosten, werden die alljährlichen Pflegesatzverhandlungen zugleich zu Kristallisationspunkten der Auseinandersetzung um die personelle Besetzung der Krankenhausabteilungen und zu einem Ort, an dem auch über Löhne gesprochen werden wird. Hier wird sich zeigen, ob die Krankenkassen die ihnen von der Bundesregierung zugedachte Rolle des reinen Kostendämpfers – vor allem mit gedämpfter Rücksicht auf die Belange der Patienten und des Personals – spielen, oder ob sie das Monopol der geballten Macht der Sozialversicherten zur wirtschaftlichen Sicherung und Verbesserung der Krankenversorgung einsetzen.
Die bisherigen Stellungnahmen, insbesondere die aus den Reihen der Ortskrankenkassen, sind da durchaus gemischt. Die Sache ist nicht entschieden, ungefähr so, wie sich das bei Dr. rer. pol. Michael Noetzel, dem Geschäftsführer der AOK Berlin, in einem Vortrag vor der Fachvereinigung der Verwaltungsleiter Deutscher Krankenanstalten am 17.10.1980 liest: ,,Die Ablehnung der ... KHG-Novelle ist für jedermann, der an den Dingen nicht vorbeireden will, erkennbar eine Ablehnung des Wirtschaftlichkeits-

Pläne zur Einführung der Beurteilungspflicht für Arbeiter, Angestellte und Beamte

B.L. Für den Sommer hat die Regierung die Einführung eines Beurteilungsverfahrens für alle Bundesdienststellen angekündigt. Bis Jahresende soll der Gesetzentwurf folgen. Inhalt dieser Planung: Möglichkeit von Lohnpausen, Kürzung der Gehälter bei ungenügender Leistung und verbindliche Leistungsbeurteilung im öffentlichen Dienst. Unisono hatten alle Parteien die Eröffnungsrede von Innenminister Baum vor dem Beamtenbund im Frühjahr (,,Angehörige des öffentlichen Dienst sind nicht frei von dem Risiko, bei sinkenden Leistungen weniger zu verdienen") begrüßt. SPD-Beamtenrechts-Experte Liedke war ,,an Baums Seite, wenn er bereit ist, alles bis zur letzten Konsequenz durchzudenken"; die CDU dafür, ,,über Folgen ausbleibender Leistung zu reden". Die Auseinadersetzung um die Einführung des Beurteilungswesens wird sowohl auf Seiten der Regierung wie auch der Gewerkschaften mit einiger Schärfe geführt. Die Bundesregierung will ein Stück Verwirklichung ihres alten Traums der Dienstrechtsreform. 1973 war die mit Vertretern des Vorstand der Esso AG, der Stahlwerke Südwestfalen AG, des Direktors von IBM, des Präsidenten der Oberfinanzdirektion München u.a. besetzte Kommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts mit dem Vorschlag hervorgetreten, den gesamten öffentlichen Dienst per Gesetz zu regeln, worunter im Klartext die Aufhebung der Tarifautonomie und des Streikrechts zu verstehen war. Die bisherige Bilanz dieser Vorschläge ist:

– *22. Mai 1975.* Verabschiedung des 2. BesVNG. Vereinheitlichung der Besoldungsgesetzgebung von Bund und Ländern. Abschaffung der Regelbeförderung; in Hessen des Eingangsamtes A6.
– *Dezember 1975.* Haushaltsstrukturgesetz: Abschaffung der Regelbeförderung und der Stellenbündelung.
– *1976:* Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform.
– *1977:* Zwischenbericht zu den Arbeiten zur Dienstrechtsreform.
– *9. Februar 1978.* Zweite Verordnung zu §26 BBes. Nach Bewertung ist Neueinstufung auf einen höheren oder niedrigeren Dienstposten zulässig.
– *Seit 1978.* Erprobungsphase von Befähigungs- und Leistungsbeurteilungen in den Bundesverwaltungen. Die Erprobungsphase ist dieses Jahr abgeschlossen.
– *1. Februar 1979.* Bundeslaufbahnverordnung. Der Beamte muß seine Eignung für einen höherbewerteten Dienstposten in einer Erprobungszeit nachweisen. Damit wird die bisherigen Praxis, bei Übertragung eines höherbewerteten Dienstpostens auch die Beförderung auszusprechen, verändert.

Das Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform formulierte folgende Ziele:
– Schaffung von Anforderungs- und Befähigungsprofilen. Das Anforderungsprofil soll für jeden Arbeitsplatz die wahrzunehmende Funktion, die zu verrichtende Arbeit, Schwierigkeit usw. analysieren; das Befähigungsprofil für jeden einzelnen Bediensteten festhalten, welche Kenntnisse und Fähigkeiten er besitzt.
– Leistungsüberprüfung und -beurteilung mit der grundsätzlichen Möglichkeit, bei Nichtübereinstimmung mit dem Befähigungsprofil die Umbesetzung auf einen geringer bewerteten Dienstposten mit geringerer Bezahlung auszusprechen. Beförderung nur bei entsprechender Leistung. Einführung eines einheitlichen Beurteilungswesens, das alle Bediensteten in regelmäßigen Zeitabständen kontrolliert.

Sachlich konzentriert sich der Angriff auf zwei Punkte: Änderung des Besoldungsgefüges mit dem Ziel der späteren Verbindlichkeit im gesamten öffentlichen Dienst und Einführung eines Beurteilungswesens. Die damit verbundene Intensivierung der Arbeit ist absehbar. Jede Leistungsbeurteilung zieht die Gefahr von Abgruppierung, Umsetzung, Nichtbeförderung usw. nach sich. Nach den gesetzlichen Bestimmungen unterliegen die Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten einer Beurteilungspflicht; für Angestellte und Arbeiter gibt es die Beurteilungspflicht tarifvertraglich nicht. In Zukunft soll es für jeden Bediensteten zwei getrennte Arten von Beurteilungen geben: eine Befähigungs- (alle drei Jahre) und eine Leistungsbeurteilung (alle zwei Jahre). Die Befähigungsbeurteilung erfaßt die ,,Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, Motivationen und Interessen der Bediensteten aufgrund ihrer Leistungen und ihres Verhaltens am Arbeitsplatz. Bei der systematischen Erfassung der Fähigkeiten wird davon ausgegangen, daß menschliche Leistungen auf einer begrenzten Zahl relativ konstanter Fähigkeiten beruhen. Die wichtigsten von ihnen, die beobachtbar und weitgehend ‚eindimensional' sind, wurden zusammengestellt" (aus dem Bericht der Studienkommission). Bei der Leistungsbeurteilung gelten als Obermerkmale die Kriterien Richtigkeit, Termingerechtigkeit, Relation zwischen Aufwand und Erfolg (rationelles Arbeiten, Effektivität), Verwertbarkeit, Arbeitsmenge in der Zeiteinheit. Diese Kriterien werden bis hin zu 20 Untermerkmalen aufgegliedert, z.B. Arbeitsmenge: Einhalten des Pensums, Übernahme von zusätzlichen Arbeiten usw. Die Benotung erfolgt nach der Gaußschen Normalverteilung und ist von vornherein festgelegt: 5% erhalten die Note A (entspricht nicht den Leistungserwartungen = die Leistung ist nicht brauchbar); 20% Bewertung B (entspricht im wesentlichen den Leistungserwartungen = die Leistung kann noch als brauchbar angesehen werden) 40% Note C (die Leistung ist uneingeschränkt brauchbar); 25% D (übertrifft die Leistungserwartungen teilweise); 15% Note E (übertrifft die Leistungserwartung erheblich) und 5% die Note eins (F) = Spitzenleistung. Die Noten A und B eröffnen dem Dienstherrn das Recht zu Abgruppierung, Versagung von Alterszulagen usw., d.h. 25% der Bediensteten stehen nach dieser ,,Verteilung" abschußreif für die Dienstaufsicht.

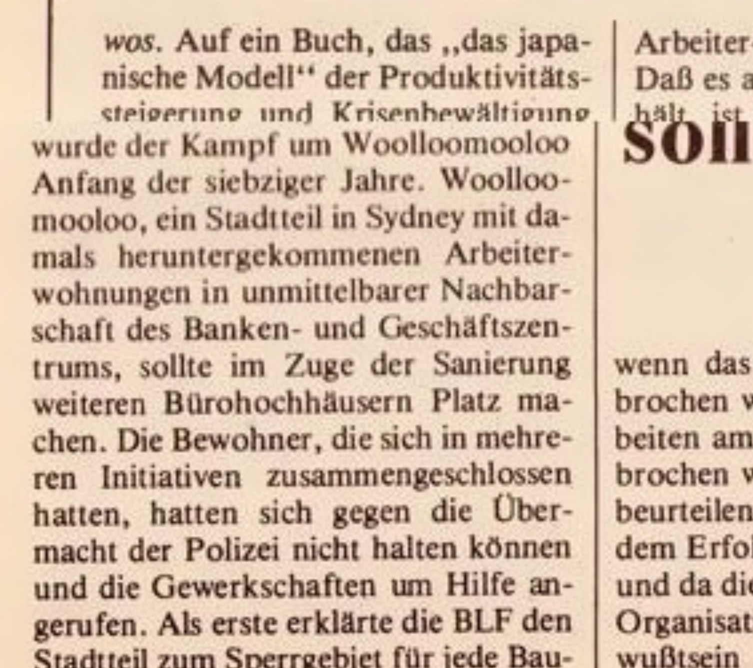
Durch Beschluß des 9. Gewerkschaftstages der ÖTV ist der Hauptvorstand aufgefordert, mit allen Mitteln der Einführung des Beurteilungswesens entgegenzutreten, wobei ausdrücklich festgehalten wird, daß auch eine tarifvertragliche Regelung, die negativen Auswirkungen des Beurteilungswesens nicht beseitigt. Ob die Bundesregierung die Dienstrechtsreform durchsetzen kann oder nicht, hat erhebliche Konsequenzen. Nicht umsonst wird die Frage des Streikrechts verstärkt – nicht zuletzt nach dem Poststreik – aufgeworfen und beschlußmäßig gefordert.

Die im DGB-Grundsatzprogramm vom März 1981 aufgenommene Forderung nach einem einheitlichen Arbeitnehmerstatus für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst drückt das klassenkämpferische Bewußtsein innerhalb der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aus. Noch bis 1966 war der DGB in seinem beamtenpolitischen Programm von der Erhaltung des herkömmlichen Berufsbeamtentums als Bestandteil der Gewerkschaftspolitik ausgegangen. Von daher hängt von der Verhinderung der Einführung des Beurteilungswesens einiges ab, sowohl was die Durchsetzung der langfristigen Pläne der Regierung betrifft, wie auch als Schritt gegen Lohnsenkung und zunehmende Intensivierung in den Dienststellen, wovon gerade der einfache und mittlere Dienst bei der Post und Bahn betroffen wäre. Es ist von daher günstig, wenn jetzt aufgrund des Beschlusses des Gewerkschaftstages in den einzelnen Bezirken Aktivitäten zur Verhinderung der Einführung des Beurteilungswesens unternommen werden.

Die Kreisverwaltung Hannover hat in einem Flugblatt informiert und zur Durchführung von Betriebs- und Personalversammlungen gegen das Beurteilungswesen aufgefordert. Im März wurde in Frankfurt eine Arbeitskonferenz der Gewerkschaften ÖTV, Post, GdED, Landwirtschaft und Forsten, Polizei und GEW zur Dienstrechtsreform durchgeführt. Vorschläge dieser Konferenz waren die Information der Mitglieder, Personalversammlungen und gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst gegen die Einführung des Beurteilungswesens, Streikrecht und einheitliches Recht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Australien

Eine klassenbewußte Gewerkschaft soll zerschlagen werden



mat.Sydney. Ende Mai letzten Jahres beantragte der Verband der Bauunternehmer im australischen Staat Victoria beim Arbeitsgericht die Einfügung einer Klausel in den Tarifvertrag, die den Gewerkschaften Boykott von Baustellen, Gerät oder einzelnen Arbeiten bei Strafe verbietet. Fünf Tage später zogen 2000 Bauarbeiter durch Melbourne zum Gebäude des Unternehmerverbands. Boykotts von Betonarbeiten und Gerüstbau legten in kurzer Zeit mehrere Baustellen still. Keine drei Wochen später war die Klausel aus dem Tarifvertrag wieder entfernt.

Boykott bestimmter Arbeiten ist ein von den australischen Gewerkschaften oft eingesetztes Mittel in industriellen Kämpfen. Meistens genügen wenige Fachkräfte, durch Stillegen eines wichtigen Teils der Produktion den gesamten Produktionsprozeß zu unterbrechen und die Kapitalisten dadurch empfindlich zu treffen. Werden die am Boykott unmittelbar beteiligten Arbeiter entlassen, dann wird ihr Lohn durch Umlage bei den übrigen finanziert. Auf diese Weise können die Gewerkschaften lange und wirkungsvoll Kämpfe durchstehen, obwohl die meisten über keine Streikkasse verfügen.

In der Bauwirtschaft wird die Taktik vor allem von der Builders' Labourers' Federation (BLF) seit langem erfolgreich angewandt. Die BLF, eine der acht Gewerkschaften im Baubereich, ist eine der militantesten Gewerkschaften. Ihre Aktionen beschränken sich nicht auf Tarifkämpfe allein. Bekannt wurde der Kampf um Woolloomooloo Anfang der siebziger Jahre. Woolloomooloo, ein Stadtteil in Sydney mit damals heruntergekommenen Arbeiterwohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft des Banken- und Geschäftszentrums, sollte im Zuge der Sanierung weiteren Bürohochhäusern Platz machen. Die Bewohner, die sich in mehreren Initiativen zusammengeschlossen hatten, hatten sich gegen die Übermacht der Polizei nicht halten können und die Gewerkschaften um Hilfe angerufen. Als erste erklärte die BLF den Stadtteil zum Sperrgebiet für jede Bautätigkeit und unterstützte die Besetzung geräumter Häuser. Zahlreiche Gewerkschaften schlossen sich an und nach dreijährigem Kampf konnte die Aktion siegreich beendet werden: Die Stadt mußte mit der Renovierung der Häuser beginnen. Heute ist Woolloomooloo einer der wenigen Stadtteile, wo gut erhaltener Wohnraum nahe beim Stadtzentrum zu Sozialmieten zur Verfügung steht.

Die gewählten Führer der BLF sind seit über einem Jahrzehnt Mitglieder der Kommunistischen Partei Australiens – Marxisten/Leninisten (CPA/ML). Die CPA/ML wurde 1964 von Mitgliedern der revisionistischen Kommunistischen Partei im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Als Partei hat sie von Anfang an konspirativ operiert und ist in der politisch wenig entwickelten australischen Arbeiterbewegung heute nicht mehr als eine Sekte, die auf die wachsende Kriegsgefahr mit immer offenerem Kurs der Vaterlandsverteidigung antwortet. Auswirkungen ihrer kleinbürgerlich-undemokratischen Parteistruktur sind in der BLF unschwer auszumachen: Aktionen werden von der BLF-Führung für jede Baustelle im Detail beschlossen und von den Mitgliedern weisungsgemäß durchgeführt. Ihre Taktik, von der BLF offiziell als „Guerillataktik“ bezeichnet, macht mitunter vor direkter Sabotage nicht Halt, zum Beispiel wenn das Schütten von Beton unterbrochen wird und die begonnenen Arbeiten am nächsten Tag wieder aufgebrochen werden müssen. Die Arbeiter beurteilen ihre Gewerkschaft aber nach dem Erfolg, den ihre Aktionen haben, und da die CPA/ML unter allen linken Organisationen am meisten Klassenbewußtsein bewahrt hat und sich ihre Mitglieder in der BLF-Führung nicht auf Parolen der Klassenversöhnung einlassen, ist die BLF eine erfolgreiche Gewerkschaft. Das erklärt, weshalb die Bauarbeiter Vertrauen in die Führung der BLF haben.

Die Erfolge der BLF muß sogar die bürgerliche Presse zugeben. Trotz sinkender Aufträge im Baugeschäft hat die BLF die in Australien verbreitete Praxis, einzelne Facharbeiter als „Selbständige“ zu beschäftigen, d.h. durch Vertragspreise für bestimmte Arbeiten Bestimmungen des Tarifs über Urlaub, Unfallschutz und Rente zu umgehen, im Baubereich unterbinden können, so daß heute allgemein über Tarif bezahlt wird, bei Einhaltung aller sonstigen Tarifbestimmungen. Als die Regierung vor einem Jahr einen Angriff auf die Regelungen der Unfallversicherung führte, konnte sie mit Streiks und Demonstrationen erreichen, daß die Kapitalisten in Abkommen mit der Gewerkschaft die Beibehaltung der alten Regelungen zusicherten (KVZ 6/80). Verzögerungen bei der Auszahlung der Versicherungsgelder, in anderen Branchen noch gang und gäbe, sind im Baubereich weitgehend verschwunden, nachdem die Arbeiter verschiedener Baustellen mit den betroffenen Kollegen mehrfach die Büros der Versicherungsgesellschaften besetzt hatten. So ist es kein Wunder, daß die Bourgeoisie wiederholt versucht hat, die BLF zu zerschlagen. Im Februar hat der damalige Arbeitsminister Peacock eine neue Initiative gestartet. Er hat angekündigt, daß der BLF die Registrierung beim Arbeitsgericht entzogen werden soll.

Für einen Gewerkschafter, der seine Erfahrungen in einer Industriegewerkschaft der BRD gesammelt hat, ist das australische System der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Registrierung von Gewerkschaften recht verwirrend. Theoretisch hat jede australische Gewerkschaft das Recht, Tarife und andere Übereinkünfte in direkten Verhandlungen mit den Kapitalisten auszuhandeln. In der Praxis ruft die eine oder andere Seite regelmäßig die staatliche Schiedskommission an, deren Spruch dann verbindlich ist und je nach Umfang und Entschlossenheit der gleichzeitig durchgeführten Aktionen besser oder schlechter ausfällt als das ursprüngliche Angebot. Die BLF ist nach demselben Prinzip verfahren und hat dank der Kampfentschlossenheit ihrer Mitglieder viel damit erreichen können. Voraussetzung für Verhandlungen vor der Schiedskommission ist Registrierung beim Arbeitsgericht. Wird die Registrierung entzogen, dann können die Kapitalisten versuchen, der betroffenen Gewerkschaft alle Verhandlungen zu verweigern, während sie gleichzeitig Verträge abschließen mit anderen in der Branche bestehenden Gewerkschaften. Dabei machen sie sich die Tatsache zunutze, daß das Prinzip der Industriegewerkschaft („Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“) in Australien nicht durchgesetzt ist und die in derselben Branche bestehenden Gewerkschaften von verschiedenen politischen Kräften kontrolliert werden und deshalb mitunter verschiedene Taktiken verfolgen. Hinter der geplanten Aberkennung der Registrierung der BLF steht also die Hoffnung, daß ihre Mitglieder der dann machtlosen BLF den Rücken kehren und anderen Gewerkschaften beitreten werden.

Die Aussichten dafür sind allerdings schlecht. 1971 hatte die BLF ihre Registrierung schon einmal verloren. Die Gewerkschaften hatten das zu Recht als Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt gesehen und waren übereingekommen, im Baubereich keine Anträge auf Wechsel der Gewerkschaft anzunehmen. Zahlreiche bis dahin unorganisierte Arbeiter traten in den folgenden Jahren der BLF bei, und 1976 mußte die Regierung ihre Registrierung wieder zulassen. Die Regierung hofft jetzt, die Auseinandersetzung um den Bau einer Omega-Bodenstation in Victoria nutzen zu können. Omega ist ein Navigationssystem, mit dem U-Boote ihre Position bestimmen können ohne aufzutauchen. Die geplante Station ist Teil des von den USA weltweit errichteten Navigationsnetzes. Als ihr Bau 1976 angekündigt wurde, hatte die BLF sie richtig als Teil der US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen bezeichnet und einen totalen Boykott über sie verhängt. Der Boykott war erfolgreich; außer dem Bauzaun ist bis heute nicht viel von der Station zu sehen. Seit einem Jahr zeichnet sich aber eine neue Lage ab. Die Regierung ist verstärkt unter Druck der USA, endlich den Bau voranzutreiben. Die BLF hat – teilweise infolge der neuen weichen Linie der CPA/ML gegenüber dem US-Imperialismus, um den sowjetischen Imperialismus abzuwehren – den Boykott aufgegeben und verlangt jetzt, daß alle Arbeiten nur von BLF-Mitgliedern gemacht werden. Das ist eine schlechte Position; denn ein großer Teil der Anlage besteht aus Stahlkonstruktionen für Sendetürme, die auf anderen Baustellen meist von Mitgliedern der Metallgewerkschaften ausgeführt werden.

Die Bundesregierung in Canberra wittert hier eine Chance, die Gewerkschaftsbewegung spalten zu können. Vom Gewerkschaftsbund in Neusüdwales, der von Labour kontrolliert wird, hat er sogar Schützenhilfe erhalten; dort wurde die Mitgliedschaft der BLF im Gewerkschaftsbund suspendiert wegen Abwerbung von Mitgliedern anderer Gewerkschaften, gegen die Stimme der betroffenen Metallarbeitergewerkschaft AMWSU. Trotzdem besteht in der Gewerkschaftsbewegung Einigkeit darüber, daß die Registrierung der BLF von allen verteidigt werden muß.

wos. Auf ein Buch, das „das japanische Modell“ der Produktivitäts-
Arbeiter-Typus“ (S. 7) zu zerstören. Daß es aktuell ist, neueste Zahlen ent-
Ein umfassendes Programm also, aber hier liegt bereits der erste Mangel:
MacArthurs, dem alliierten Oberkommandierenden, zuzuschreiben sind. (S.
Der Hauptmangel liegt im Ansatz der Autoren: Wenn richtig ist, den
soll zerschlagen werden
wurde der Kampf um Woolloomooloo Anfang der siebziger Jahre. Woolloomooloo, ein Stadtteil in Sydney mit damals heruntergekommenen Arbeiterwohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft des Banken- und Geschäftszentrums, sollte im Zuge der Sanierung weiteren Bürohochhäusern Platz machen. Die Bewohner, die sich in mehreren Initiativen zusammengeschlossen hatten, hatten sich gegen die Übermacht der Polizei nicht halten können und die Gewerkschaften um Hilfe angerufen. Als erste erklärte die BLF den Stadtteil zum Sperrgebiet für jede Bautätigkeit und unterstützte die Besetzung geräumter Häuser. Zahlreiche Gewerkschaften schlossen sich an und nach dreijährigem Kampf konnte die Aktion siegreich beendet werden: Die Stadt mußte mit der Renovierung der Häuser beginnen. Heute ist Woolloomooloo einer der wenigen Stadtteile, wo gut erhaltener Wohnraum nahe beim Stadtzentrum zu Sozialmieten zur Verfügung steht.
Die gewählten Führer der BLF sind seit über einem Jahrzehnt Mitglieder der Kommunistischen Partei Australiens – Marxisten/Leninisten (CPA/ML). Die CPA/ML wurde 1964 von Mitgliedern der revisionistischen Kom-
wenn das Schütten von Beton unterbrochen wird und die begonnenen Arbeiten am nächsten Tag wieder aufgebrochen werden müssen. Die Arbeiter beurteilen ihre Gewerkschaft aber nach dem Erfolg, den ihre Aktionen haben, und da die CPA/ML unter allen linken Organisationen am meisten Klassenbewußtsein bewahrt hat und sich ihre Mitglieder in der BLF-Führung nicht auf Parolen der Klassenversöhnung einlassen, ist die BLF eine erfolgreiche Gewerkschaft. Das erklärt, weshalb die Bauarbeiter Vertrauen in die Führung der BLF haben.
Die Erfolge der BLF muß sogar die bürgerliche Presse zugeben. Trotz sinkender Aufträge im Baugeschäft hat die BLF die in Australien verbreitete Praxis, einzelne Facharbeiter als „Selbständige“ zu beschäftigen, d.h. durch Vertragspreise für bestimmte Arbeiten Bestimmungen des Tarifs über Urlaub, Unfallschutz und Rente zu umgehen, im Baubereich unterbinden können, so daß heute allgemein
sucht hat, die BLF zu zerschlagen. Im Februar hat der damalige Arbeitsminister Peacock eine neue Initiative gestartet. Er hat angekündigt, daß der BLF die Registrierung beim Arbeitsgericht entzogen werden soll.
Für einen Gewerkschafter, der seine Erfahrungen in einer Industriegewerkschaft der BRD gesammelt hat, ist das australische System der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Registrierung von Gewerkschaften recht verwirrend. Theoretisch hat jede australische Gewerkschaft das Recht, Tarife und andere Übereinkünfte in direkten Verhandlungen mit den Kapitalisten auszuhandeln. In der Praxis ruft die eine oder andere Seite regelmäßig die staatliche Schiedskommission an, deren Spruch dann verbindlich ist und je nach Umfang und Entschlossenheit der gleichzeitig durchgeführten Aktionen besser oder schlechter ausfällt als das ursprüngliche Angebot. Die BLF ist nach demselben Prinzip verfahren und hat dank der Kampfentschlossen-
verschiedene Taktiken verfolgen. Hinter der geplanten Aberkennung der Registrierung der BLF steht also die Hoffnung, daß ihre Mitglieder der dann machtlosen BLF den Rücken kehren und anderen Gewerkschaften beitreten werden.
Die Aussichten dafür sind allerdings schlecht. 1971 hatte die BLF ihre Registrierung schon einmal verloren. Die Gewerkschaften hatten das zu Recht als Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt gesehen und waren übereingekommen, im Baubereich keine Anträge auf Wechsel der Gewerkschaft anzunehmen. Zahlreiche bis dahin unorganisierte Arbeiter traten in den folgenden Jahren der BLF bei, und 1976 mußte die Regierung ihre Registrierung wieder zulassen. Die Regierung hofft jetzt, die Auseinandersetzung um den Bau einer Omega-Bodenstation in Victoria nutzen zu können. Omega ist ein Navigationssystem, mit dem U-Boote ihre Position
kott aufgegeben und verlangt jetzt, daß alle Arbeiten nur von BLF-Mitgliedern gemacht werden. Das ist eine schlechte Position; denn ein großer Teil der Anlage besteht aus Stahlkonstruktionen für Sendetürme, die auf anderen Baustellen meist von Mitgliedern der Metallgewerkschaften ausgeführt werden.
Die Bundesregierung in Canberra wittert hier eine Chance, die Gewerkschaftsbewegung spalten zu können. Vom Gewerkschaftsbund in Neusüdwales, der von Labour kontrolliert wird, hat er sogar Schützenhilfe erhalten; dort wurde die Mitgliedschaft der BLF im Gewerkschaftsbund suspendiert wegen Abwerbung von Mitgliedern anderer Gewerkschaften, gegen die Stimme der betroffenen Metallarbeitergewerkschaft AMWSU. Trotzdem besteht in der Gewerkschaftsbewegung Einigkeit darüber, daß die Registrierung der BLF von allen verteidigt werden muß.

Buchrezension

„Arbeitsstaat Japan. Exportdrohung gegen die Gewerkschaften“

wos. Auf ein Buch, das „das japanische Modell“ der Produktivitätssteigerung und Krisenbewältigung vom *Standpunkt westdeutscher Gewerkschafter* her analysiert, haben sicher viele gewartet. Schließlich vergeht seit dem bösen Erwachen für die westdeutschen Automobilkapitalisten, hervorgerufen durch die Paukenschläge hochschnellender Importziffern bei japanischen Fahrzeugen, und seit der Japan-Reise des Wirtschaftsministers Lambsdorff mit seinen anschließenden Unverschämtheiten gegenüber den westdeutschen Arbeitern kaum ein Tag, an dem nicht mindestens im Wirtschaftsteil einer Zeitung die „Arbeitsleistung des japanischen Arbeiters“ usw. als vorbildhaft hingestellt wird. Daß jemand das japanische „Wirtschaftswunder“ vom Standpunkt der Arbeiterklasse her unter die Lupe nimmt, um damit die Position der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Grafen zu stärken, ist mir nicht bekannt. Jetzt also dieses Taschenbuch, das „vor allem für die Gewerkschaftsbewegung in der BRD“, so die Autoren, geschrieben wurde. Erfüllt es die Erwartungen?

Um es vorwegzunehmen: „Arbeitsstaat Japan“ sollte man auf jeden Fall lesen. Das Buch eignet sich durchaus, einiges über die tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter in Japan zu erfahren und damit gängige Klischees vom „anderen und besseren Arbeiter-Typus“ (S. 7) zu zerstören. Daß es aktuell ist, neueste Zahlen enthält, ist ebenfalls ein Vorteil. In fünf Abschnitten stellen die Autoren u.a. Material zu folgenden Themenbereichen zusammen: Arbeitsbedingungen, Lohnkampf, Gewerkschaftsbewegung, Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse; Wohnsituation (hier wird auch auf die Slums eingegangen); Rolle der Massenmedien (Organisation, Inhalte), Erziehungswesen („Bildungshölle“); Politik und Korruption, Einfluß der Monopole (zaibatsu) auf die Politik, Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechern; Minderheiten, wie Koreaner und Burakumin (d.h. „Nicht-Menschen“ japanischer Abstammung), Zen-Buddhismus als Krieger-Ideologie, Rolle der Frau; Verfassung und Aufrüstung; Atomenergiepolitik; Umweltzerstörung; Automatisierung durch Robotereinsatz.

Ein umfassendes Programm also, aber hier liegt bereits der erste Mangel: „Arbeitsstaat Japan“ ist wiederum ein nach Rundschlagmanier geschriebenes Japan-Buch, bloß diesmal – wie immer auch – von links. Folglich wird aus jedem Bereich nur kurz berichtet, keiner wird vertieft.

Mit diesem Rundschlag, von Atomreaktoren bis zur Stellung der Frau – anstatt sich z.B. auf die Arbeitsbedingungen zu konzentrieren – hängt auch zusammen, daß nach der Lektüre im Kopf des Lesers wiederum ein ziemlich geschlossenes Japan-Bild entstanden ist; dieses hat nichts zu tun mit dem beschönigenden Exotismus von Fernost-Freaks. Aber es ist statt in Weiß nun in Schwarz gemalt. Hier besteht deutlich die Gefahr, daß der Leser, was Japan betrifft, nur noch resignieren kann, so furchtbar ist alles. Dieser Eindruck hängt mit der Methode zusammen, die die Autoren verwenden: die japanische Nachkriegsgeschichte wird nicht als Geschichte von Klassenkämpfen begriffen, in denen die japanische Arbeiterbewegung zwar schwere Niederlagen einstecken mußte (dementsprechend gehen die Autoren auch nicht auf die Ursachen dieser konkreten Niederlagen ein), durch die sie aber auch Lehren ziehen konnte und teilweise gezogen hat. Es werden so nur die Phänomene als Resultate der geschichtlichen Entwicklung beschrieben, nicht aber, wie es zu diesen Resultaten jeweils gekommen ist. Positive Schritte fallen unter den Tisch, wie z.B. die Erfolge der Arbeiterbewegung unmittelbar nach 1945, die nicht – und das ist sachlich falsch – dem Wirken General MacArthurs, dem alliierten Oberkommandierenden, zuzuschreiben sind. (S. 87) Andererseits muß man den Eindruck gewinnen, daß Kämpfe der Bauern, der Fischer, der Bewohner einzelner Stadtviertel gegen die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen nicht stattgefunden haben. Der neue Flughafen Narita bei Tokyo wird zwar erwähnt (S. 86), nicht aber, daß es den Bauern in mehr als zehnjährigem erbittertem Kampf gelang, den Bau um Jahre zu verzögern. Das Kapitel über die Umweltzerstörung klingt so, als sei die japanische Bewegung hinter der westdeutschen zurückgeblieben, wo es doch, mindestens was den Zeitpunkt und die Fülle der Auseinandersetzungspunkte betrifft, gerade umgekehrt ist.

Bei dem seitens der Autoren als enorm konstatierten Einfluß faschistischer und kriegstreibender Kräfte versteht man nicht so recht, wieso Japan nicht schon wieder die aggressive Militärmacht Nr. 1 in Asien ist. Auch hier werden die politischen Gegenkräfte, wie auch die der Erscheinung nach veränderte Politik der Bourgeoisie nicht untersucht. Meiner Kenntnis nach ist auch die japanische Presse keineswegs „erstickend brav“ (S. 52) und völlig der Regierungspartei angepaßt. Nicht braver als die westdeutsche auch.

Überhaupt versäumen es die Autoren darzulegen, daß es viele der angeführten Erscheinungen – z.B. die Abhängigkeit der Kleinbetriebe von den Monopolen, den Patriarchalismus von Kapitalisten – *qualitativ* hier genauso gibt, daß also die Kritik hieran nicht allein auf Japan zutrifft.

Der Hauptmangel liegt im Ansatz der Autoren: Wenn richtig ist, den „Feudalismus am Fließband“ von einem internationalistischen, am Niveau erkämpfter Arbeiterrechte und Lebensbedingungen fortgeschrittener kapitalistischer Länder orientierten Standpunkt aus zu kritisieren, so ist doch falsch, nicht auf die Kräfte einer sozialistischen Umwälzung, die in Japan selber vorhanden sind, einzugehen. Denn diese Umwälzung oder Schritte dazu können gar nicht *in erster Linie* von außen kommen, wie die Autoren aber nahelegen, wenn sie schreiben, daß die hiesigen Gewerkschaften zusammen mit der Forderung nach Drosselung der Exporte auch die Forderung aufstellen sollen, „für die Arbeiter in Nippon dieselben sozialen Errungenschaften herzustellen, wie sie bei uns üblich sind“. (S. 8) Hand in Hand geht dies mit der Vorstellung, die japanischen Arbeiter seien u.a. aufgrund der Betriebsgewerkschaften *völlig* in das kapitalistische System integriert. Solche Art von Druck wird unvermeidlich eine nationalistische Reaktion auslösen, teilweise werden auch die japanischen Gewerkschaften so reagieren. Richtig wäre dagegen, Vorschläge zur Stärkung der praktischen Verbindungen zwischen der japanischen und der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Denn die Veränderung ihrer sozialen Zustände müssen die japanischen Arbeiter und Volksmassen schon *selbst* in die Hand nehmen.

Treffen und Festival in Westberlin:

Beispiele für Schüler- und Jugendtheater

jsc. Vom 5.6. – 13.6. fand in Westberlin das zweite Schülertheater-Treffen statt. Über 300 Gruppen aus dem Bereich des Schüler- und Jugendtheaters hatten sich um die Teilnahme beworben, 11 Gruppen nahmen dann schließlich an dem Treffen teil. Veranstalter war die Berliner Festspiele GmbH unter der Schirmherrschaft vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm. Es umfaßte neben den Aufführungen der Amateurgruppen ein Werkstatt-Programm, wo Sachen angeboten wurden wie Pantomimisches Grundtraining, Masken, Schminken, Ausdruck u. ä. Alle 11 Stücke sind Eigenproduktionen der Gruppen, zwei davon Pantomimentheater bzw. Theater mit Masken, die anderen sind mehr oder weniger Theater in ,,herkömmlicher Art''. Als Themen wurden behandelt: Jugendarbeitslosigkeit, Schulalltag, Jugend- und Generationsprobleme, Träume von Jugendlichen vom Aussteigen, Alltag im Jugendknast (das sind natürlich grobe Einteilungen; die Stücke sind vielschichtiger und interessanter als diese Schlagwörter erwarten lassen).

Als Ziel des Treffens wird im Vorwort des Programmhefts formuliert: ,,Das Treffen soll dem Schülertheater in der Bundesrepublik Auftrieb geben und neue Spielformen erschließen. Das Schülertheater-Treffen begreift sich als ein Ereignis, das dringend hinweisen möchte auf die Notwendigkeit, in der Schul- und Jugendarbeit, das Medium Spiel und Theater zu fördern; Spiel und Theater im Schul- und Jugendbereich zu begreifen als eine riesige Chance, den negativen Auswirkungen des Schulstresses und daraus resultierendem Konkurrenzdenken entgegenzuwirken . . .'' Fast parallel, vom 7. – 15. Juni, fand das 2. Internationale Kinder- und Jugendtheaterfestival statt. Somit traten diese beiden Kultur-Veranstaltungen in Konkurrenz zueinander (s. Kasten dazu), sicherlich weder förderlich für die Zuschauer noch für die jeweils beteiligten Theater-Gruppen. Organisiert wurde das Festival der Profi-Truppen vom Grips-Theater, vertreten waren Gruppen aus Italien, England, Niederlande und der Schweiz.

keit, Schulalltag, Jugend- und Generationsprobleme, Träume von Jugendlichen vom Aussteigen, Alltag im Jugendknast (das sind natürlich grobe Einteilungen; die Stücke sind vielschichtiger und interessanter als diese Schlagwörter erwarten lassen).

Als Ziel des Treffens wird im Vorwort des Programmhefts formuliert: ,,Das Treffen soll dem Schülertheater in der Bundesrepublik Auftrieb geben und neue Spielformen erschließen. Das Schülertheater-Treffen begreift sich als ein Ereignis, das dringend hinweisen möchte auf die Notwendigkeit, in der Schul- und Jugendarbeit, das Medium Spiel und Theater zu fördern; Spiel und Theater im Schul- und Jugendbereich zu begreifen als eine riesige Chance, den negativen Auswirkungen des Schulstresses und daraus resultierendem Konkurrenzdenken entgegenzuwirken . . .'' Fast parallel, vom 7. – 15. Juni, fand das 2. Internationale Kinder- und Jugendtheaterfestival statt. Somit traten diese beiden Kultur-Veranstaltungen in Konkurrenz zueinander (s. Kasten dazu), sicherlich weder förderlich für die Zuschauer noch für die jeweils beteiligten Theater-Gruppen. Organisiert wurde das Festival der Profi-Truppen vom Grips-Theater, vertreten waren Gruppen aus Italien, England, Niederlande und der Schweiz.

Zwei Beispiele

Im folgenden wollen wir auf zwei Stücke näher eingehen: ,,Wie kommst du denn auf das schmale Brett'' vom Dortmunder Lehrlingstheater (im Rahmen des Schülertheatertreffens aufgeführt) und ,,Bambule, Fürsorge – Sorge für wen?'' gespielt vom ,,Theater am Neumarkt'' aus Zürich beim Kinder- und Jugendtheaterfestival.

Wie kommst Du denn auf das schmale Brett

Das Stück hat als Aufhänger die Situation der Stahlindustrie in Dortmund, wo der Estel-Hoesch Konzern Hüttenwerke dichtmachen will und ein neues Stahlwerk nicht bauen will. Das Stück zeigt die Auswirkungen der bestehenden und drohenden Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen auf eine Gruppe Jugendlicher, auf die ,,Clique''.

Anhand der einzelnen Cliquenmitglieder wird im Verlauf des Stücks ziemlich Typisches gezeigt: Kurt steht kurz vor dem Hauptschulabschluß, sucht eine Lehrstelle als Schlosser, bekommt schließlich eine als Teilezurichter vom Arbeitsamt aufgeschwatzt mit dem Versprechen, einen Anschlußvertrag als Schlosser zu bekommen. Bald stinkt es ihm in der Ausbildung. Nach einigem Hin und Her haut er schließlich ab, er will nach Australien. – Ouzo will Kfz-Mechanikerin werden, arbeitet am Band im Stahlkonzern, wird arbeitslos; die Berufsberatung versucht ihr einzureden, daß sie besonders als Friseuse geeignet sei. – Whisky hängt rum, mal jobbt er, mal ist er arbeitslos; manchmal wird auch ein Ding gedreht. – Pit ist Jugendvertreter, er kämpft gegen die Schließung des Werks, versucht, die anderen ebenfalls dafür zu gewinnen. – Bugsy arbeitet als Büroangestellte.

Dazu kommen einzelne Szenen, in denen z. B. Auseinandersetzungen in Kurts Familie wegen seiner Arbeitslosigkeit gezeigt werden oder Kurts Opa den Jugendlichen von den Bedingungen unter dem Faschismus erzählt. Es werden auch aktuelle Bezüge hergestellt zu Hausbesetzungen und der steigenden Kriegsgefahr, indem gegen den Nato-''Nach''rüstungsbeschluß Stellung genommen wird. Zum Schluß des Stücks, nachdem Kurt wieder von seinem ,,Ausflug'' zurückgekommen ist, entschließt sich die Clique, nach einigem Hin und Her beim Besetzen des Stahlwerks mitzumachen.

In der sich anschließenden Diskussion berichtete ein Gruppenmitglied u. a. über die Theatergruppe: sie hat enge Kontakte zur IG Metall-Jugendgruppe bei Hoesch, einige Mitglieder arbeiten selber bei Hoesch. So finden auch viele Aufführungen vor Kollegen und Gewerkschaftsgruppen statt. Das Stück wurde beim Schülertheater-Treffen zum ersten Mal aufgeführt. Die Schwächen liegen bei dem insgesamt unterhaltsamen Stück meiner Meinung nach bei zwei Punkten: Zum einen erfährt der Zuschauer ziemlich wenig über die konkrete Situation bei Hoesch-Dortmund, über die Auseinandersetzungen unter den Kollegen und in der Gewerkschaft, denn, und das ist der zweite Punkt, ist ja bekanntermaßen der Betrieb nicht besetzt worden. Das Ende des Stücks drückt nicht mehr als den Wunsch der Theatergruppe aus und entspricht damit nicht der Realität. Der Zuschauer wird ratlos darüber gelassen, warum denn z. B. die Arbeiter das Werk nicht besetzt haben. Wie aber ein Schauspieler im Gespräch sagte, will das Lehrlingstheater das Ende noch einmal überarbeiten.

Bambule, Fürsorge – Sorge für wen

elr. Zum 2. Kinder- und Jugendtheaterfestival war u.a. das Züricher ,,Theater am Neumarkt'' mit dem Stück ,,Bambule, Fürsorge – Sorge für wen?'' von Ulrike Meinhof eingeladen worden, als einer besonders gelungenen und aktuellen Inszenierung eines Jugendstückes. Die drei Abende waren restlos ausverkauft.

Ulrike Meinhof hat ,,Bambule'' 1970 als Fernsehdrehbuch geschrieben. Das Stück spielt im Westberliner Fürsorgeheim ,,Eichenhof''. Sie hatte sich schon Jahre vorher gegen die unmenschliche Situation in Heimen eingesetzt und in mehreren Rundfunksendungen darüber berichtet. Der Film wurde 1970 gedreht, wobei die Mädchen des Heims sich selbst spielten. Bis heute ist der Film nicht gesendet worden. Als Claus Peymann das Stück 1977 in Stuttgart auf die Bühne bringen wollte, wurde ihm dies untersagt. Bislang war es erst einmal auf einer westdeutschen Bühne, in Bochum, zu sehen. Auch das Züricher Ensemble bekam Druck von der Verwaltung.

Walter Pfaff erarbeitete mit 13 Schauspielerinnen die Bühnenfassung für Zürich, die dort in einer leerstehenden Fabrik aufgeführt wurde.

Das Stück beschreibt den Alltag im ,,Eichenhof'', einem nicht mal besonders üblen Heim. Wir sehen die Verdummung durch die Schule, stupide Arbeit an der Heißmangel für 20 Pf. die Stunde, Bespitzelung und Bevormundung, einen ganzen Kanon von Strafen (kein Fernsehen, keinen Ausgang, Abzug vom Lohn, Rabatte putzen, Bunker, Kollektivstrafen), dazu die Beziehungen der Mädchen untereinander, ihre Hoffnungslosigkeit, Mißtrauen, Wut. Im Verlauf des Stücks bricht eine Heimrevolte aus: Bambule. Die Mädchen schlagen alles kurz und klein, bis die Bullen kommen. Alles war mehr aus einer ,,Stimmung'' gekommen, ohne genaue Absprachen. Im Bunker denken Iv und Irene, die Hauptpersonen, über die Aktion nach, suchen einen Ausweg. ,,Dann müssen wir reden, viel mehr reden, warum wir das machen, was wir wollen.'' ,,Heime sind Gefängnisse. Wir wollen richtig bezahlt werden.'' Denn, so Irenes Einsicht: ,,Wer sich fügt, wird fertig gemacht. Dafür sind se dann nett zu dir, daß se dich kaputt gemacht haben.'' ,,Wer Terror macht, den schmeißen se raus.'' Sie beschließen, die Aktion zu wiederholen.

Das Westberliner Publikum, zum guten Teil Jugendliche, fühlt sich sehr stark direkt angesprochen, reagiert stark bei den Bestrafungsaktionen der Heimleitung. In der Szene des Polizeieinsatzes, der reduziert ist auf grelle Scheinwerfer ins Publikum und den Auftritt der Behelmten, reicht deren bloßes Erscheinen, um zu verstehen. Die Züricher und Westberliner Erfahrungen mit Polizeiangriffen auf Hausbesetzer und Demonstranten erübrigen die im Drehbuch ursprünglich vorgesehene ausführlichere Darstellung.

Nach Ende der Aufführung unterbrechen die Schauspieler den Beifall, um mitzuteilen, daß ihnen die Programmhefte an der Grenze abgenommen worden sind.

1979 fand auf Initiative vom Grips-Theater das erste internationale Kinder- und Jugendtheaterfestival statt, um ,,einen breitgefächerten Überblick über das professionelle emanzipatorische Kinder- und Jugendtheater zu geben, wie es sich in den vergangenen 10 Jahren entwickelt hat . . .'' (Volker Ludwig, leitendes Grips-Theater-Mitglied). Von der Festspiele GmbH wurde es mit 200000 DM subventioniert, ein Betrag, den selbst der Festspiel-Leiter kümmerlich nannte. Für das nächste Mal, 1981, wurde mehr Geld versprochen. Als es dann ernst wurde, konnte sich keiner mehr daran erinnern. Dafür wurde was Neues aufgezogen, 1980 hatte das Schülertheater-Treffen Premiere mit 300000 DM Förderung. Also mehr als den professionellen Theatergruppen zugestanden wurde. Insgesamt verfügt der Leiter der Feststpiele GmbH über einen Etat von 15 Mio. DM.

Dieses Jahr kam es nun zu dem vollkommen blödsinnigen Nebeneinander der beiden Theatertreffen, subventioniert wurden sie wieder jeweils mit 200000 bzw. 300000 DM. Dem Anschein nach paßt den offiziellen Kultur-Ober-Gurus das auf Eigeninitiative zustande gekommene Kinder- und Jugendtheaterfestival nicht so richtig. Ausbaden müssen das die Jugendlichen und die beteiligten Theatergruppen.

Im Mai und jetzt im Juni erschienen zwei Interviews mit John und Yoko Lennon in Buchform*. Diese Interviews sind für das Verständnis über die Beatles, über John Lennon und über einen gesellschaftlichen Zeitraum von Bedeutung. Die beiden Interviews – das eine 1970, kurz nach dem Ende der Beatles, und das andere 1980, wenige Tage vor seinem Tod mit der BBC geführt – zueinander in Beziehung gesetzt, ermöglichen Einblicke sowohl in Mythos als in Realität dieser Gruppe, in die Personen oder das Geschäft der Personen und mit diesen Personen. Und über die gesellschaftlichen Vorstellungen vor allem von John und Yoko Lennon.

Das Interview von 1970 ist vor allem eine Abrechnung mit dem Beatlesmythos durch John Lennon selber. Extre-

der Beatles, seiner selbst, ihrer Überlegenheit über andere Gruppen und Stars, einschließlich Rolling Stones und Elvis, wiederfinden.

Dann führt John Lennon aus, daß alle seine Lieder Selbstzeugnisse seiner Existenz seien. Das auch dann, wenn er unter Drogen schrieb, das Zeugnis seines Zustandes in dem jeweiligen Moment war. Seiner Meinung nach gab es die Beatles ab Mitte der 60er Jahre schon gar nicht mehr als *Gruppe*. Die Individuen setzten sich zusammen, teils unter Produktionsdruck, teils wenn sie Liedmaterial zusammen

Revolution, das Geschehen in China, die Entwicklung der linken Bewegung aufgeworfen. Das spielt in dem Interview von 1980 kaum noch eine Rolle. Endgültig hatten sich die Lennon's auf sich selbst zurückgezogen und von diesem Stand aus die Welt betrachtet, auch wenn sie nach fünfjähriger Pause gerade wieder eine Schallplatte produziert hatten (die auch von dieser Lebenshaltung bestimmt ist).

Die Entwicklung von John Lennon ist natürlich nicht einfach die der Beatles. Doch hat er einen großen Anteil am Phänomen Beatles. In dem Inter-

John Lennon und die Beatles

den. Der Vietnamkrieg brachte die Jugend Amerikas und Westeuropas in Bewegung, die hohen Ideale der westlichen Demokratien kamen unter Beschuß. Das alles kam noch mal schärfer hervor, als es in der Rock'n Roll- und Rockerbewegung der Fall gewesen war.

Dieser gesellschaftliche Umbruch spiegelte sich auch in den musikalischen und textlichen Mitteln bei den Beatles wider, im Gegensatz zum herkömmlichen Schlager oder tatsächlich verbiederten Rock'n Roll. In diesem Sinne ,,progressiv'' war ein Song wie ,,Help'', ein Hilferuf gegen die Einsamkeit, oder ,,Taxmann'', in dem das Steuersystem angegriffen wurde und in dem sie in verschiedenen Liedern die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht mehr nur in schmalzige Worte kleideten, sondern ihre Problemhaftig-

entschließt sich die Clique, nach einigem Hin und Her beim Besetzen des Stahlwerks mitzumachen.

In der sich anschließenden Diskussion berichtete ein Gruppenmitglied u. a. über die Theatergruppe: sie hat enge Kontakte zur IG Metall-Jugendgruppe bei Hoesch, einige Mitglieder arbeiten selber bei Hoesch. So finden auch viele Aufführungen vor Kollegen

Ludwig, leitendes Grips-Theater-Mitglied). Von der Festspiele GmbH wurde es mit 200000 DM subventioniert, ein Betrag, den selbst der Festspiel-Leiter kümmerlich nannte. Für das nächste Mal, 1981, wurde mehr Geld versprochen. Als es dann ernst wurde, konnte sich keiner mehr daran erinnern. Dafür wurde was Neues aufgezogen, 1980 hatte das Schülertheater-

der beiden Theatertreffen, subventioniert wurden sie wieder jeweils mit 200000 bzw. 300000 DM. Dem Anschein nach paßt den offiziellen Kultur-Ober-Gurus das auf Eigeninitiative zustande gekommene Kinder- und Jugendtheaterfestival nicht so richtig. Ausbaden müssen das die Jugendlichen und die beteiligten Theatergruppen.

Die Züricher und Westberliner Erfahrungen mit Polizeiangriffen auf Hausbesetzer und Demonstranten erübrigen die im Drehbuch ursprünglich vorgesehene ausführlichere Darstellung.

Nach Ende der Aufführung unterbrechen die Schauspieler den Beifall, um mitzuteilen, daß ihnen die Programmhefte an der Grenze abgenommen worden sind.

John Lennon und die Beatles

Zwei Bücher, die Einblicke eröffnen / Michael Ackermann

Im Mai und jetzt im Juni erschienen zwei Interviews mit John und Yoko Lennon in Buchform*. Diese Interviews sind für das Verständnis über die Beatles, über John Lennon und über einen gesellschaftlichen Zeitraum von Bedeutung. Die beiden Interviews – das eine 1970, kurz nach dem Ende der Beatles, und das andere 1980, wenige Tage vor seinem Tod mit der BBC geführt – zueinander in Beziehung gesetzt, ermöglichen Einblicke sowohl in Mythos als in Realität dieser Gruppe, in die Personen oder das Geschäft der Personen und mit diesen Personen. Und über die gesellschaftlichen Vorstellungen vor allem von John und Yoko Lennon.

Das Interview von 1970 ist vor allem eine Abrechnung mit dem Beatlesmythos durch John Lennon selber. Extreme Positionen kennzeichnen seine Einlassungen. Hier ein anschauliches Beispiel aus dem Interview: ,, ,Love Me Do', das Buch, das Michael Brown über die Beatles geschrieben hat, war besser. Es war ein ehrliches Buch. Er hat geschrieben, was wir für Typen waren, nämlich Arschlöcher . . . Über solche Sachen wird immer hinweggegangen, was für Arschlöcher wir waren . . . Man muß ein Arschloch sein, wenn man groß rauskommen will, das ist eine Tatsache. Und die Beatles sind die größten Arschlöcher der Welt . . . *Yoko*: Wie habt ihr es bloß geschafft, dieses saubere Image durchzuhalten? Das ist wirklich erstaunlich. *John*: Weil alle wollen, daß dieses Image weiterlebt. Die Presseleute um dich rum sind scharf darauf, daß es so bleibt . . . Alle möchten auf dem Trittbrett mitfahren. Es ist ,Satyricon'. Wir waren die Cäsaren. Warum sollte uns schon jemand reinreißen, wenn's für ihn selbst um 'ne Million Pfund ging? Die ganzen Schmiergelder, Bestechung, Polizei, diese Scheißbetrügereien. Alle wollten dazugehören, und darum gibt es noch heute Leute, die versuchen, an der Sache festzuhalten: Nimm es uns nicht weg, verstehst du, nimm uns unser Rom nicht weg, unser mobiles Rom, wo wir alle unsere Häuser haben und unsere Autos und unsere Liebchen und unsere Frauen und Sekretärinnen und Parties und Drinks und Drogen. Nimm es uns nicht weg, verstehst du, du müßtest verrückt sein, wenn du's tätest. John, du spinnst. John, dieser Idiot, will uns alles nehmen.''

Und fünf Seiten weiter kann man seine Ausführungen über die Genialität der Beatles, seiner selbst, ihrer Überlegenheit über andere Gruppen und Stars, einschließlich Rolling Stones und Elvis, wiederfinden.

Dann führt John Lennon aus, daß alle seine Lieder Selbstzeugnisse seiner Existenz seien. Das auch dann, wenn er unter Drogen schrieb, das Zeugnis seines Zustandes in dem jeweiligen Moment war. Seiner Meinung nach gab es die Beatles ab Mitte der 60er Jahre schon gar nicht mehr als *Gruppe*. Die Individuen setzten sich zusammen, teils unter Produktionsdruck, teils wenn sie Liedmaterial zusammen hatten und produzierten dann eine neue LP. Die Konkurrenz zwischen Lennon und McCartney bestimmte letztlich das Klima und die Ergebnisse. Er beschreibt den maßgeblichen Einfluß der Produzenten auf die Qualität der Produkte, die finanziellen Transaktionen mit ihrer Firma ,,Appel'', den Kampf um die Copyright-Rechte von ihren Liedern usw. Er betont, dies waren die Zustände, die das Ende der Beatles hervortrieben. Er sagt, daß er weg wollte vom Mythos, von der Fremdbestimmung, weniger bei den Texten als bei der musikalischen Umsetzung, beim Image, das ihm künstlerische und menschliche Schranken setzte.

Das Interview ist auch Dokument eines Bruches mit einer Ära, und doch schon die Andeutung einer neuen. Wenn er den Sinn seiner mit Yoko durchgeführten ,,Friedensaktionen'' erläutert und sichtbar wird, daß es sich hier weniger um eine Masche handelte, als um eine tatsächliche Vorstellung über den Zusammenhang von Liebe zwischen den Menschen und dem Bedürfnis nach Frieden, was sich darüber verwirkliche, dann ist das nur Ausgangspunkt für ihren letztlich in Konsequenz vorgetragenen Gedanken, daß die Lösung für den Frieden sich auf die Liebe zwischen zwei Menschen reduziere.

Daneben wurden aber noch 1970 von ihm Fragen wie: Aktualität von Revolution, das Geschehen in China, die Entwicklung der linken Bewegung aufgeworfen. Das spielt in dem Interview von 1980 kaum noch eine Rolle. Endgültig hatten sich die Lennon's auf sich selbst zurückgezogen und von diesem Stand aus die Welt betrachtet, auch wenn sie nach fünfjähriger Pause gerade wieder eine Schallplatte produziert hatten (die auch von dieser Lebenshaltung bestimmt ist).

Die Entwicklung von John Lennon ist natürlich nicht einfach die der Beatles. Doch hat er einen großen Anteil am Phänomen Beatles. In dem Interview (1970) sagt er wohl zu recht, die Jugend hätte nicht die Haltung der Beatles übernommen, die Beatles könnten nicht mit *der Jugend* gleichgesetzt werden. Aber die Beatles haben ihren Part in der Bewegung unter der Jugend und dieser Part läßt sich nicht auf die genialste Vermarktung in der Rockgeschichte reduzieren. Waren sie Anfang der 60er Jahre in ihrem *Gehabe* Rebellen (Liverpooler und Hamburger Zeit), in ihren Texten eher banal, so änderte sich dies später. Tatsächlich bildete sich insbesondere seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre ein geistiger, ideologischer Einfluß der Beatles heraus, denn sie verkörperten auch in ihren Texten gesellschaftliche Umbrüche und die Experimente ihres eigenen Daseins. ,,Arschloch'' und Avantgarde zusammen, gibt es das? Die Beatles waren eben nicht nur geformt durch die Masse des Geldes und den Mythos, der sie umgab, sondern auch durch Herkunft und Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem Widerspruch, in dem sie selber ja lebten.

Dies bildete sich bei den Beatles zu einem Zeitpunkt heraus, als die Jugend wohl materiell relativ gesicherte Verhältnisse in der Gesellschaft vorfand, aber sich nicht mehr mit den bestehenden gesellschaftlichen Werten einverstanden erkärte, weil diese in Widerspruch zur Verlogenheit und Brüchigkeit der bürgerlichen Gesellschaft standen. Der Vietnamkrieg brachte die Jugend Amerikas und Westeuropas in Bewegung, die hohen Ideale der westlichen Demokratien kamen unter Beschuß. Das alles kam noch mal schärfer hervor, als es in der Rock'n Roll- und Rockerbewegung der Fall gewesen war.

Dieser gesellschaftliche Umbruch spiegelte sich auch in den musikalischen und textlichen Mitteln bei den Beatles wider, im Gegensatz zum herkömmlichen Schlager oder tatsächlich verbiederten Rock'n Roll. In diesem Sinne ,,progressiv'' war ein Song wie ,,Help'', ein Hilferuf gegen die Einsamkeit, oder ,,Taxmann'', in dem das Steuersystem angegriffen wurde und in dem sie in verschiedenen Liedern die zwischenmenschlichen Beziehungen nicht mehr nur in schmalzige Worte kleideten, sondern ihre Problemhaftigkeit umrissen. Gegen manchen radikalen Bluesinterpreten war das sicherlich zurück, nur daß es eben große Massen erfaßte und beeinflußte. Vielleicht kann man die Beatles als einen *vulgären* Ausdruck der Jugendbewegung fassen, als sie die Drogenscene durchschritten, auf dem religiösen Trip abfuhren und danach eine Scheidelinie eintrat, wo nach dem Ende der Beatles nur noch John Lennon aktive Positionen z.B. gegen den Krieg bezog, sich dabei aber auf ,,Pazifismus und Liebe'' als Lebenshaltung beschränkte.

Und seine Entwicklung ging weiter über ,,Working Class Hero'' und mit der ,,Plastik Ono Band'' oder mit Yoko allein wurden verschiedenste gesellschaftliche Strömungen angeschnitten. ,,Woman is the nigger of the world'' – das wird in dem Interview von 1980 deutlich – war nicht nur Yokos Antwort auf Johns Verhalten über einen bestimmten Zeitraum in ihrer Ehe, sondern zugleich ein Lied der Frauenbewegung, wie sie selber meinte.

Es spricht für sich, wenn, im Interview auf New Wave angesprochen, John Lennon etwa sinngemäß ausführt: ,,Ganz gute Musik, aber wenn die so avantgardistisch werden wollen, wie wir es mal waren, müssen sie noch einiges auf die Beine bringen. Schließlich haben wir schon 1960 die Klobrillen mit auf die Bühne gebracht und um uns gespuckt und gesoffen.''

*,,Lennon über Lennon. Leben in Amerika'', rororo-Panther 4843, 5,80 DM; ,,Lennon über Lennon. Abschied von den Beatles'', rororo-Panther 4833, 6,80 DM.

Volksuniversität in Westberlin – Eine Nachlese

hae. Die Volksuniversität, die an Pfingsten zum zweiten Mal in Westberlin stattfand, soll nach dem Selbstverständnis der Initiatoren einen Beitrag zur Verständigung zwischen den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung, der ,,Linken" leisten. Entsprechend waren die Veranstaltungen ausgerichtet, das Auseinanderfallen zwischen den ,,sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung" einerseits und den ,,Alternativen und Spontanen" andererseits aufzuheben. Entsprechend lautet das Motto: Aus der Geschichte lernen – Leben lernen, wobei das ,,aus der Geschichte Lernen" für die organisierten politischen und sozialen Bewegungen steht, das ,,Leben lernen" für die ,,Spontanen und Alternativen". Angefügt wurde, weil diese Lösung offensichtlich neben den tatsächlichen Fragen, die sich der Arbeiter- und demokratischen Bewegung stellen, liegt, ,,Überleben lernen". Begründet wurde das so: ,,Alles Planen einer Welt von morgen ist heute – mehr als je zuvor in der Menschheitsgeschichte – überschattet von der Frage nach dem Ob dieser Welt von Morgen... Ob es diese unsere Welt morgen überhaupt noch geben wird, ob sie nicht vielmehr im atomaren Weltbrand zerstört werden wird, diese Frage überschattet heute alles andere."

Die Veranstaltungen über ,,Frieden", wie im Vorlesungsverzeichnis angekündigt, waren die bestbesuchten der Volksuni. Einen Beitrag zu weiterer Klärung der Strategie zur Verhinderung eines Krieges zwischen den beiden Supermächten, der über die Darstellung der verschiedenen Ansätze hinausging, kam nicht dabei heraus. Deutlich wird das bei der Resolution, die die Abschlußveranstaltung auf Vorschlag von H. Gollwitzer verabschiedete: ,,Die zur Volksuniversität 81 versammelten Gewerkschafter, Wissenschaftler, Studenten und Angehörige verschiedener sozialpolitischer Gruppierungen bejahen die gegenwärtige Bewegung für Frieden und Abrüstung in unserem Land. Wir wissen, daß alle gemeinsame Arbeit an der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihren Sinn verliert, wenn es nicht gelingt, die wichtigste Vorbedingung für diese Arbeit zu erhalten: den Frieden. Dieser Friede wird durch die zunehmende Kriegsrüstung zunehmend gefährdet. Wir sind der Überzeugung, daß der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO unsere Sicherheit nicht vermehrt, sondern vermindert. An seine Stelle muß der einfache Beschluß treten: abrüsten, keinen Schritt weiter aufrüsten, verhandeln statt aufrüsten, verhandeln, um unser Land, die am dichtesten besetzte Atomabschußrampe der Welt von den Atomwaffen zu befreien. Wir fordern eine Umwandlung der weltweiten Rüstungsproduktion in Friedensproduktion, besonders angesichts des unvorstellbaren Elends in der Dritten Welt und der zunehmenden Armut in den Industrieländern. Wir werden uns wehren gegen die Absicht, zur Finanzierung des Rüstungswahnsinns das soziale Netz abzubauen und die so nötigen Ausgaben für Bildungs- und Gesundheitswesen einzusparen. Unser Ziel ist, es so weit zu bringen, daß – wie einst Ministerpräsident Albrecht zum Gorleben-Projekt – die Bundesregierung ihren amerikanischen Auftraggebern sagen muß: Der Nachrüstungsbeschluß ist in der Bundesrepbulik politisch nicht durchsetzbar."

Nimmt man das Vorlesungsverzeichnis – anders kann man keinen Überblick über die Veranstaltungen und die Themenauswahl bekommen, so wird deutlich, daß die Volksuniversität stark geprägt ist von den unmittelbaren Anliegen, die verschiedene Bewegungen beschäftigt. Themen, die sich mit der Entwicklung in der 3. Welt, mit den Supermächten selber beschäftigten, gibt es ganz wenig, wie auch Veranstaltungen über die Entwicklung der Ökonomie der kapitalistischen Länder, woran vor allem der Bereich Gewerkschaften und Betriebe krankte.

Die Volksuniversität wurde gut besucht, 4000, doppelt so viele wie letztes Jahr, nahmen an den verschiedenen Veranstaltungen teil. Die Konzeption einer solchen Veranstaltung kommt den Bedürfnissen der demokratischen Bewegung wie auch der Arbeiterbewegung entgegen, wobei die Form der Veranstaltungen, zumeist lange Referate und sehr knapp bemessene Zeit für Diskussion, bei den Teilnehmern heftig kritisiert wurde. Vom Selbstverständnis der Initiatoren her ist sie offen für alle Positionen, (siehe nebenstehendes Manifest), so daß eine stärkere Beteiligung an der nächstes Jahr wieder stattfindenden Volksuni jedenfalls nützlich sein wird.

Das Manifest der Volksuniversität

,,Der Name ,Volksuniversität' ist angeregt von der jährlich an Pfingsten stattfindenden ,Folkuniversitet' (veranstaltet von der schwedischen ,Linkspartei'). Bei ,Volk' stellen sich im Deutschen Assoziationen ein vom ,Volksfest' über ,Volkshochschule' bis zum faschistisch beschlagnahmten Begriff des ,Völkischen'. Die Rechte hat den Begriff ,Volk' stets zu Unrecht übernommen. Wir verstehen ihn im demokratischen Sinn. Gegenüber dem Block aus Privilegien, Herrschaft und Reichtum steht – das Volk, stehen die plebejischen Traditionen und die Kräfte der Arbeit, der kritischen Wissenschaft, der Frauenbewegung, der Grünen, der Studentenbewegung und der alternativen Kultur.

Ihnen soll die Volksuni gewidmet sein.

Die Volksuni soll den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur und der Umweltbewegung eine Möglichkeit bieten, sich mit ihren Problemen theoretisch auseinanderzusetzen.

Eine dreitätige Reihe von Vorlesungen und Diskussionen wird Beiträge zu Theorie, Geschichte und aktuellen Problemen der Arbeiterbewegung und der alternativen Kultur bringen. Träger der Volksuni sind einzelne Gewerkschafter und Wissenschaftler – keine Organisationen.

Ein solches Projekt ist heute möglich geworden, obwohl die Linke politisch schwach ist. Die Elemente arbeitsorientierter Wissenschaft und alternativer Kultur sind stärker als je zuvor im westlichen Nachkriegs-

Die Dozenten der Volksuni kommen aus Gewerkschaft und Betrieben, aus der progressiven Wissenschaft, aus der sozialkritischen Bewegung der Christen, aus der Frauenbewegung, aus der alternativen Kultur und aus der Umweltbewegung.

Die Dozenten der Volksuni kommen aus allen Lagern der Linken. Namhafte ausländische Theoretiker werden teilnehmen. Die linken Wissenschaftler, Lehrer, Studenten und Schüler finden in der Volksuni einen Ort, wo sie – über bestehende Ansätze hinaus – ernst machen können mit der als notwendig erkannten Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, mit Kollegen aus den Betrieben.

Die verwissenschaftlichte Arbeit und die arbeitsorientierte Wissenschaft können hier einen Schritt aufeinanderzu tun.

Die sprunghaft gewachsene Rolle der Wissenschaft in der Produktion droht die Stellung vieler Arbeitnehmer zu schwächen. Automation und Rationalisierung gefährden Arbeitsplätze und entwerten herkömmliche Qualifikationen. Zugleich ist es die Automation, die Arbeit und Wissenschaft zusammenführen muß und die den Arbeitenden auch einen Zuwachs an Handlungsfähigkeit bringen kann.

In dieser Situation darf nicht das Kapital das Monopol im Zusammenbringen von Arbeit und Wissenschaft behalten.

Die Situation von Studenten, Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern usw. ist von wachsender Unsicherheit gekennzeichnet. Nur im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern läßt sich ihre Situation langfristig wirksam verbessern.

Die Studentenbewegung hat auf ihrem Höhepunkt die Kritische Universität hervorgebracht. Dort wurde die Ideologiekritik der bürgerlichen Wissenschaft in Angriff genommen.

Die Frauenbewegung hat in Gestalt der Westberliner ,Sommeruniversität' und in anderen Formen Elemente eines demokratischen Frauenstu-

Das Manifest der Volksuniversität

,,Der Name ,Volksuniversität' ist angeregt von der jährlich an Pfingsten stattfindenden ,Folkuniversitet' (veranstaltet von der schwedischen ,Linkspartei'). Bei ,Volk' stellen sich im Deutschen Assoziationen ein vom ,Volksfest' über ,Volkshochschule' bis zum faschistisch beschlagnahmten Begriff des ,Völkischen'. Die Rechte hat den Begriff ,Volk' stets zu Unrecht übernommen. Wir verstehen ihn im demokratischen Sinn. Gegenüber dem Block aus Privilegien, Herrschaft und Reichtum steht – das Volk, stehen die plebejischen Traditionen und die Kräfte der Arbeit, der kritischen Wissenschaft, der Frauenbewegung, der Grünen, der Studentenbewegung und der alternativen Kultur.

Ihnen soll die Volksuni gewidmet sein.

Die Volksuni soll den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Kultur und der Umweltbewegung eine Möglichkeit bieten, sich mit ihren Problemen theoretisch auseinanderzusetzen.

Eine dreitätige Reihe von Vorlesungen und Diskussionen wird Beiträge zu Theorie, Geschichte und aktuellen Problemen der Arbeiterbewegung und der alternativen Kultur bringen. Träger der Volksuni sind einzelne Gewerkschafter und Wissenschaftler – keine Organisationen.

Ein solches Projekt ist heute möglich geworden, obwohl die Linke politisch schwach ist. Die Elemente arbeitsorientierter Wissenschaft und alternativer Kultur sind stärker als je zuvor im westlichen Nachkriegsdeutschland. Nie zuvor gab es ein intensiveres Interesse der gewerkschaftlich Organisierten an der wissenschaftlichen Durchdringung der ökonomischen Entwicklung. Und erstmalig gibt es aussichtsreiche Ansätze einer Politik umweltfreundlicher Kontrolle von Wirtschaft und Technik.

Die Dozenten der Volksuni kommen aus Gewerkschaft und Betrieben, aus der progressiven Wissenschaft, aus der sozialkritischen Bewegung der Christen, aus der Frauenbewegung, aus der alternativen Kultur und aus der Umweltbewegung.

Die Dozenten der Volksuni kommen aus allen Lagern der Linken. Namhafte ausländische Theoretiker werden teilnehmen. Die linken Wissenschaftler, Lehrer, Studenten und Schüler finden in der Volksuni einen Ort, wo sie – über bestehende Ansätze hinaus – ernst machen können mit der als notwendig erkannten Zusammenarbeit mit Gewerkschaftern, mit Kollegen aus den Betrieben.

Die verwissenschaftlichte Arbeit und die arbeitsorientierte Wissenschaft können hier einen Schritt aufeinanderzu tun.

Die sprunghaft gewachsene Rolle der Wissenschaft in der Produktion droht die Stellung vieler Arbeitnehmer zu schwächen. Automation und Rationalisierung gefährden Arbeitsplätze und entwerten herkömmliche Qualifikationen. Zugleich ist es die Automation, die Arbeit und Wissenschaft zusammenführen muß und die den Arbeitenden auch einen Zuwachs an Handlungsfähigkeit bringen kann.

In dieser Situation darf nicht das Kapital das Monopol im Zusammenbringen von Arbeit und Wissenschaft behalten.

Die Situation von Studenten, Wissenschaftlern, Lehrern und Schülern usw. ist von wachsender Unsicherheit gekennzeichnet. Nur im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern läßt sich ihre Situation langfristig wirksam verbessern.

Die Studentenbewegung hat auf ihrem Höhepunkt die Kritische Universität hervorgebracht. Dort wurde die Ideologiekritik der bürgerlichen Wissenschaft in Angriff genommen.

Die Frauenbewegung hat in Gestalt der Westberliner ,Sommeruniversität' und in anderen Formen Elemente eines demokratischen Frauenstudiums entwickelt.

Die Volksuni möchte die Traditionen der Kritischen Univerität der Studenten und des Frauenstudiums aufnehmen und zusammenbringen mit den Elementen einer arbeitsorientierten Wissenschaft und alternativen Kultur."

Arbeiter-Kultur – Heute

Tagung im Rahmen der Ruhrfestspiele 81

bab. VrV Köln. Vom 11. – 13.6. veranstaltete die Kulturpolitische Gesellschaft (KG) in Zusammenarbeit mit der Stadt Recklinghausen und der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung NRW eine Tagung im Ruhrfestspielhaus, die sich mit der Frage beschäftigte, wie können Arbeiterinteressen in der – vor allem kommunalen – Kulturpolitik durchgesetzt werden.

Die KG, der Initiator der Tagung, ist ein 1976 unter dem Vorsitz von Olaf Schwencke, einem sozialdemokratischen Abgeordneten, gegründeter Verein, der eine Kulturpolitik fördern und entwickeln will, die ,,der Entfaltung der sozialen, kommunikativen und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Bürger dient" (Grundsatzpapier, 1976).

Einige Referate zur Geschichte der Arbeiterkultur und zur Aktualität der Fragestellung leiteten die Tagung ein. Schwerpunkt waren 6 Arbeitsgruppen, die sich sowohl mit Fragen betrieblicher und gewerkschaftlicher Kulturarbeit beschäftigen sollten, als auch mit den Schwierigkeiten kommunaler Kulturpolitiker, ,,Kulturarbeit von, für und mit Arbeitnehmern" zu machen.

Die Abschlußresolution hielt zwar allgemein die Notwendigkeit der Förderung von Arbeiterkultur in der Stadtteilarbeit und der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fest; warf auch die Frage der notwendigen Finanzierung – angesichts der drohenden Einsparungen in den Kommunehaushalten eine breit diskutierte Frage – in Zusammenhang mit der Ausweitung des Rüstungsetats auf, aber machte keine Aussage zu dem, was unter Arbeiterkultur zu verstehen sei. Die gesamte Tagung war dadurch gekennzeichnet, daß die grundlegende Diskussion um Formen und Inhalte von Arbeiterkultur nicht stattfand. Dabei ist u.a. von Bedeutung, daß die Gewerkschaften keine konkreten Forderungen einbringen können.

Die Vorstellungen über Arbeiterkultur reichten von einem empirisch soziologisch zu verstehenden Begriff von Arbeiterkultur, der den gesamten Lebenszusammenhang der Arbeiter umfaßt und die kulturelle Selbsttätigkeit in den Mittelpunkt stellt, über die Vorstellung einer politisch emanzipatorischen Arbeiterkultur – wobei die Frage nach Zielen und Inhalten ausgeklammert wurde –, bis hin zu Forderungen im Sinne der alten Volksbühnebewegung nach ,,Aneignung" der bürgerlichen Kulturinstitutionen, für die auch die Ruhrfestspiele selbst ein Beispiel sind.

Die Klärung dieser Fragen aber würde erst eine Auseinandersetzung mög-

Die Abschlußresolution hielt zwar allgemein die Notwendigkeit der Förderung von Arbeiterkultur in der Stadtteilarbeit und der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fest; warf auch die Frage der notwendigen Finanzierung – angesichts der drohenden Einsparungen in den Kommunehaushalten eine breit diskutierte Frage – in Zusammenhang mit der Ausweitung des Rüstungsetats auf, aber machte keine Aussage zu dem, was unter Arbeiterkultur zu verstehen sei. Die gesamte Tagung war dadurch gekennzeichnet, daß die grundlegende Diskussion um Formen und Inhalte von Arbeiterkultur nicht stattfand. Dabei ist u.a. von Bedeutung, daß die Gewerkschaften keine konkreten Forderungen einbringen können.

Die Vorstellungen über Arbeiterkultur reichten von einem empirisch soziologisch zu verstehenden Begriff von Arbeiterkultur, der den gesamten Lebenszusammenhang der Arbeiter umfaßt und die kulturelle Selbsttätigkeit in den Mittelpunkt stellt, über die Vorstellung einer politisch emanzipatorischen Arbeiterkultur – wobei die Frage nach Zielen und Inhalten ausgeklammert wurde –, bis hin zu Forderungen im Sinne der alten Volksbühnebewegung nach ,,Aneignung" der bürgerlichen Kulturinstitutionen, für die auch die Ruhrfestspiele selbst ein Beispiel sind.

Die Klärung dieser Fragen aber würde erst eine Auseinandersetzung möglich machen, in der sich die Praxis einer ,,neuen", im wesentlichen von linken Sozialdemokraten getragenen Kulturpolitik an den Interessen der Arbeiterbewegung messen lassen könnte.

Fernsehvorschau

,,Extrablatt"

Was hier Jack Lemmon und Walter Matthau unter der Regie Billy Wilder's loslassen, ist eine Spitzenkomödie über den Revolver- und Boulevard-Journalismus in Amerika. Mit Gags und beißendem Sarkasmus wird alles durch den Kakao gezogen: Die Sensationsmache der Zeitungen, die Korruption von Bürgermeister und Polizei mit ihrem Höhepunkt in Wahlkampfzeiten, die Kommunisten- und Anarchistenhysterie, die in ihrer ganzen Perversion gezeigt wird. Und immer, wenn der Film umzuschlagen droht in Tragik der Situation, entwickelt er seine eigentlich satirischen Züge, sodaß er nicht zum Hetzstreifen gegen dargestellte Minderheiten (ein leicht verrückter ,,Täter", der einen Polizisten erschossen haben soll, und ein homosexueller Journalist) wird.

Sonntag, 21.6.,21.45 Uhr im ZDF

,,Rotation"

Ist ein weiterer Film von Wolfgang Staudte, (1949), der sich mit dem Faschismus auseinandersetzt. Hier beschreibt er das Schicksal eines Druckers, der beim ,,Völkischen Beobachter" Arbeit findet und durch Parteieintritt meint, vorwärts zu kommen. Abtransport der Juden nimmt er nicht zur Kenntnis, erst als sein antifaschistischer Schwager im Gefängnis ermordet wird, lernt er und organisiert sich im Widerstand. Sein eigener Sohn verrät ihn an die Nazis und nur der Einmarsch der Roten Armee rettet ihn 1945 vor der Erschießung. – Allein diese Inhaltsbeschreibung macht deutlich, daß es hier nicht um Kleinbürgerstudie und Kollektivschuldpropaganda geht, sondern daß Lernprozesse vermittelt werden sollten.

Montag, 22.6., 23.00 Uhr im ARD

,,Die heilige Johanna der Schlachthöfe"

Das ist Bertolt Brechts Stück über die Weltwirtschaftskrise und das Chicago im Jahre 1929. Er zeigt den Zusammenhang auf zwischen den Spekulationsverlusten der Kapitalisten und dem Elend der Arbeiterklasse. Er zeichnet die tragische Figur der Johanna, Leutnant bei der Heilsarmee, die einen Streik der Arbeiter abwenden will und letztlich feststellen muß, daß sie damit den Falschen dient. – Die Bochumer Inszenierung soll ,aktualisiert' sein. Man muß sehen, ob das etwas Positives bringt.

Mittwoch, 24.6., 21.20 Uhr im ZDF